Free21
Credible news mounted on paper

DAS Magazin
Nr. 2, 5. Jg., April/2018
Im Netz: www.free21.org

Themen:

Auf dem Weg nach Persien
Die angekündigte Destabilisierung des Iran ▶ SEITE 14

Staatsterrorist USA
Wieso arbeiten die USA trotz 9/11 mit al-Qaida zusammen? ▶ SEITE 17

Atomangriff auf Pearl Harbour?
Ein Kommentar von Dirk Pohlmann ▶ SEITE 19

Der andere Krieg
Krieg der Reichen gegen die Armen eskaliert. ▶ SEITE 20

Der leise Tod der öffentlichen Debatte
Eine Analyse von Prof. Rainer Mausfeld ▶ SEITE 24

Wagenknecht stellt Machtfrage
Und keiner will es mitbekommen. ▶ SEITE 26

Der alltägliche Krieg in unseren Köpfen
Vom Ausstieg aus der Gewaltspirale ▶ SEITE 29

Wir sind Frieden
Unbekannte Friedensaktivisten auf die Bühne ▶ SEITE 32

Reisende mit Bargeld
bedroht durch EU-Verordnungsvorschlag ▶ SEITE 36

Spekulationswahn +
Kryptowährungen, Analyse von Ernst Wolff ▶ SEITE 38

Totalitäre Visionen
Präsentiert beim Weltwirtschaftsforum ▶ SEITE 44

Illusion freier Märkte
Aus dem neuen Buch von Fabian Scheidler ▶ SEITE 46

Das Free21-Prinzip:

Propaganda statt Journalismus

Wer sich schon mal gefragt hat, warum die ARD nicht über die Maidanmorde berichtet, konnte nun bei Twitter ungewollte Antworten darauf lesen. Die ARD-Moskau-Korrespondenten Udo Lielischkies und Golineh Atai sowie die freie Journalistin Silvia Stöber, die für den Faktenfinder der Tagesschau schreibt, lieferten sich dort eine entlarvende Debatte mit Rubikon-Autor Paul Schreyer und dem ukrainisch-kanadischen Politikwissenschaftler Ivan Katchanovski, der das Maidan-Massaker in einer materialreichen Studie untersucht hat. In dieser Debatte offenbaren diese ARD-Korrespondenten ihre ideologische Motivation: SEITE 3

Der Fall Skripal: Beweise bitte!

Nach dem Mordversuch an dem ehemaligen russischen Spion und seiner Tochter sieht Großbritannien in Russland den Schuldigen. Eine nüchterne Analyse des Mordversuchs an Sergej und Yulia Skripal. ▶ SEITE 6

Putins Ankündigung neuer Waffensysteme

sei das Ergebnis einer Erosion des Rüstungskontrollsystems durch das unkluge Ausscheiden der USA aus dem ABM-Vertrag im Jahr 2002, erklärt der CIA-Veteran und Aktivist Ray McGovern. ▶ SEITE 11

Digitaler Segen oder gefährliche Heilslehre?

Macht es Sinn, Schulen mit Breitbandtechnik und Endgeräten auszustatten oder schadet es den Schülern vielleicht sogar? Geht Bildung besser im Netz mit Tablet und Smartphone? ▶ SEITE 39

Free21

Credible news mounted on paper

DAS Magazin

Nr. 2, 5. Jg., April/2018 www.free21.org

Das Free21-Prinzip:

Unterstütze Free21.org

Vereins-Spendenkonto:

Empfänger: VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, **IBAN:** DE84 4306 0967 1185 9021 00, **Verwendungszweck:** FREE21 oder **per Paypal:** verein@free21.org

Impressum

Free21.org ist eine global ausgerichtete Plattform für journalistische Beiträge und qualifizierte Debatten. Alle Artikel werden typografisch so gesetzt, dass sie heruntergeladen und auf DIN-A4-Papier ausgedruckt werden können. Die Artikel werden durch Fotos ergänzt und mit einem Quellenverzeichnis versehen.

Free21 funktioniert als Netzwerk-Projekt. Wir beziehen Beiträge von Fachleuten aus den verschiedensten Fachgebieten mit ein.

Zusammen arbeiten wir daran, in einem Zeitalter der Verwirrung die Wahrheit herauszufinden und über sie zu berichten. Wir wollen ein qualitativ hochwertiges und unabhängiges Medium schaffen, das frei von den Zwängen und Einschränkungen großer Medienkonzerne agieren kann.

Herausgeber:
Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., c/o Marika Matthaei, 10369 Berlin, Karl-Lade-Str. 36a, E-Mail: verein@free21.org

Eingetragen beim Amtsgericht Charlottenburg VR 34774B.

St.-Nr. 27/680/76987

Chefredakteur: Tommy Hansen

ViSdPR: Tommy Hansen, Bennigsenstraße 15, 12159 Berlin
Telefon: +49 176 57 91 28 83
E-Mail: info@free21.org

Alle Artikel auf Free21.org können für private, nichtkommerzielle Zwecke unverändert frei benutzt und geteilt werden, sowohl online als auch im PDF-Format.

Der kalte Atomkrieg

Mit dem neuen Nuclear Posture Review vom Februar 2018 hat die Trump-Administration der nuklearen Waffenindustrie in den USA einen Geschäftsweg eröffnet, der schon seit Jahrzehnten nicht mehr zur Verfügung stand. Zum ersten Mal seit Ende der 80iger Jahre kann Forschung und Produktion dieser Massenvernichtungswaffen wieder forciert werden, Atomwaffen sind jetzt als passendes Mittel zum Einsatz „für das Gute“ zugelassen.

Hat uns jemand gefragt? Es mag sein, dass die US-Streitkräfte in Europa „bereit sind, gegen Russland zu kämpfen und es zu besiegen“, wie es US-Kommandeur General Philip Breedlove im Februar 2016 feststellte. Aber sind wir Europäer dafür bereit? Die neuen, schnellen und flexiblen Atombomben sollen ab 2020 serienmäßig in den USA produziert werden, um dann in fünf europäischen Ländern als Mittel gegen die „russische Aggressionen“ bereitgestellt zu werden.

Friedensfördernd oder friedensgefährdend? Seit Jahren treiben die USA die sogenannte Modernisierung ihrer Atomwaffen in Europa voran, die Bundesregierung hat längst zugestimmt. Unter dem Deckmantel einer „Lebensdauerverlängerung“ der B61-Bomben, entstand eine ganz neuer Typ: die B61-12. Dieser kann dank reduzierten Gewichtes von Kampfflugzeugen transportiert werden und bietet so neue Einsatzmöglichkeiten – Szenarien, die mit den bestehenden viel größeren und schwereren Bomben nicht denkbar waren. So gewinnt sie an militärischem Nutzwert und vergrößert die Rolle, die Atomwaffen im Fall eines Krieges spielen könnten. Der Atomwaffensperrvertrag spielt wohl keine Rolle mehr.

Es hörte sich vernünftig und beruhigend an, als die Atommächte der Welt die Verträge zur Reduzierung der strategischen Kernwaffen unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle unterzeichneten. Präsident Obama erklärte die atomare Abrüstung zum Regierungsziel, was einer der Hauptgründe für die Verleihung des Friedensnobelpreises war. Kurz vor Ende seiner Amtszeit billigte er aber die letzte Entwicklungsphase für die B61-12.

Diese Linie wird jetzt von Präsident Trump fortgesetzt und verstärkt. Jetzt fördern der via Twitter regierende Präsident, die Atomindustrie sowie die Hochfinanz gemeinsam einen kalten Krieg mit atomaren Drohungen, der Europa ins Zentrum stellt. Das System der nuklearen Abschreckung wurde aktiviert und ist jetzt offizieller Teil der Geostrategie der USA. Und das, nachdem im Strategiepapier des Pentagons „der Krieg der großen Länder“, mit China als nächstem mächtigen und bösen Feind, hervorgehoben wurde.

Nach der neusten US-Nukleardoktrin sollen Atomwaffen auch bei nicht-nuklearen Angriffen auf die USA zum Einsatz kommen, falls wichtige Infrastruktur-Einrichtungen getroffen werden könnten. Damit lässt sich ihr Einsatz auch bereits infolge von Cyberangriffen begründen.

Dieser Wahnsinn muss ein Ende haben. „Mein Atomwaffenknopf ist größer“, twitterte der US-Präsident sofort, als er in Fox News sah, dass der nordkoreanische Diktator Kim Jong-un in seiner Neujahrsansprache den „Atomwaffenknopf“ erwähnt hatte.

In Dänemark, einer „Niederlassung“ der USA, wird die Gefahr eines Atomwaffeneinsatzes momentan ernst genommen, wobei es nicht um US-amerikanische Atombomben geht. Es heißt, dass „Putin Kopenhagen in 5 Minuten mit seinen Atomraketen verwüsten kann“. Der kalte Atomkrieg ist voll im Gang und wird planmäßig in den nächsten 10 bis 20 Jahren in unserem alltäglichen Leben immer präsenter. Vielleicht sollten wir den Plan in Frage stellen. In diesem „Spiel der Hasardeure“ sind Millionen Europäer nicht nur Zuschauer, sondern stecken mitten drin.

Wollen wir das wirklich? Ich nicht!

Power to the Paper!

Tommy Hansen, Chefredakteur

ARD-Tagesschau vom 20. Februar 2014. (Quelle: Screenshot)

Propaganda statt Journalismus

In einer Diskussion beim Kurznachrichten-Medium Twitter zwischen Rubikon-Autor Paul Schreyer, Maidanforscher Ivan Katchanovski und mehreren ARD-Journalisten offenbaren die öffentlich-rechtlichen Korrespondenten eine äußerst fragwürdige Berufseinstellung.

von Stefan Korinth

Wer sich schon mal gefragt hat, warum die ARD nicht über die Maidanmorde berichtet (A), konnte nun bei Twitter ungewollte Antworten darauf lesen. Die ARD-Moskau-Korrespondenten Udo Lielischkies und Golineh Atai sowie die freie Journalistin Silvia Stöber, die für den Faktenfinder der Tagesschau schreibt, lieferten sich dort eine entlarvende Debatte mit Rubikon-Autor Paul Schreyer und dem ukrainisch-kanadischen Politikwissenschaftler Ivan Katchanovski, der das Maidan-Massaker in einer materialreichen Studie untersucht hat.

Vorsicht: Wer noch an ein journalistisches Berufsethos und Aufklärungsinteresse dieser ARD-Leute geglaubt hat, wird erschrecken, wie dogmatisch, realitätsfern und uneinsichtig die Reporter ihre Sicht vertreten. Bitte lesen Sie zuerst selbst:

Debatte mit Atai, Schreyer und Katchanovski (Englisch): <https://twitter.com/GolinehAtai/status/976509959105073152>

Debatte mit Schreyer, Stöber und Lielischkies (Deutsch): < https://twitter.com/tavisupleba/status/975765655222915072>

Vorwissen: Fragwürdige Ermittlungen

Es gibt sehr viel zu hinterfragen an den Ermittlungen der ukrainischen Generalstaatsanwaltschaft (GPU). Diese weigert sich seit vier Jahren offiziell anzuerkennen, dass während des Massakers am 20. Februar 2014 in Kiew auch aus Gebäuden geschossen wurde, die unter Kontrolle des Maidan standen. Und das obwohl überwältigende Beweise dafür existieren. Es gibt Geständnisse, Filmaufnahmen, Zeugenaussagen, ballistisch-forensische Untersuchungen und vieles mehr.

So hat etwa der Maidankämpfer Ivan Bubentschik mehrmals öffentlich eingeräumt [1], an diesem 20. Februar zwei Polizisten mit einer Kalaschnikow erschossen zu haben. Mittlerweile fünf georgische Staatsbürger haben ausgesagt [2], dass sie und noch weitere Schützenteams mit Waffen ausgerüstet und angestiftet wurden, um an diesem Tag auf Polizisten und Demonstranten zu feuern.

Ein ZDF-Kamerateam filmte [3], wie Maidankämpfer aus dem ZDF-Hotelzimmer in Richtung der Todeszone feuerten. Das Team der BBC filmte [4], wie es aus dem Hotel Ukraina beschossen wurde. Der britische Sender interviewte [5] auch Augenzeugen und einen weiteren allerdings anonymen Schützen.

Dutzende Augenzeugen haben bereits vor Gericht und/oder in anderer Form öffentlich ausgesagt [6], vom Hotel Ukraina oder von weiteren Maidangebäuden aus beschossen worden zu sein oder dort Schützen gesehen zu haben. Viele dieser Zeugen sind selbst Maidankämpfer, die von den Schützen verwundet wurden. Die Schusswunden der meisten Todesopfer deuten auf erhöhte Schützenpositionen seitlich oder hinter ihnen – während die angeklagten Polizisten vor den Maidankämpfern an einer Barrikade postiert waren.

Das sind nur einige der Fakten zu dem Massaker, die in Ivan Katchanovskis Studie [7] und in anderen Quellen aufgelistet sind und nachgeprüft werden können. Dass es Schützen im Hotel Ukraina gab, ist eine Tatsache, die eindeutig belegt wurde. Wer jetzt meint, dies wäre ein berichtenswerter Umstand für die ARD – denn dieser Fakt könnte immerhin die in der Ukraine und im Westen vorherrschende Theorie von Janukowitsch und seiner mordlüsternen Spezialtruppe als Todesschützen umwerfen – der hat die Rechnung ohne Golineh Atai gemacht.

Schützen im Hotel? Eine „Obsession" aus Moskau!

„This „sniper from Hotel Ukraina" thing is a Moscow idée fixe and obsession" – zu Deutsch: „Diese ‚Scharfschützen im Hotel Ukraina'-Sache ist eine fixe Idee und Zwangsvorstellung aus Moskau", schrieb Atai nun bei Twitter. Diese öffentlich vorgetragene Realitätsverweigerung der preisgekrönten Korrespondentin macht erstmal sprachlos. Jeder, der sich mit dem Fall näher befasst hat, weiß, es wäre kaum absurder, sich um 20 Uhr ins Tagesschau-Studio zu stellen und affirmativ in die Kamera zu rufen: „Die Erde ist eine Scheibe, basta!"

Man muss sich das einmal klarmachen: Es geht hier nicht darum, wer diese Schützen waren, wer sie beauftragt hat oder auf wen sie schossen. Atai weigert sich bereits anzuerkennen, dass es überhaupt Schützen im Hotel gab. Dabei ist es nicht entscheidend, ob die Schützen Auftragskiller mit professionellen Scharfschützengewehren oder Barrikadenkämpfer mit Kalaschnikows und Jagdgewehren waren.

Ohne sich große Mühe zu machen, bügelt Atai im folgenden Tweet Ivan Katchanovski und seine Studie ab. Er sei nur ein Professor in Anführungsstrichen und auch noch einer aus Kanada. Diese Hochnäsigkeit ist sachlich nicht nachvollziehbar. Zum journalistischen Berufsethos, das Unparteilichkeit und Aufklärungsanspruch mit einschließt, passt diese grundlos ablehnende Haltung ebenfalls nicht. Normalerweise wäre es ihre Pflicht, sich mit der Studie auseinanderzusetzen.

Golineh Atais Adleraugen

Daraufhin schaltete sich Ivan Katchanovski in die Debatte ein, und kommentierte, diese Zurückweisung einer wissenschaftlichen Arbeit sei bemerkenswert. Zudem fragt er Atai, ob sie seine Studie überhaupt gelesen und deren Videoanhänge angeschaut habe. Eine Antwort erhielt er darauf nicht.

Weiter schreibt Atai: Statt Katchanovskis Erkenntnisse zu beachten , sei sie selbst nach Kiew gefahren und habe dort mit dem GPU-Sonderermittler Gorbatiuk gesprochen und tagelang in der Gerichtsverhandlung verbracht – es ist unbekannt, in welcher Dokumentation sie diese Recherchen verarbeitet hat. Und sie erläutert ihre Überzeugung weiter: „Ich glaube, meine eigenen Augen belügen mich nicht. Ich war direkte Zeugin."

Was sie konkret gesehen hat, wo sie während des Massakers überhaupt war, schreibt sie nicht. Doch das ist auch gar nicht entscheidend. Selbst wenn Atai todesmutig das ganze Blutbad stundenlang am offenen Fenster aufmerksam verfolgt haben sollte – sie konnte nicht gleichzeitig sehen, was in allen Zimmern des Hotels vonstattenging. Erst recht konnte sie von ihrer Zeugenpo-

Publiziert auf Free21 am 26.03.2018, 22:32 Uhr, von Stefan Korinth auf rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BY-NC-ND 4.0

sition nicht alle entsprechenden Dächer und Fenster im Kiewer Stadtzentrum beobachten. Schon gar nicht konnten ihre Augen abgefeuerte Kugeln in der Luft verfolgen und die Schussbahn berechnen. Und wer die Schützen beauftragt hat, kann man vom Hotelfenster aus am allerwenigsten beurteilen.

ZDF-Korrespondentin Britta Hilpert, sagte mir in einem Telefoninterview, dass sie während der Schießerei die Vorhänge im Hotelzimmer zugezogen hatte, aus Angst selbst erschossen zu werden. Ein nachvollziehbares Verhalten. Nur ab und zu habe sie einen kurzen Blick hinausgewagt und die Maidankämpfer hinter Bäumen kauernd gesehen. Hilpert gab zu, dass man mit diesem Wissen nicht beurteilen kann, wer unten auf der Straße von wem erschossen wurde. Golineh Atai meint offenbar, alles Relevante gesehen zu haben. Deshalb haben vier Jahre akribischer Materialsammlung von Katchanovski in Atais Adleraugen keinen Wert.

Atai soll nicht urteilen, sondern berichten

Doch was soll das eigentlich? Ihre journalistische Aufgabe ist es nicht, sich als große Bescheidwisserin aufzuspielen, sondern dem deutschen Fernsehpublikum, über alle relevanten Entwicklungen für die Aufklärung des Maidan-Massakers zu berichten und diese kritisch zu analysieren.

Dazu hätte beispielsweise schon am Tag des Massakers selbst gehört, über die Schützen im ZDF-Zimmer zu berichten. Das tat Atai aber genauso wenig wie ihre Kollegen von ARD und ZDF und das obwohl sie damals in unzähligen Live-Schalten die Möglichkeit hatte. Klar ist, solche Informationen hätten das Narrativ von den mordenden Polizisten vom ersten Tag an stark in Frage gestellt (B).

Dazu gehört auch über Katchanovskis Studie zu berichten, die Atai aus ungenannten Gründen ablehnt. So verbohrt ist man nicht mal in der Ukraine, wo der Universitätslehrer aus Ottawa in TV-Nachrichten [8] und in Diskussionssendungen [9] befragt wird.

Dazu gehören aber auch Berichte und kritische Recherchen zu den Aussagen der fünf Georgier [10] die behaupten, von hochrangigen ukrainischen und georgischen Maidanaktivisten zum Massenmord angestiftet und ausgerüstet worden zu sein.

Während freie Journalisten bei Alternativmedien nur von den Ressourcen träumen können, die ARD- und ZDF-Journalisten potenziell für Recherchen zu dem Massaker zur Verfügung stehen, bleiben Atai und ihre Kollegen untätig. Weil? Ja, weil jede weitere Beschäftigung damit die „Obsession Moskaus“ bedienen könnte.

„Moskau“ hat seine Leute eben überall

Doch was heißt hier eigentlich Moskau? Keiner der genannten Akteure ist Russe. Ivan Katchanovski ist Kanadier und Ukrainer (und zwar Westukrainer) und arbeitet seit Jahrzehnten an nordamerikanischen Universitäten. Der geständige Maidansoldat Ivan Bubentschik ist Ukrainer und kämpft in einem nationalistischen Bataillon im Donbass. Die anderen vermeintlich Geständigen sind Georgier. Zuerst über diese Georgier berichtet haben italienische und mazedonische, zuletzt israelische Journalisten. Wie nennt man es, wenn jemand in allem und jedem den Feind sieht?

Auch die ukrainische Nationalistin und Ex-Soldatin Nadja Savchenko, die zwei Jahre in einem russischen Gefängnis saß, steht nicht im Verdacht, Moskau zuzuarbeiten. In einem Interview mit der taz [11] bezeichnete sie Putin gerade erst als Feind des ukrainischen Volkes und forderte harte Ultimaten gegen Moskau.

Doch selbst diese Putin-Feindin und Maidananhängerin hatte kürzlich ausgesagt, dass es mit Sergej Pashinsky ein Maidan-Mann war, der die Schützen ins Hotel Ukraina führte. Golineh Atai ficht das nicht an. Der freie Journalist und Buchautor Paul Schreyer („Wir sind die Guten“) hatte sie bei Twitter gefragt, wann die ARD denn endlich über die Aussage der Ex-Soldatin Nadja Savchenko berichten wolle.

Doch Atai ist genauso wenig bereit, diesen wie all die anderen Hinweise anzuerkennen, geschweige denn dazu selbst zu recherchieren. Savchenko sei „notorisch unzuverlässig“, schrieb die Reporterin bei Twitter. Damit war sie fertig. Einen Bericht wird es also nicht geben. Als Savchenko aus dem russischen Gefängnis zurückkehrte, hörte sich Atais Beurteilung auch noch etwas anders an: Statt als Soldatin oder Nationalistin bezeichnete [12] sie Savchenko damals unkritisch als „Heldin und Widerstandskämpferin für viele Ukrainer“.

Medienkrieg mit „Moskau“

Nach diesen Tweets ist klar, was viele Kritiker auch vorher schon vermuteten: Atai ist eine Überzeugungstäterin. Sie ist davon überzeugt, dass „Moskau“ (Putin und der Kreml) ihr Gegner ist. Ihre Beurteilung der Realität hängt deshalb davon ab, wie „Moskau“ zu der Sache steht. Atai sieht sich anscheinend in einer Art medialem Krieg gegen „Moskau“. Das wird auch an ihrem Videostatement zur Russland-Wahl deutlich (C).

Mit dieser Haltung würde sie sicherlich gut zum Springer-Verlag passen aber nicht zu einem öffentlich-rechtlichen Sender, in dessen Rundfunkstaatsvertrag von internationaler Verständigung sowie von Objektivität und Unparteilichkeit (§11) die Rede ist. Atais Tweets sind nicht nur ein journalistisches Armutszeugnis, sondern auch Ausdruck transatlantischer Verblendung, die in „Moskau“ nichts anderes sehen will als den Feind. Nimmt man den Rundfunkstaatsvertrag ernst, ist Golineh Atai fehl am Platz.

Es braucht auf diesem Posten Menschen, die an der Wahrheit interessiert sind und Dinge nicht allein deshalb ablehnen, weil sie „Moskau“ nützen könnten. Doch mit dieser Haltung ist Atai nicht allein.

Faktenfinder kommt selektiv zum Einsatz

Immerhin ganz unerwähnt blieb der Fall der vermeintlichen georgischen Geständigen bei der ARD nicht. Im Webangebot der Tagesschau wurde er zwei Wochen nach Bekanntwerden kritisch von der Faktenfinder-Autorin Silvia Stöber aufgegriffen. Völlig zu Recht klopfte sie die Aussagen der Männer in der italienischen Reportage auf Schwachpunkte ab; beziehungsweise sammelte die kritischen Analysen anderer Medien (D). Doch mehr geschah nicht.

Weder berichtete die ARD grundsätzlich über die Existenz der Aussagen und weitere Entwicklungen noch gingen Stöber und Kollegen dem Fall mit eigenen Recherchen nach. Beides wäre aus journalistischer Sicht durchaus angebracht gewesen, denn es handelte sich um relevante, aktuelle Entwicklungen in einem weltpolitisch wichtigen Fall (E) – auch wenn dieser von den ARD-Leuten seit Jahren durch Nichtbeachtung heruntergespielt wird. Statt ihre offenbar guten Kontakte nach Georgien zu nutzen, um Näheres zu dem Fall in Erfahrung zu bringen, richtete Stöber ihre kritischen Fragen bei Twitter an Paul Schreyer.

Publiziert auf Free21 am 26.03.2018, 22:32 Uhr, von Stefan Korinth auf rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BY-NC-ND 4.0

Maidan-Aktivisten waren mit Schusswaffen ausgestattet, hier ein Foto vom 18. Februar 2014, wo ein vermummter Aktivist allerdings wohl nur mit einem Knicklauf-Luftgewehr auf ein Ziel zu schießen scheint. Bild: Mstyslav Chernov/Unframe/CC-BY-3.0

In ihrem Faktenfinder-Artikel kritisierte sie, das Fehlen jeglicher Belege für die Aussagen der Georgier. Als die Männer in späteren Reportagen ihre Flugtickets von Tiflis nach Kiew vorlegten, folgte jedoch kein Bericht von Stöber. Auch deren Angaben über ihre Armeezugehörigkeit sind überprüfbare Belege.

Bei Twitter forderte Stöber nun, dass der russische Sender „Sputnik" in der Pflicht sei, die Echtheit der Tickets zu belegen. Ja, das könnte Sputnik tun. Doch dies ist ein russischer Staatssender. Warum sollte er an einer Geschichte rütteln, die „Moskau" so gut passt? Nein, genau das ist die Aufgabe seriöser unabhängiger Medien. Ich habe das im Rahmen meiner bescheidenen Möglichkeiten als freier Journalist in Deutschland versucht. Georgian Airways ignorierte meine Anfragen genau wie ukrainische und georgische Behörden. Silvia Stöber hingegen hätte mit der ARD im Rücken große Ressourcen zur Verfügung, doch bei Twitter windet sie sich so gut es geht darum, ihrer Arbeit nachzukommen.

Eigene Arbeitsverweigerung schönreden

Zuletzt bringt sie das Kostenargument: „Halten Sie es für richtig, Gebührengelder für die aufwendige Überprüfung jeder fragwürdigen Behauptung von Sputnik und angeschlossener Medien auszugeben?"

Ja, Frau Stöber, ich persönlich fände es absolut begrüßenswert, wenn ARD, ZDF und Co. mehr Geld für solche Recherchen ausgeben würden, als für teure Sportübertragungsrechte (die auch private Sender gern übernehmen würden) oder für Sensationshonorare von Nachrichtensprechern und Talkshowmoderatoren. Aber warum verteidigen sie eigentlich die merkwürdige Ausgabenpolitik dieser Sender, unter der Sie doch auch leiden müssten?

Davon ganz abgesehen: Richtig wäre es, im Fall der Georgier nach journalistischen Kriterien zu handeln. Also nicht zu schauen, ob eine Behauptung aus Silvia Stöbers Sicht „fragwürdig" ist (=könnte Moskau nutzen), sondern ob die Behauptung objektiv wichtig für den Fall ist. Könnte man Sputnik widerlegen, wäre das doch ein gefundenes Fressen für die ARD.

„Konspirative Stöckchen"

Mit Udo Lielischkies beteiligte sich ein weiterer ARD-Moskau-Korrespondent an der Debatte. Dieser erklärte die Weigerung der ARD über die Georgier zu berichten damit, dass man nicht „über jedes konspirative Stöckchen" springen wolle.

Merkwürdig, in anderen Fällen, von der Vergiftung Skripals über russische Verbrechen in Syrien bis hin zu den vermeintlich russischen Hackern berichtet die ARD immer wieder sofort über Vorwürfe gegen Russland. Auch wenn diese völlig unbelegt sind. Was Moskau schadet, wird gern vermeldet – ganz ohne Faktenfinder.

Übrigens in solchen Fällen kommt Lielischkies dann auch gern selbst nach Deutschland und diskutiert [13] in der TV-Talkshow von Sandra Maischberger. Es muss eben nur das richtige „konspirative Stöckchen" sein, über das man dann sehr gern immer und immer wieder springt.

„Bitte, liebe ARD-Osteuropajournalisten, hört auf bei Twitter und in Talkshows herum zu spekulieren und macht einfach Eure Arbeit als Berichterstatter! Nutzt Eure Ressourcen, recherchiert zu wichtigen Entwicklungen unabhängig davon, wem es nützt. Das Publikum wird Euch dankbar sein, und übrigens bezahlt es Euch genau dafür.

Anmerkungen:

(A) Zuletzt hatte das ARD-Magazin Monitor im Mai 2014 kritisch über den Fortgang der Ermittlungen zum Maidan-Massaker berichtet. ‹https://www1.wdr.de/daserste/monitor/videos/video-todesschuesse-in-kiew-wer-ist-fuer-das-blutbad-vom-maidan-verantwortlich-100.html›

(B) Das ZDF berichtete ‹https://www.facebook.com/ivan.katchanovski/videos/vb.100000596862745/989716864391533› tatsächlich ein einziges Mal und zwar zwei Wochen nach dem Blutbad in einem vorabendlichen ZDF-Spezial zur Krim auch nebenbei über die Schützen im Hotelzimmer am Maidan. Folgen für die Berichterstattung oder gar ein Interesse an eigenen Recherchen zu diesem Vorfall löste dies bei den öffentlich-rechtlichen Sendern aber nicht aus. Selbst die kritische Monitor-Recherche bezog sich in ihrem Beitrag auf Bilder von RT, dass die Szenerie im ZDF-Zimmer ebenfalls gefilmt hatte. Dabei wäre doch eine Nachfrage bei den ZDF-Kollegen, die das alles und wahrscheinlich noch einiges mehr ebenfalls auf Band hatten, sehr leicht gewesen.

(C) In diesem Statement ‹https://twitter.com/mittagsmagazin/status/974585859004649472› fasst Atai unter anderem die Bilanz Putins als russischer Präsident seit 2000 zusammen. Sie ist dabei nicht willens, auch nur eine einzige minimal positive Aussage zu machen. Selbst viele von Putins Gegnern erkennen an, dass er das Land, das unter Jelzin in den 1990er Jahren unter Hyperinflation, Staatszerfall, Massenarbeitslosigkeit und Mafiakriegen litt, seitdem stabilisiert hat. Atai erkennt das nicht an. Das spricht nicht für einen sachlichen Blick. Zudem spricht sie in dem Spot über die verhinderten Herausforderer Putins bei der Wahl. „Es gibt keine Herausforderer. Die sind tot oder im Ausland oder verboten." Eingeblendet werden dazu: Boris Beresowski (Oligarch, tot seit 2013), Boris Nemzow (liberaler Politiker, tot seit 2015) und Michail Chodorkowski (Oligarch). Niemand davon war in seiner Karriere jemals ein ernsthafter Anwärter auf das Präsidentenamt. Keiner von denen ist auch nur jemals zu einer Präsidentenwahl angetreten. Während die Oligarchen immer versuchten, hinter den Kulissen die Strippen zu ziehen, zog Nemzow 2008 zurück. „Sie hätten auch nie die Chance gehabt in diesem System zu den wahren Herausforderern eines Feudalherren zu werden", sagt Atai weiter. Da kann man nur noch ungläubig mit dem Kopf schütteln. Wenn Putin ein Feudalherr ist, wie kann Atai ausgerechnet oligarchische Multimilliardäre, also die Feudalherren der 90er Jahre, als Alternativen der Herzen verkaufen?

(D) Darunter auch einen verschwörungstheoretischen Artikel der Pro-Maidan-Propagandaseite „StopFake". Stöber wies nicht auf die Parteilichkeit und Unseriosität von „StopFake" hin.

(E) Das Scharfschützenmassaker war ein weltpolitisch wichtiges Ereignis, denn es war der Wendepunkt auf dem Maidan, der zum Sturz von Präsident Janukowitsch führte. Erst dieses Ereignis ermöglichte Janukowitschs raschen Verlust von Rückhalt unter seinen Anhängern. Die verfassungswidrige Absetzung des Präsidenten nur zwei Tage später sowie die Machtübernahme der pro-westlichen Maidanpolitker führten zum russischen Militäreinsatz auf der Krim und zu den Protestbewegungen in der Ostukraine gegen die Kiew mit militärischer Gewalt vorging. Massaker und Staatsstreich sind negative Meilensteine im heutigen Konflikt zwischen Russland und dem Westen.

Quellen:

[1] *<https://www.heise.de/tp/features/Maidan-Ich-schoss-ihnen-ins-Genick-3378569.html>*

[2] *<https://www.heise.de/tp/features/*

Maidanmorde-Aussagen-weisen-erneut-auf-Taeter-aus-den-eigenen-Reihen-3997520.html?seite=all>

[3] *<https://www.facebook.com/ivan.katchanovski/videos/vb.100000596862745/989716864391533>*

[4] *<https://www.youtube.com/watch?feature=player_detailpage&v=kP9T_wGPWQw#t=225>*

[5] *<https://www.youtube.com/watch?v=mJhJ6hks0Jg&feature=youtu.be&t=277>*

[6] *<https://www.youtube.com/watch?v=MU0jxKJ4LaY>*

[7] *<https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2658245>*

[8] *<https://www.youtube.com/watch?v=ORPPUNdw0eI&feature=youtu.be&t=59>*

[9] *<https://www.youtube.com/watch?v=bMXRT_3FsSQ>*

[10] *<https://www.heise.de/tp/features/Maidanmorde-Aussagen-weisen-erneut-auf-Taeter-aus-den-eigenen-Reihen-3997520.html>*

[11] *<http://www.taz.de/Ukrainische-Politikerin-ueber-Krieg/!5491925/>*

[12] *<https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-186349.html>*

[13] *<http://www.ardmediathek.de/tv/Maischberger/Trump-oder-Putin-Vor-wem-m%C3%BCssen-wir-meh/Das-Erste/Video?bcastId=311210&documentId=51032626>*

Autor:

Stefan Korinth

Jahrgang 1983, ist freiberuflicher Journalist. Er lebt und arbeitet als Autor und Redakteur in Hannover. Dort studierte er Politikwissenschaften und Soziologie. Für seine Abschlussarbeit forschte er in der Ukraine. Seine journalistischen Arbeitsschwerpunkte sind politische und historische Themen sowie der Ukraine-Konflikt.

Dieser Text wurde zuerst am 23.3.2018 auf Rubikon.news unter der URL ‹https://www.rubikon.news/artikel/propaganda-statt-journalismus› veröffentlicht. (Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BY-NC-ND 4.0)

‹http://www.free21.org/?p=28861›

Beweise, bitte!

Eine nüchterne Analyse des Mordversuchs an Sergej und Yulia Skripal **von Andreas von Westphalen**

Motto am Kirkaldy-Testing-Museum in London (Foto: Lars Plougmann/Flickr/CC BY-SA 2.0)

Nach dem Mordversuch an dem ehemaligen russischen Spion Sergej Skripal und seiner Tochter Yulia sieht Großbritannien in Russland den Schuldigen. Außenminister Johnson klagt den russischen Präsidenten Wladimir Putin sogar persönlich an. Und die Medien? Statt aufzuklären werfen sie – ohne jeden Beleg für eine russische Schuld – die Frage auf, ob die Vorkommnisse nicht längst den NATO-Bündnisfall ausgelöst hätten haben müssen. Rechtsstaatlichkeit sieht anders aus.

Bei dem Mordversuch am 4. März, bei dem auch ein Polizist Vergiftungen erlitt, kam angeblich das Nervengas Nowitschok zum Einsatz. Die britische Regierung geht davon aus, dass Russland „höchstwahrscheinlich schuldig sei" und stellte Russland ein Ultimatum, sich zu erklären. Nachdem Russland das Ultimatum verstreichen ließ, wies die britische Regierung 23 russische Diplomaten aus. Russland antwortete mit der Ausweisung 23 britischer Diplomaten.

Die diplomatischen Drohungen waren damit jedoch noch nicht beendet. Am 15. März gaben Deutschland, Frankreich und die USA eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie Großbritannien unterstützen und deren Verdächtigung teilen. Der britische Außenminister Boris Johnson, der nicht unbedingt für seinen diplomatischen Ton bekannt ist, geht sogar noch einen Schritt weiter und spricht öffentlich von einer direkten Schuld des russischen Präsidenten Wladimir Putin. Es sei „äußerst wahrscheinlich, dass es seine Entscheidung war". [1]

Keine Frage, die Lage ist derzeit sehr angespannt und es ist gewiss nicht die schlimmste Konsequenz, wenn Boris Johnson seiner Mannschaft nicht bei der Fußball-WM im Stadion zujubelt. Seriöse Medien wie „Die Zeit" und die „Tagesschau" fragen sogar, ob der Einsatz von chemischen Waffen auf dem Gebiet der NATO nicht den Bündnisfall auslösen würde — wobei diese Frage auf der Webseite der Tagesschau inzwischen gelöscht wurde. [2]

Harte Anschuldigungen bedürfen harter Beweise

Der Ton der Anschuldigungen ist hart. Aber worauf begründet sich die Schuldzuweisung genau und welche Beweise liegen auf dem Tisch? Nach dem Blick auf die gemeinsame Erklärung von Deutschland, Frankreich und den USA lässt sich zusammenfassen, dass diesen Ländern keine Beweise seitens Großbritanniens vorgelegt wurden. Es heißt schlicht:

> „Das Vereinigte Königreich hat seinen Partnern gegenüber im Detail dargelegt, dass Russland mit hoher Wahrscheinlichkeit die Verantwortung für diesen Anschlag trägt." [3]

Das erinnert ein wenig an die USA, die dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder 25 Minuten Zugang zu ausgewählten Akten gewährten, um ihn von dem angeblich eindeutigen Beweis, Saddam Hussein besitze Massenvernichtungswaffen, zu überzeugen. Aber der Reihe nach.

Das Opfer

Wer liest oder hört, dass auf einen Wer liest oder hört, dass auf einen ehemaligen russischen Spion ein Mordversuch unternommen wurde, hat schnell eine instinktive Schuldzuweisung parat: Er macht dafür das Land verantwortlich, für das er spioniert hat. Wer sonst sollte Interesse am Tod eines ehemaligen Spions haben? Die Lage ist aber deutlich komplizierter. Im Jahr 2006 wurde Skripal in Russland verurteilt, weil er als russischer Spion dem britischen Geheimdienst MI6 die Identitäten von russischen Spionen verraten hatte, die undercover in Europa arbeiteten. Er wurde daraufhin zu 13 Jahren Arbeitslager verurteilt und 2010 vom damaligen russischen Präsidenten Dimitri Medwedew begnadigt. Skripal kam im Rahmen eines Gefangenenaustausches frei und lebt seitdem in London. [4]

 Publiziert auf Free21 am 26.03.2018, 21:27 Uhr, von Andreas von Westphalen auf www.rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BY-ND4.0.

Waleri Morosow, ein Exil-Russe, der in Russland um sein Leben fürchtete und nach Großbritannien floh, um dort Asyl zu erhalten, zweifelt am Interesse Russlands, einen Ex-Spion zu ermorden: „Für Moskau war Skripal nicht besonders bedeutend. Davon bin ich überzeugt. Das wird jetzt nur so dargestellt."

Seine Erklärung hierzu ist einleuchtend: „Er hat nur 13 Jahre Arbeitslager als Strafe erhalten. Das hätte wesentlich schlimmer für ihn ausgehen können. Ich war in Militär und Diplomatischem Dienst tätig und bin mir daher auch sicher: Mit der Entlassung nach Großbritannien war der Fall für den russischen Geheimdienst erledigt. Skripal hatte seine Strafe erhalten und diese akzeptiert. Daher konnte er auch danach weiter Kontakte nach Russland pflegen, etwa in die Botschaft. Ich bin daher der Meinung, sie hatten keinen Grund, ihn nun zu vergiften. In Russland interessiert sich doch niemand mehr für Agenten wie ihn." [5]

Betrachtet man die genannten Fakten nüchtern, bleibt die Frage bestehen: Aus welchem Grund sollte Russland nun den Tod Skripals wünschen, der sein inzwischen veraltetes Wissen über die Identität von russischen Spionen bereits vor mehr als einem Jahrzehnt dem MI6 preisgegeben hatte? Was ist das Motiv?

Das Motiv

In der gemeinsamen Erklärung Deutschlands, Frankreichs und den USA heißt es:

> „Wir teilen die Einschätzung des Vereinigten Königreichs, dass es keine plausible alternative Erklärung gibt."

Diese Begründung macht – gelinde gesagt – etwas sprachlos. Welcher Richter würde eine Anklage annehmen, nur weil als einziger Mörder der eifersüchtige Ehemann in Frage kommt? Waleri Morosow sieht die Täterfrage keineswegs alternativlos: „Die Täter profitieren von einer günstigen weltpolitischen Lage: Wenn etwas in Großbritannien in dieser Art geschieht, wird direkt Putin verantwortlich gemacht. In dieser Hinsicht ist Großbritannien der Himmel für Kriminelle aus Russland. Und von denen gibt es hier viele." [6]

Der Journalist Misha Glenny, Mafiaspezialist und Autor einer BBC-Serie über die russische Mafia, findet den Vorwurf gegen Russland ebenfalls keineswegs alternativlos:

„Skripal war Teil eines Agentenaustauschs; über seinen Fall haben die britische wie die russische Seite ein Protokoll unterzeichnet. In der Theorie heißt es, wer Teil eines Agentenaustauschs war, ist geschützt vor Attacken der anderen Seite. Ich sehe hier vier Alternativen. Entweder der Kreml hat beschlossen, dieses Protokoll bewusst zu missachten, was ich für unwahrscheinlich halte. Oder innerhalb des russischen Geheimdienstes hat jemand auf eigene Faust gehandelt. Oder es war ein anderer Geheimdienst. Oder Skripal selbst hat das Protokoll missachtet und war wieder geheimdienstlich tätig." [7]

Genauso naheliegend wie Russland als erster Verdächtiger erscheint, so widersinnig erscheint die These aus einer anderen Perspektive: Warum sollte die russische Regierung nur wenige Tage vor der Präsidentschaftswahl, bei der laut Umfragen Putin quasi uneinholbar vorne liegt, einen Mordauftrag in Großbritannien ausführen lassen?

Warum nur wenige Monate vor einem für das Land so wichtigen Ereignis wie der Fußball-WM? Warum mit einem Nervengas, das angeblich eindeutig auf Russland als Schuldigen hinweist? Warum führt das Nervengas nicht zum sofortigen Tod? Warum ist „Nowitschok", das seit 1970 unter der Prämisse entwickelt wurde, von NATO-Ländern nicht identifizierbar zu sein, innerhalb von drei Tagen von britischen Wissenschaftlern identifiziert worden?

Das Nervengas

Die Tagesschau erklärt sehr prägnant die Hintergründe zu dem angeblich benutzten Nervengas: „Nowitschok", („Neuling"), wurde in den 1970er- und 1980er-Jahren in der Sowjetunion als chemischer Kampfstoff entwickelt. Es soll rund 100 Varianten geben. Das als feines Pulver eingesetzte Gift besteht vermutlich aus zwei für sich harmlosen Komponenten, die beim Mischen hoch gefährlich werden. Es soll vielfach stärker wirken als herkömmliche militärische Giftgase. Ein beteiligter Wissenschaftler, Vil Mirzayanov, enthüllte 1992 die Existenz des Nowitschok-Programms. Er emigrierte 1994 in die USA." [8]

Folgt man dieser Darstellung, erscheint die Schlussfolgerung zwingend, dass es Russland war (weil nur dieses Land das Nervengas besitzt) oder Nowitschok aus seinem Bestand verloren gegangen sein muss. Ganz in diesem Sinne argumentiert die Premierministerin Theresa May:

> „Entweder war dies eine direkte Handlung des russischen Staates gegen unser Land, oder die russische Regierung hat die Kontrolle über ihr Nervengas, das katastrophalen Schaden anrichten kann, verloren und erlaubt, dass es in die Hände anderer gerät." [9]

Der Ton in der eingangs erwähnten gemeinsamen Erklärung ist nur auf den ersten Blick identisch: „Der Einsatz eines militärischen Nervenkampfstoffs eines Typs, wie er von Russland entwickelt wurde." Die Formulierung macht stutzig. Denn es heißt hier ausdrücklich nicht, dass das im Mordversuch verwendete Nervengas in Russland hergestellt und gelagert wurde, sondern ausschließlich, dass es sich um einen Typ handelt „wie er von Russland entwickelt wurde".

Der ehemalige britische Botschafter in Usbekistan, Craig Murray, weist zu Recht darauf hin, dass auch in allen Verlautbarungen der britischen Regierung stets genau diese Formulierung verwendet wird, wenn sie die Herkunft des verwendeten Nervengases genauer bestimmt. [10]

Das Prozedere

Das von der britischen Regierung gewählte Prozedere zur Aufklärung des Mordversuches ist merkwürdig. Da es sich hier um den Einsatz eines chemischen Kampfstoffes handelt, müsste Großbritannien eigentlich ein Verfahren bei der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) einleiten. Daraufhin müsste die OPCW innerhalb von 24 Stunden Russland um eine Erklärung bitten, für die dem Land zehn Tage gewährt werden. [12]

Zwar hat London die OPCW am 8. März informiert und Russland aufgefordert, der OPCW „eine vollständige und komplette Offenlegung" zu geben [13]. Aber London hat kein solches Verfahren bei der OPCW eingeleitet. Jens Berger hat in einem detaillierten Artikel diesen besonderen Aspekt herausgearbeitet:

„Großbritannien hat also entgegen des klar festgelegten Verfahrensablaufs der Chemiewaffenkonvention die Phasen der Klarstellung und Feststellung übersprungen und geht gleich zu einem Verfahrensschritt über, der im Maßnahmenkatalog eigentlich erst viel später auftaucht." [14]

Stattdessen hat Großbritannien den UN-Sicherheitsrat angerufen. [15] Interessanterweise besteht Russland wiederum genau auf dieser Einhaltung des Verfahrens. Daher erklärte der russische Botschafter bei der OPCW: „Unsere britischen Kollegen sollten sich daran erinnern, dass Russland und das Vereinigte Königreich Mitglieder der OPCW sind, welches einer der erfolgreichsten und wirksamsten Mechanismen zur Abrüstung und Nicht-Weiterverbreitung darstellt. Wir rufen sie auf, die Ultimaten und Drohungen zu unterlassen und zum rechtlichen Rahmen der Chemiewaffenkonvention zurückzukehren, der es ermöglicht, diese Art von Situation zu lösen. Wenn London ernsthafte Gründe für den Verdacht hat, Russland würde die CWC (Chemical Weapons Convention) verletzen – und die Erklärung des angesehenen Botschafters Peter Wilson zeigt, dass dem so ist –, empfehlen wir, dass Großbritannien sofort

das Verfahren nach Absatz 2 von Artikel 9 der CWC in Anspruch nimmt. Dieses ermöglicht es, uns auf einer bilateralen Grundlage offiziell zu kontaktieren, um Fragen, Zweifel oder Bedenken jeglicher Art auszuräumen." [16]

Darüber hinaus formuliert der russische Botschafter zwei Forderungen, die nachvollziehbar erscheinen: „Eine faire Warnung: Wir benötigen substanzielle Beweise für die angeblich russische Spur in diesem bedeutenden Fall. Großbritanniens Behauptungen, sie hätten alles, und ihre weltberühmten Wissenschaftler hätten unwiderlegbare Informationen, die sie uns aber nicht geben werden, werden nicht akzeptiert. (…) Darüber hinaus wäre es in diesem speziellen Fall legitim für die britische Seite, Hilfe vom Technischen Sekretariat der OPCW zu ersuchen, um die Analyse der verfügbaren Proben, die angeblich Spuren einer Chemiewaffenanwendung in Salisbury aufweisen, in einem unabhängigen Labor durchführen zu lassen."

Die britische Regierung hat nun die OPCW ersucht, eine unabhängige Untersuchung des benutzten Nervengases durchzuführen. Am 19. März – also mehr als zwei Wochen nach dem Mordversuch – wird die Ankunft der Wissenschaftler in London erwartet. [17]

Sowjetunion ist nicht Russland

Hamish de Bretton-Gordon, ein britischer Chemiewaffenexperte erklärte, Nowitschok sei in Schichany, Zentral-Russland, entwickelt und produziert worden. Ihm zufolge findet sich diese Informationen in einem Bericht, den Russland vor einigen Jahren der OPCW vorlegte. [18] Wie die US-amerikanische Beraterin für Geopolitik, Stephanie Fitzpatrick, in der New York Times schrieb, wurde Nowitschok bis 1993 in Nukus, Usbekistan, getestet, ohne Wissen der dortigen Regierung und unter Missachtung der von Moskau unterzeichneten Chemiewaffenverträge. Dann zogen die letzten russischen Wissenschaftler dort ab. [19] Zwischen 1998 und 2003 wurde die Anlage in Nukus unter Aufsicht der USA, die von der usbekischen Regierung um Hilfe gebeten worden waren, abgebaut und dekontaminiert. Offiziell wurde dem US-Senat der vollständige Abbau der Anlage gemeldet. [20]

Auch Craig Murray, zum damaligen Zeitpunkt britischer Botschafter in Usbekistan, bestätigt dies: „Ich habe die Chemiewaffenanlage von Nukus selber besucht. Sie wurde von der US-Regierung abgebaut, dekontaminiert und die Bestände zerstört sowie das Equipment weggebracht. Ich erinnere mich an die Beendigung, als ich dort als Botschafter tätig war." [21]

Murray geht noch einen Schritt weiter und betont, es gebe keinen Beweis dafür, dass Nowitschok in Russland existiert habe. Dem widerspricht die Aussage von Hamish de Bretton-Gordon.

Hamish de Bretton-Gordon bestreitet, dass in Nukus jemals Nowitschok hergestellt wurde. Vil Mirzayanov, der deutlich näher am tatsächlichen Geschehen war, erklärt jedoch, dass in Nukus zwischen 1986 und 1989 Nowitschok getestet wurde. [22]

Wenn Nowitschok tatsächlich in Nukus existiert hat, heißt das konkret, dass die USA theoretisch von der Produktion von Nowitschok gewusst haben könnten. Es würde schon sehr erstaunen, wenn sich die USA die Gelegenheit entgehen ließen, Proben aktueller russischer Geheimforschung an chemischen Waffen mitzunehmen.

Es ist äußerst überraschend und angesichts der glasklaren Verdächtigung seitens Großbritanniens schlicht erstaunlich, dass sich nicht einmal mit absoluter Sicherheit sagen lässt, an welchem Ort der ehemaligen UdSSR zuletzt an Nowitschok geforscht wurde. Klärung können hier nur die Dokumente der OPCW bringen.

Russland hat offiziell keine Chemiewaffen mehr

Während die USA die vollständige Vernichtung ihrer Chemiewaffen für 2023 geplant haben, hat Russland die Zerstörung ihrer 40.000 Tonnen chemischer Waffen bereits im Oktober 2017 abgeschlossen. Dies wurde offiziell bei einer Feier der OPCW bekannt gegeben. [23]

Die Inspekteure der OPCW hatten somit Zugang zu allen Laboratorien für chemische Kampfstoffe und haben die Zerstörung überwacht. Also auch in der angeblich von der OPCW erwähnten Anlage in Schichany. Wohlgemerkt gehört auch Großbritannien der OPCW an und man darf annehmen, dass auch britische Inspekteure bei der Kontrolle in Russland vor Ort waren.

Der britische Botschafter bei der OPCW, Peter Wilson, gratulierte noch im November 2017 persönlich dem Direktor für die erfolgreiche, überwachte Vernichtung des gemeldeten russischen Chemiewaffenarsenals. Kein Wort der Kritik, dass Russland noch Chemiewaffen versteckt haben könnte. [24]

Also alles gut? Nein, die Begeisterung im November letzten Jahres hinderte Wilson nicht daran, vor wenigen Tagen zu behaupten, Russland habe jahrelang nicht sein vollständiges Arsenal an Chemiewaffen offengelegt. [25]

Die verworrene Geschichte des Nowitschok

Die Geschichte des angeblich verwendeten Nervengases ist kompliziert, was die Selbstverständlichkeit schwer nachvollziehbar macht, mit der London auf Moskau als Strippenzieher zeigt. Ein Beratergremium der OPCW machte im Jahr 2013 eine bezüglich des Falls Skripal bedeutsame Erklärung:

„Das Beratergremium SAB hat keine ausreichenden Informationen, um die Existenz oder den Besitz von ‚Nowitschok' zu kommentieren." [26] Das Problem: Es gebe einfach zu wenig verlässliche Informationen. [27]

Existiert Nowitschok überhaupt?

Im Jahr 2016 kam niemand anderes als Robin Black, der Leiter des Detection Laboratory, der einzigen britischen Chemiewaffenforschungseinrichtung in Porton Down, zu einem noch bemerkenswerteren Ergebnis: Es stehe nicht sicher fest, ob es Nowitschok wirklich gibt. Die einzige schriftliche Quelle hierfür sei Mirzayanovs zehn Jahre altes Buch. [28]

Die Einschätzung Blacks ist umso wichtiger, weil die Inspekteure der OPCW zu diesem Zeitpunkt Zugang zu allen russischen Laboratorien für chemische Kampfstoffe hatten und dennoch Nowitschok nicht in die offizielle Liste der chemischen Kampfstoffe aufgenommen haben. Daher kann man daraus nur schlussfolgern, dass nach Kenntnisstand der OPCW den Russen die angestrebte Synthese vermutlich nicht gelungen ist. Die Medien haben darüber jedoch bis heute nichts berichtet.

Existiert ein Musterexemplar?

Eine kleine Frage sei zwischendurch erlaubt. Wenn die britischen Wissenschaftler innerhalb von drei Tagen das verwendete Nervengas als ein Nowitschok identifizieren konnten, das angeblich nur in Russland produziert werden kann (obwohl interessanterweise diese deutlichen Worte so nie benutzt werden), stellt sich die Frage: Wie konnten sie das eigentlich schaffen?

Denn wie will man einen chemischen Kampfstoff einwandfrei identifizieren, dessen man noch nie zuvor habhaft werden konnte? Womit will man das gefundene Nervengas vergleichen, um es einwandfrei identifizieren zu können, wenn man kein Vergleichsexemplar besitzt? Und man darf davon ausgehen, dass die Briten kein Vergleichsexemplar haben, weil sie ja ansonsten in der Lage sein müssten, es selbst zu produzieren.

Oder wie kämen sie in dessen Besitz, wenn es nur in Russland produziert wurde und noch nie zum Einsatz kam? Großbritannien hätte in diesem Fall auch internationales Recht gebrochen, weil sie die Existenz des Nowitschok nicht der OPCW gemeldet hätten.

Publiziert auf Free21 am 26.03.2018, 21:27 Uhr, von Andreas von Westphalen auf www.rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BY-ND4.0.

Die entscheidende Frage aber ist: Wieso stellt kein Journalist der britischen Regierung diese Fragen? Und weshalb verlangen nicht die deutsche, französische und die US-amerikanische Regierung diese Informationen, bevor sie eine gemeinsame Erklärung formulieren?

Eine Bombe

Am 16. März veröffentliche Craig Murray einen Artikel wie eine Bombe. Er erhielt von einer höher gestellten Persönlichkeit die Information, dass die Wissenschaftler von Porton Down, der einzigen britischen Chemiewaffenfabrik, nicht in der Lage wären, das im Mordversuch verwendete Nervengas als eindeutig in Russland produziert zu identifizieren. Daher weigerten sie sich trotz politischen Drucks, dies offiziell zu bestätigen, sodass man sich auf die Wendung „ein Typ, der in Russland entwickelt wurde", einigte. [29]

Niemand widerlegt Craig Murray

Nach den zwei, drei extrem wichtigen Blogeinträgen von Craig Murray, die zu 300.000 Lesern, 12.500 Tweets und 8 Millionen Reaktionen führte, bemerkte Murray vielsagend: Kein Journalist hatte ihn öffentlich der Lüge und Falschdarstellung bezichtigt und vorgeführt. Der Verdacht liegt tatsächlich nahe, dass kein Journalist Material an der Hand hat, die bahnbrechenden Vorwürfe Murrays zu entkräften.

Daher kann man ihm auch nur zustimmen: Es ist ein Skandal, dass kein Journalist die britische Regierung darauf aufmerksam macht, dass sie stets nur die Redewendung „ein Typ, der in Russland entwickelt wurde" benutzt und nie nachfragt:

> „Können Sie bestätigen, dass das im Mordversuch verwendete Nervengas tatsächlich in Russland produziert wurde?"

Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Aber es geschieht nicht. [30]

Iran kann es!

Der nächste Akt im Fall Skripal ist die Tatsache, dass es dem Iran bereits 2016 gelungen ist, Nowitschok aus kommerziell erwerblichen Stoffen herzustellen. Der Iran tat dies in Kooperation mit der OPCW. Das Land meldete auch umgehend den Erfolg und die OPCW nahm Nowitschok in die Liste chemischer Kampfstoffe auf [31]. Damit fällt jedoch das entscheidende Schlüsselargument endgültig in sich zusammen, dass das verwendete Nervengas nur in Russland hergestellt werden kann.

Spätestens jetzt sollte jeder, dem auch nur ansatzweise an einem friedlichen Miteinander auf diesem Planeten gelegen ist, auf einer unabhängigen Untersuchung bestehen. Plumpe unbewiesene Schuldzuweisungen helfen niemandem.

Die britische Regierung verteidigt sich

Schließlich ließ die britische Regierung die Darstellung von Craig Murray nicht auf sich sitzen und veröffentlichte gestern, am 18. März, selbst eine Darstellung: „Wir haben keine Ahnung, worauf Craig Murray sich bezieht."

Dann eine überraschende Feststellung: „Es ist klar, dass es sich um ein Nervengas handelt, das in Russland entwickelt wurde." Der Aufwand ist erstaunlich, hatte doch Murray genau darauf hingewiesen, dass die britische Regierung diese Formulierung immer benutzt, jedoch nie davon spricht, das Nervengas sei in Russland produziert worden. Was genau soll also die britische Veröffentlichung belegen und beweisen? [32]

Boris Johnson greift an

Wenige Stunden nach dieser unbeholfenen Darstellung pfeift Boris Johnson zum Angriff und überbietet bei weitem alle bisherigen Anschuldigungen gegen Russland:

„Tatsächlich haben wir (eine) Information(en), die darauf hinweisen, dass Russland innerhalb der letzten zehn Jahre die Anlieferung von Nervengas zum Zweck von Attentaten erkundet hat. Und ein Teil dieses Programms beinhaltete auch, bestimmte Mengen von Nowtischok zu kreieren und zu lagern." [33]

Zum ersten Mal spricht damit ein Mitglied der britischen Regierung explizit den Vorwurf aus, das Nervengas sei in Russland produziert worden. Wie Johnson an einem Sonntag innerhalb weniger Stunden seine Meinung ändern konnte, wird vermutlich sein Geheimnis bleiben.

Ein Geheimnis, das sich vielleicht dadurch erklärt, dass er seine Sprache sehr geschickt wählt. Er spricht eben genau nicht von Beweisen, sondern von Information(en) (im Englischen ist der Singular vom Plural nicht zu unterscheiden).

Er spricht von „innerhalb" der letzten zehn Jahre. Das kann sowohl heißen, das gesamte Jahrzehnt lang oder einen Tag lang von zehn Jahren. Erstaunlich also, wie vage er formuliert, obwohl er den Grad der Anschuldigungen noch einmal deutlich erhöht und die Spannung zwischen beiden Ländern noch weiter anwachsen lässt.

Überraschend auch, dass er einen solch radikalen Richtungswechsel in den Äußerungen zu dem Mordversuch an einem Sonntag macht. Wie Craig Murray aus eigener Erfahrung erklärt, müssen solche Offenlegungen von geheimen Informationen mit verschiedenen Geheimdienststellen abgesprochen sein. Daher muss deren Zustimmung höchstwahrscheinlich bereits am Freitag vorgelegen haben. Warum also informiert die britische Regierung dann nicht das Unterhaus und die OPCW hiervon, sondern schickt den Außenminister am Wochenende ins Fernsehen?

Einmal mehr kann man nur hoffen, dass die britische Regierung in ihren extremen Anschuldigungen nicht nur von Beweisen spricht, sondern auch wirklich Taten folgen lässt, indem sie diese Beweise tatsächlich präsentiert und einer wirklich unabhängigen Untersuchung zur Verfügung stellt.

Heute, am 19. März, werden nach Johnsons Aussage die Forscher der OPCW erwartet, um die Proben des beim Mordversuch verwendeten Nervenkampfstoffes zu untersuchen [34]. Man darf sehr gespannt sein. Die Frage, wie Russland in den letzten zehn Jahren Nowitschok entwickeln und lagern konnte, wenn es zeitgleich bis Oktober 2017 von internationalen Inspekteuren der OPCW überwacht wurde, bleibt ein Geheimnis.

Insbesondere wenn man bedenkt, dass Nowitschok offenbar so kompliziert zu synthetisieren ist, dass man hierfür vermutlich eine geeignete Chemiewaffenproduktionsanlage benötigt. Diese wurden aber mit Sicherheit von der OPCW genauestens überwacht. Des Weiteren wäre interessant zu erfahren, weshalb sich die Experten zwei Wochen zur Analyse ausserbeten haben, derweil die Briten mit ihrem Ergebnis bereits nach drei Tagen offiziell Russland verdächtigen konnten. (35)

Ansonsten Anthrax

Leider viel zu schnell ist der Anthrax-Fall in den USA nach dem 11. September in allgemeine Vergessenheit geraten. Fünf Menschen kamen ums Leben und 17 wurden verletzt. Zuerst galt Al-Qaida als eindeutiger Verdächtiger, dann der Irak.

Das FBI leitete die größte Untersuchung in seiner Geschichte ein. Schließlich fiel der Verdacht auf einen US-Amerikaner, auf einen US-amerikanischen Mikrobiologen, der schließlich Selbstmord beging. Später reichte niemand anders als der Leiter der zwischen 2002 und 2006 erfolgten FBI-Untersuchung Klage gegen einige Mitarbeiter des US-Justizministeriums und des FBI ein. Bis heute sind die Anthrax-Morde, die so eindeutig erschienen, noch immer nicht geklärt. [36]

Eine kleine Satire

Craig Murray versucht es unterdessen mit Humor:

„Genosse Putin, wir haben nun erfolgreich zehn Jahre lang insgeheim Nowitschok gehortet und konnten es vor den OPCW-Inspektoren verbergen. Wir haben unsere Agenten in geheimen Mordanschlagstechniken mit Nowitschok trainiert. Das Programm hat mehrere Hundert Millionen Dollar ge-

kostet, aber nun sind wir bereit. Natürlich werden wir, wenn wir es zum ersten Mal einsetzen, unser Geheimnis preisgeben und massive internationale Rückschläge erleiden. Also, wer soll unser erstes Ziel sein? Der Leiter eines fremden Nachrichtendienstes? Ein führender Jihadist in Syrien? Ein wichtiger Nuklearwissenschaftler? Vielleicht sogar ein Staatenlenker?“ „Nein, Tovarisch, nimm‘ den alten Kerl, der da im Ruhestand in Salisbury lebt, Du weißt schon, den wir damals vor ein paar Jahren aus dem Gefängnis entlassen haben… .“ [37]

Aber wer war es denn jetzt?

Heißt das nun, dass Russland nicht für den Mordversuch an Sergej Skripal zuständig ist? Nein, selbstverständlich lässt sich diese Möglichkeit nicht zweifelsfrei ausschließen. Aber genauso wenig lässt sich zweifelsfrei urteilen, dass die russische Regierung dafür verantwortlich ist.

In einem Rechtsstaat müssen glücklicherweise die Ankläger ihre Anschuldigungen beweisen. Nicht der Angeklagte seine Unschuld. Damit dieser Vorfall nicht weiter Parallelitäten zu den massiven Vorwürfen gegen Saddam Hussein bekommt, hilft nur eines:

Dass Medien, die nach Beweisen verlangen, keine Vorverurteilung vornehmen, sondern auch gegenüber Russland das Recht der Unschuldsvermutung gelten lassen, auf das jeder Rechtsstaat aus gutem Grunde stolz ist und – last but not least –, dass Medien die wirklich wichtigen Fragen stellen. Fangen wir vorne an: „Können Sie bestätigen, dass das im Mordversuch verwendete Nervengas tatsächlich in Russland produziert worden ist?“

Entscheidend ist jedoch eine wirklich unabhängige Untersuchung, die die Beweise offenlegt und die zentralen Fragen beantwortet. Bei all den aktuellen diplomatischen Muskelspielen, die zunehmend beunruhigende Dimensionen annehmen, sollte man zudem einen zentralen Gedanken nicht außer Acht lassen: Die Hoffnung auf die Genesung der Opfer.

Quellen:

[1] <http://www.zeit.de/politik/ausland/2018-03/giftanschlag-sergej-skripal-wladimir-putin-grossbritannien>

[2] <http://www.zeit.de/politik/ausland/2018-03/sergej-skripal-russland-nato-alexander-litwinenko-attentat-spionage-mord>; <https://www.tagesschau.de/ausland/skripal-faq-101.html>; in seinem sehr detaillierten Artikel hat Jens Berger noch einen Screenshot von der Diskussion auf der Webseite von der „Tagesschau“: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=42972>. Auf der Seite der „Tagesschau“ finden sich zudem noch Zuschauerkommentare, die auf dieses Thema reagieren.

[3] <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2018/03/2018-03-15-gemeinsame-erklaerung.html;jsessionid=7F6613860104F9BA629AD6E757481DD3.s1t2?nn=694676>

[4] <https://www.theguardian.com/uk-news/2018/mar/05/who-is-sergei-skripal-ex-spy-exposed-substance-salisbury-hospital>

[5] <http://www.spiegel.de/politik/ausland/sergej-skripal-ein-bekannter-berichtet-von-treffen-waleri-morosow-a-1197166.html>

[6] <http://www.spiegel.de/politik/ausland/sergej-skripal-ein-bekannter-berichtet-von-treffen-waleri-morosow-a-1197166.html>

[7] <http://www.spiegel.de/spiegel/fall-sergei-skripal-london-ist-ein-schlachtfeld-sagt-misha-glenny-a-1198510.html>

[8] <https://www.tagesschau.de/ausland/skripal-faq-101.html>

[9] <http://www.bbc.com/news/uk-43377856>

[10] <https://www.craigmurray.org.uk/archives/2018/03/of-a-type-developed-by-liars/>

[11] (entfallen)

[12] <https://www.opcw.org/chemical-weapons-convention/articles/article-ix-consultations-cooperation-and-fact-finding/>

[13] <http://www.bbc.com/news/uk-43377856>

[14] <https://www.nachdenkseiten.de/?p=42972>

[15] <http://www.spiegel.de/politik/ausland/sergej-skripal-usa-unterstuetzen-grossbritannien-gegen-russland-a-1198182.html>

[16] <http://www.mid.ru/foreign_policy/news/-/asset_publisher/cKNonkJE02Bw/content/id/3118434?p_p_id=101_INSTANCE_cKNonkJE02Bw&_101_INSTANCE_cKNonkJE02Bw_languageId=en_GB>; deutsche Übersetzung: <https://propagandaschau.wordpress.com/2018/03/14/erklaerung-des-staendigen-vertreters-der-russischen-foederation-bei-der-opcw-zum-vorfall-in-salisbury-deutsche-uebersetzung/>

[17] <https://www.theguardian.com/world/2018/mar/14/nerve-agent-novichok-produced-russia-site-expert; https://www.theguardian.com/world/2018/mar/18/russia-response-to-ex-spy-poisoning-row-futile-says-boris-johnson>

[18] <https://www.theguardian.com/world/2018/mar/14/nerve-agent-novichok-produced-russia-site-expert>

[19] <http://www.nytimes.com/1999/05/25/world/us-and-uzbeks-agree-on-chemical-arms-plant-cleanup.html>

[20] <https://www.gpo.gov/fdsys/pkg/CHRG-108shrg87824/html/CHRG-108shrg87824.htm>

[21] <https://www.craigmurray.org.uk/archives/2018/03/the-novichok-story-is-indeed-another-iraqi-wmd-scam/>

[22] <https://www.theguardian.com/world/2018/mar/14/nerve-agent-novichok-produced-russia-site-expert> (Vadim Birstein: The Perversion Of Knowledge: The True Story of Soviet Science)

[23] <https://www.opcw.org/news/article/opcw-marks-completion-of-destruction-of-russian-chemical-weapons-stockpile/>

[24] <https://www.gov.uk/government/speeches/22nd-conference-of-the-states-parties-to-the-chemical-weapons-convention>

[25] <https://www.reuters.com/article/us-britain-russia-opcw/uk-envoy-says-russia-failed-to-fully-declare-nerve-agent-stocks-idUSKCN1GP1HJ>

[26] <https://www.opcw.org/fileadmin/OPCW/CSP/RC-3/en/rc3wp01_e_.pdf>

[27] <https://www.opcw.org/fileadmin/OPCW/SAB/en/sab-16-01_e_.pdf>

[28] <http://pubs.rsc.org/-/content/chapter/9781782622413-00001/978-1-84973-969-6/unauth>; <https://www.craigmurray.org.uk/archives/2018/03/the-novichok-story-is-indeed-another-iraqi-wmd-scam/>

[29] <https://www.craigmurray.org.uk/archives/2018/03/of-a-type-developed-by-liars/>; <https://www.rubikon.news/artikel/die-giftgas-manipulation>

[30] <https://www.craigmurray.org.uk/archives/2018/03/on-not-being-refuted/>

[31] <http://www.spectroscopynow.com/details/ezine/1591ca249b2/Iranian-chemists-identify-Russian-chemical-warfare-agents.html?tzcheck=1,1,1,1,1&&tzcheck=1&tzcheck=1>; <https://www.craigmurray.org.uk/archives/2018/03/first-recorded-successful-novichok-synthesis-was-in-2017-by-iran-in-cooperation-with-the-opcw/>

[32] <https://www.craigmurray.org.uk/archives/2018/03/boris-johnson-attempt-to-refute-my-sources-on-porton-down-the-most-hilarious-fail/>

[33] <https://www.gov.uk/government/news/investigators-from-chemical-weapons-watchdog-to-arrive-in-uk>; <https://www.theguardian.com/world/2018/mar/18/russia-response-to-ex-spy-poisoning-row-futile-says-boris-johnson>

[34] <https://www.theguardian.com/world/2018/mar/18/russia-response-to-ex-spy-poisoning-row-futile-says-boris-johnson>

[35] <http://www.spiegel.de/politik/ausland/sergej-skripal-opcw-experten-untersuchen-anschlag-mit-nervengift-a-1198737.html>

[36] <https://www.heise.de/tp/features/USA-Neue-Wende-im-Anthrax-Fall-3371414.html>

[37] <https://www.craigmurray.org.uk/archives/2018/03/portonblimp-down-a-tale-by-boris-johnson/>

Autor:

Andreas von Westphalen

Jahrgang 1972, ist freier Theaterregisseur und Hörspielbearbeiter. Er arbeitete an zwei Büchern zum 11. September mit „9/11 — Zehn Jahre danach: Der Einsturz des Lügengebäudes“ sowie „The Terror Timeline“ und ist Co-Autor des Hörspiels „Terrorspiele“, das der WDR 2009 sendete.

Dieser Text wurde zuerst am 20.03.2018 auf www.rubikon.news unter der URL ‹https://www.rubikon.news/artikel/beweise-bitte› veröffentlicht. (Lizenz: CC BY-NC-ND 4.0)

‹http://www.free21.org/?p=28869›

Publiziert auf Free21 am 26.03.2018, 21:27 Uhr, von Andreas von Westphalen auf www.rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BY-ND4.0.

Putin fordert strategische **Parität und Respekt**

Wladimir Putins Ankündigung neuer Waffensysteme zur Schaffung eines nuklearen Gleichgewichts sei das Ergebnis einer Erosion des Rüstungskontrollsystems durch das unkluge Ausscheiden der USA aus dem ABM-Vertrag im Jahr 2002, erklärt Ray McGovern. Josefa Zimmermann hat den Text für die NachDenkSeiten aus dem Englischen übersetzt.

von Ray McGovern

Präsident Putins Rede zur Lage der Nation am Donnerstag stellt ein kaum wahrgenommenes Ereignis innerhalb des strategischen Ost-West-Gleichgewichts dar, das nichts Gutes ahnen lässt.

Seine Worte machen deutlich, dass das strategische Gleichgewicht heute prekär ist. Die USA und Russland haben sich einen Schritt rückwärts über die Schwelle der Vernunft bewegt, eine Schwelle, die 1972 von der Vorgängergeneration erstmals in die richtige Richtung überschritten wurde mit der Unterzeichnung des ABM-Vertrages (Anti-Ballistic Missile Treaty).

Inmitten des „Gleichgewichts des Terrors", das bis 1972 herrschte, beschlossen vernünftige Staatsmänner auf beiden Seiten den ABM-Vertrag und setzten ihn in Kraft. Er garantierte die „sichere gegenseitige Zerstörung" – das durchaus passende Akronym war MAD – wenn eine Seite versuchen sollte, die andere nuklear anzugreifen. MAD klingt vielleicht nicht viel besser als „Gleichgewicht des Terrors", aber der ABM-Vertrag führte zu einer 30 Jahre andauernden erheblichen Stabilität.

Foto: Screenshot, RT

Der Vertrag selbst war das Ergebnis sorgfältiger Verhandlungen mit großem gegenseitigen Verständnis und beidseitigem Vertrauen. Die gewaltige Aufgabe, die uns als Geheimdienstspezialisten herausforderte, bestand darin, Präsident Nixon zu versichern, dass wir im Falle seiner Zustimmung die Einhaltung des Vertrages durch die Sowjetunion überwachen und etwaige Verstöße umgehend melden würden. (Übrigens haben die Sowjets tatsächlich betrogen. Mitte 1983 entdeckten wir eine riesige Frühwarn-Radaranlage in Krasnojarsk in Sibirien – ein klarer Verstoß gegen den ABM-Vertrag. Präsident Reagan wies sie darauf hin und die Sowjets rissen sie schließlich ab.)

Während der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über den ABM-Vertrag war ein Drittel der Mitarbeiter der CIA-Abteilung für sowjetische Außenpolitik, die ich damals leitete, in verschiedenen Funktionen anwesend. Ich selbst war am 26. Mai 1972 in Moskau, als der Vertrag von Präsident Richard Nixon und dem Generalsekretär der KPdSU Leonid Breschnew, unterzeichnet wurde. Ich erinnere mich, dass ich einen hörbaren Seufzer der Erleichterung nicht unterdrücken konnte. MAD, so war ich überzeugt, war auf jeden Fall der prekären strategischen Situation vorzuziehen, die ihm vorausgegangen war. Und so war es auch.

Eckpfeiler der Stabilität

Putins Rede vom 1. März beinhaltete eine genaue Erläuterung dessen, was drei Jahrzehnte danach geschah, indem er bemerkte, dass Moskau die Entscheidung der USA von 2002, vom ABM-Vertrag zurückzutreten, kategorisch ablehnte. Er bezeichnete den Vertrag als Eckpfeiler des internationalen Sicherheitssystems.

Putin erläuterte, dass die Parteien laut diesem Vertrag „das Recht haben, nur in einer Region Raketenabwehrsysteme zu installieren". Russland installierte dieses System in der Umgebung von Moskau und die USA in der Nähe der ICBM-Basis bei Grand Forks, North Dakota. (Den abgebrochenen Versuch, ein zweites System bei Krasnojarsk zu installieren, erwähnte er nicht.)

Der russische Präsident erklärte: „Der ABM-Vertrag schuf nicht nur eine Atmosphäre des Vertrauens, sondern verhinderte auch, dass eine der beiden Parteien rücksichtslos Atomwaffen einsetzte, … weil der potenzielle Angreifer durch die Anzahl der Abwehrsysteme für ballistische Raketen selbst der Gefahr eines Gegenangriffs ausgesetzt würde.

Putin sagte tatsächlich, dass das MAD-Konzept, egal wie schlimm oder sogar „verrückt" es scheinen mochte, einen erheblich stabilisierenden Einfluss hatte. Er fügte hinzu, dass die USA alle russischen Vorschläge zu einem konstruktiven Dialog über die Situation nach dem ABM-Vertrag zurückwiesen und Russlands Fähigkeit zum Gegenschlag grob unterschätzten. Der russische Präsident gab danach einen detaillierten, mit Videoclips ergänzten Überblick über eine Serie neuer russischer Waffen, die, wie er behauptete, Raketenabwehrsysteme „nutzlos" machten. Über diese Multi-Media-Präsentation in Putins Rede wurde ausführlich berichtet.

Skepsis bei der New York Times

David Sanger, der Spezialist bei der New York Times für alle Schlüsselprobleme, der zu den Besten gehört, wenn es um Berichterstattung über „triviale Fakten" wie Massenvernichtungswaffen im Irak oder die „russische Einmischung" geht, schrieb am Freitag den Leitartikel in der New York Times über Putins Rede zusammen mit Neil MacFarquhar .Diesmal ging es aber nicht um triviale Fakten, sondern um Skepsis: „Gibt es diese Waffen wirklich? Oder blufft Putin?"

Zur Untermauerung ihrer Skepsis plauderten Sanger und MacFarquhar munter darüber, dass „Analysten, die sich auf Facebook und anderswo äußerten, zu der Bluff-Theorie neigten. Quod erat demonstrandum!

Und sie plappern dem ehemaligen NSA-Direktor James Clapper nach, der meinte, es sei für Russen „typisch, ja fast schon genetisch bedingt, dass sie verein-

nahmen, eindringen, sich Gunst erschleichen oder was auch immer“. Sanger und MacFarquhar erinnern die NYT-Leser daran, dass „Täuschung in der aktuellen russischen Militärdoktrin eine zentrale Rolle spielt“.

Am Ende ihres Artikels haben die beiden NYT-Journalisten eines richtig verstanden, nämlich: „Seit Jahren ärgert sich Putin über die Respektlosigkeit, die er aus den Vereinigten Staaten ihm selbst und Russland gegenüber wahrnimmt.“ „Niemand wollte auf Russland hören“, sagte er gegen Ende seiner Rede unter heftigem Applaus. „Aber jetzt hört gut zu!“

Die Russen wehren sich wie alle stolzen und intelligenten Menschen gegen jede Art der Erniedrigung oder Marginalisierung. Sicher sah Putin seine Rede zum Teil als glühende Antwort auf die abwertenden Kommentare des ehemaligen Präsidenten Barack Obama, z. B „Russland spielt überhaupt keine Rolle“ und das Land ist nicht mehr als „eine regionale Macht“.

Die Tür zu Gesprächen steht noch offen

Es ist zu hoffen, dass die Marinegenerale in der US-Verteidigungspolitik sich weniger über Putins angeblichen Bluff aufregen und vielmehr Präsident Donald Trump ermutigen, Putins jüngstes Angebot anzunehmen, „sich an den Verhandlungstisch zu setzen“ und „zusammenzuarbeiten“, um die globale Sicherheit zu gewährleisten „unter Berücksichtigung der Tatsache, dass „die strategische Parität“ jetzt Realität ist.

Mit Bezug auf das, was er „unsere Pflicht zur Information unserer Partner“ über Russlands angebliche Fähigkeit, ABM-Systeme „nutzlos“ zu machen, nannte, fügte Putin hinzu: „Wenn die Zeit reif ist, werden die Außen- und Verteidigungsminister viele Möglichkeiten haben, all diese Fragen miteinander zu diskutieren, falls unsere Partner dies wünschen.“

Putin sagte außerdem: „Wir sind sehr besorgt über einzelne Bestimmungen in der überarbeiteten Version des „Nuclear Posture Review“, die nukleare Reaktionen auf „Angriffe mit konventionelle Waffen und sogar auf Cyber-Bedrohungen“ vorsieht.“

Rede von W. Putin zur Lage der Nation am 1.3.18 (Foto: Screenshot RT)

Er bezeichnete Russlands Militärdoktrin als „sehr klar und spezifisch“: „Russland behält sich das Recht vor, Nuklearwaffen nur als Reaktion auf einen nuklearen Angriff oder einen Angriff mit anderen Massenvernichtungswaffen gegen das Land oder seine Verbündeten einzusetzen oder bei einer Aggressionshandlung gegen uns mit konventionellen Waffen, die die Existenz des Staates bedroht.“

Angesichts der Bedrohungen gegen den Iran und Syrien ist zu hoffen, dass jemand in Washington bei Putin nachfragt, wer zu Russlands Verbündeten gehört.

Notlügen, die niemand glaubt

Die Pentagon-Sprecherin Dana White teilte Reportern am Dienstag mit: „Unsere Raketenverteidigung war nie gegen Russland gerichtet“. Nun sind die Russen, wie Harry Truman es ausdrückte, „nicht naiv“. Putin äußerte sich extrem spöttisch über diejenigen, die das Bromid fördern, mit dem die ABM-Anlagen in und um Europa gegen Raketen aus dem Iran oder verteidigt werden sollen – oder auch aus Nordkorea.

Am 17. April 2014, einen Tag vor der Annexion der Krim, machte Putin vor einem nationalen Fernsehpublikum eine ungewöhnlich offene Bemerkung: Raketenabwehr … ist nicht weniger wichtig, wahrscheinlich sogar wichtiger als die Osterweiterung der NATO. Im Übrigen wurde unsere Entscheidung über die Krim teilweise durch sie ausgelöst.“

Frei nach Shakespeare liegt „die Schuld liegt nicht bei den Sternen, sondern bei den Kriegen“. Seit man Präsident Ronald Reagan eingeredet hatte, dass ein „Star-Wars“-ABM-System den USA vollständigen Schutz vor Raketen bieten könnte sowie außergewöhnliche Möglichkeiten, das nukleare Wettrüsten zu bremsen oder sogar zu beenden, ging der Sieg an die Profiteure aus der Rüstungsindustrie, jene, die Papst Franziskus vor dem Kongress als „bluttriefende Waffenhändler“ bezeichnet hatte.

Zurecht nannte man das ABM-Projekt das weltweit größte Wohlfahrtsprogramm für die Rüstungsindustrie. Jonathan Marshall erklärt heute sehr gut, worüber wir alle erschrocken sein sollten: Wahrscheinlich werden zusätzliche Milliarden den Herstellern von Systemen zufließen, die nach der Auffassung seriöser Wissenschaftler und Ingenieure jederzeit auf irgendeine Art und Weise, und zwar vergleichsweise billig, unschädlich gemacht werden könnten.

Drei Jahrzehnte alte Rätsel

Mitte der 80-er Jahre saß ich in der ersten Reihe und sah zu, wie Präsident Ronald Reagan eine einmalige Chance für einen umfassenden Frieden ausschlug. Ich hatte den größten Teil meiner Karriere in der CIA damit verbracht, mich auf die sowjetische Außenpolitik zu konzentrieren, und konnte den hochrangigen US-Beamten mitteilen, dass Michail Gorbatschow meines Erachtens ein Glücksfall war. Trotzdem war ich kaum darauf vorbereitet, wie umfassend Gorbatschow zur Abrüstung bereit war. Bei dem Gipfel von 1986 in Reykjavik mit Präsident Ronald Reagan schlug Gorbatschow vor, alle Atomwaffen innerhalb von zehn Jahren zu beseitigen.

Reagan war Berichten zufolge fast dazu bereit, wurde aber von seinen Beratern gedrängt, Gorbatschows Bedingung abzulehnen, dass jede Forschung über ballistische Raketen für ein Jahrzehnt auf Labore beschränkt werden sollte. „Star Wars“, das größte und teuerste Programm der Rüstungsindustrie in der jüngsten Vergangenheit, war der Sieger des Tages.

Ich kenne die Leute, die, warum auch immer, nach der Pfeife von „Star Wars“ tanzten, und Reagans verschwommene, wehmütige Sehnsucht nach einer wasserdichten Verteidigung gegen strategische Raketen.

Zu denen, die Nein zum Frieden sagten, gehörten Ideologen wie CIA-Direktor William Casey und Verteidigungsminister Caspar Weinberger sowie Leute, die ihr Fähnchen nach dem Wind hängten, wie der stellvertretende CIA-Direktor Robert Gates und sein Schützling Fritz Ermarth, ein eingefleischter antirussischer Funktionär und früherer Angestellter der Northrop Corporation in Reykjavik.

Laut dem Autor Jim Mann begriff Ermarth einige Jahre nach Reykjavik, wie falsch er mit seinem Misstrauen gegen Gorbatschow lag und wieviel richtiger Ronald Reagan und Außenminister George Shultz die Situation intuitiv wahrnahmen.

Was nun?

Wie es aussieht, ist Präsident Putin ebenso daran interessiert, das strategische Wettrüsten zu stoppen, wie es Gorbatschow war. Am Donnerstag sprach Putin davon, dass dieser Moment eine Grenzsituation darstellt, „einen Wendepunkt für die ganze Welt“, wie er sagte. Wird in Washington jemand ans Telefon gehen, wenn Moskau anruft? Wenn allerdings

Publiziert auf Free21 am 27.3.2018, 14:20 Uhr, von Ray McGovern auf www.nachdenkseiten.de, Lizenz: Lizenz: IQM e.V./Albrecht Müller.

der Militärisch-Industrielle-Geheimdienstlich-Kongressionell-Mediale Komplex den Hörer abnimmt, dann werden die Hersteller von Massenvernichtungswaffen weiterhin ihre Bankkonten füllen und die Zukunft unserer Kinder verspielen. Vielleicht ist es an der Zeit, sich an die Mahnung von Präsident Dwight D. Eisenhower zu erinnern, die er bei einer Rede vor 65 Jahren äußerte:

„Jede produzierte Waffe, jedes auslaufende Kriegsschiff, jede abgefeuerte Rakete bedeutet letztendlich einen Diebstahl an denen, die hungern und man gibt ihnen kein Essen, an denen, die frieren und keine Kleidung erhalten. Diese waffenstarrende Welt verschwendet nicht nur Geld, sie opfert auch den Schweiß ihrer Arbeiter, das Genie ihrer Wissenschaftler, die Hoffnungen ihrer Kinder.

Ein einziger Zerstörer wird mit neuen Häusern bezahlt, in denen mehr als 8.000 Menschen wohnen könnten. … Dies ist nicht die Art, wie wir leben wollen, im wahrsten Sinne des Wortes. Unter der Wolke eines drohenden Krieges hängt die Menschheit am Eisernen Kreuz. Gibt es keine andere Art zu leben?“

Damit ist alles gesagt.

Autor:

Ray McGovern

(25. August 1939 in New York) war als Mitarbeiter der CIA unter sieben US-Präsidenten insgesamt über 27 Jahre lang für die morgendliche Berichterstattung im Weißen Haus zuständig.*

www.raymcgovern.com

Dieser Text wurde zuerst am 8.3.2018 auf www.nachdenkseiten.de unter der URL ‹https://www.nachdenkseiten.de/?p=42801› veröffentlicht. Lizenz: IQM e.V./Albrecht Müller.)

‹http://www.free21.org/?p=28863›

Don’t mess around with Ivan!

Ein Kommentar von Mathias Broeckers.

Seit ich vor ein paar Tagen die Rede [1] des russischen Präsidenten Putin zur Lage der Nation las, schlafe ich noch ein bißchen besser als ohnehin. Nicht weil Wahlkampfreden egal von wem generell einschläfernd wirken, sondern weil ich mich sicherer fühle. Der Grund heißt „Kinzhal“, die über 10 Mach schnelle Rakete, die Putin im Video [2] vorstellte und gegen die jedes Luftabwehrsystem machtlos ist – besonders die Billionen teuren Flugzeugträger und Kriegsschiffe der US-Navy, deren strategischer Wert über Nacht gleichsam auf Null gesunken ist. Gegen kleine, wehrlose Nationen hat diese Armada noch ein gewisses Drohpotential, bei Paraden und Regatten mögen die bis an die Zähne bewaffneten Dickschiffe noch Eindruck schinden – für „Kinzhal“ aber bietet sie künftig auf den Weltmeeren ein ebenso dankbares Ziel wie lahme Enten auf dem Teich für die Flinte des Jägers. Mit einer Reichweite von 2.000 Kilometern und wegen einer Plasma-Ummantelung vom Radar kaum zu erfassen ist diese konventionelle Rakete (die gleichwohl nuklear bestückt werden kann) Russlands High Speed-Antwort auf den Ausstieg der USA aus dem ABM-Vertrag [3] 2001 und der von Bush und Obama betriebenen Aufrüstung:

„Dies ist eine völlige Machtverschiebung in geopolitischer, strategischer, operativer, taktischer und psychologischer Hinsicht. Es war zuvor bereits bekannt, dass die russische Marine eine revolutionäre Mach8-fähige „Zirkon“-Rakete gegen Schiffe einsetzen konnte. Doch so eindrucksvoll und praktisch unerkennbar die „Zirkon“ für jede Luftverteidigung ist, die neue Hyperschall-Rakete „Kinzhal“ ist einfach schockierend in ihren Fähigkeiten. Diese, höchstwahrscheinlich auf der berühmten Iskander-Flugzeugzelle basierende, Mach10-fähige, sehr wendige, ballistische Rakete mit einer Reichweite von 2000 Kilometern, die von Kampfjets des Typs MiG-31BM getragen wird, schreibt die Geschichte der Seekriegsführung neu. Sie macht den Einsatz von großen Flotten- und Kampfverbänden obsolet, denn kein Luftverteidigungs- oder Raketenabwehrsystem in der heutigen Welt ist in der Lage, solche Raketen abzuwehren und es wird womöglich Jahrzehnte dauern, bis ein Abwehrsystem entwickelt worden ist. Genauer gesagt, kein modernes oder perspektivisches Luftverteidigungssystem, das heute von irgendeiner NATO-Flotte eingesetzt wird, kann auch nur eine einzelne Rakete wie die „Kinzhal“ abfangen. Eine Salve von fünf oder sechs „Kinzhal“-Raketen garantiert die Zerstörung eines Flugzeugträgers mitsamt seiner Begleitschiffe oder jeder anderen Schiffsflotte – und das alles ohne den Einsatz von Atomwaffen.“ [4]

Als Anti-Militarist und Waffengegner nagt in mir ein bisschen schlechtes Gewissen, dass ich solche Meldungen eher positiv und irgendwie erleichtert aufnehme und als Gewinn für die globale Sicherheit verbuche. Schließlich handelt es sich bei „Kinzhal“ um ein fürchterliches Mordwerkzeug. Dass aber die zig-fache Überlegenheit der US- und Nato-Armeen von ihrem auserkorenen Erzfeind, der seit 15 Jahren vergeblich für Verständigung, Abrüstung und einen neuen ABM-Vertrag geworben hat, dank dieser unbesiegbaren Waffe jetzt schwer verwundbar geworden ist, stellt ein Gleichgewicht des Schreckens her [5] und trägt deshalb zu meiner gefühlten Sicherheit bei.

Statt den Verteidigungshaushalt zu verdoppeln, wie es die Groko plant, und die Bundeswehr mit Gerätschaften aufzurüsten, die „Kinzhal“ im Ernstfall umgehend plattmacht, sollte man lieber zur Rückkehr an den Verhandlungstisch drängen. Da es nach Ansicht von Fachleuten noch Jahre oder gar Jahrzehnte dauern wird, bis „Anti-Ballistic Missiles“ der neuen Superrakete hinterherkommen, kann die außen,-und verteidigungspolitische Parole nur lauten: Don’t mess around with Ivan!

Quellen:

[1] *<https://consortiumnews.com/2018/03/05/putins-electoral-manifesto/>*

[2] *<https://www.youtube.com/watch?v=ZwuvqnjLC7Q>*

[3] *<www.spiegel.de/politik/ausland/raketenabwehr-usa-kuendigen-abm-vertrag-a-172585.html>*

[4] *<http://www.unz.com/article/the-implications-of-russias-new-weapons/>*

[5] *<http://www.voltairenet.org/article199994.html>*

Autor:

Mathias Bröckers

geboren 1954 ist ein deutscher freier Journalist, der vorallem für die taz und Telepolis schreibt. Ab 2001 hat er mehrere Bücher über den 11. September geschrieben.

www.broeckers.com

Dieser Text wurde zuerst am 07.3.2018 auf Broeckers.com unter der URL ‹https://www.broeckers.com/2018/03/07/dont-mess-around-with-ivan/› veröffentlicht. (Lizenz: M. Broeckers)

‹http://www.free21.org/?p=28866›

Auf dem Weg nach Persien

Die angekündigte Destabilisierung des Iran.

von Karin Leukefeld

Zur Jahreswende wurde der Weltöffentlichkeit ein neues „Revolutions-Szenario“ präsentiert. Proteste im Iran, die ihre Ursachen in ökonomischen und innenpolitischen Problemen haben, wurden von westlichen Medien und Politikern zum Anlass genommen, das politische System in Teheran in Frage zu stellen und es zu bedrohen. Nach dem Irak (2003), Libyen und Syrien (2011) soll nun der Iran destabilisiert werden. Das Drehbuch ist in einer Studie des US-amerikanischen Brookings Institutes aus dem Jahr 2009 nachzulesen.

Eine Woche nach dem Jahreswechsel sind die Proteste im Iran eingedämmt, die ersten Festgenommenen wurden freigelassen, das Parlament in Teheran debattiert über die Ursachen. Dennoch ist davon auszugehen, dass – unter der westlichen Fahne von „Freiheit und Demokratie, guter Staatsführung und Menschenrechten“ – fortgesetzt werden könnte, was in den letzten Jahren den Irak, Libyen und Syrien verwüstet hat. Eine anhaltende Intervention des Westens mit Unterstützung ihrer regionalen Partner am Golf, Jordanien und Israel, soll den Mittleren Osten unter westliche Kontrolle bringen. Gelingt das nicht, werden die Länder destabilisiert, um sie später als „gescheiterte Staaten“ zu präsentieren.

„Auf welchem Weg nach Persien“, lautet der Titel der Studie „Optionen für eine neue amerikanische Strategie gegenüber dem Iran“. Der Iran wird in der Einführung als Herausforderung für die Politik der USA beschrieben, die seit 30 Jahren – seit dem Sturz des Schah und der Revolution 1979 – ungelöst sei. Einerseits werden die USA von der iranischen Führung als „größter Feind“ angesehen, andererseits finde sich unter den durchschnittlichen Iranern die größte Amerikafreundlichkeit in der muslimischen Welt. Die iranische Führung untergrabe ständig die Interessen und den Einfluss der USA im Mittleren Osten.

Um das zu lösen, werden von den Autoren der lesenswerten Studie [1] verschiedene Wege eingeschlagen:

1. Die diplomatische Option, die den Iran von einer anderen Politik überzeugt.
2. Die militärische Option, die von einer US-Invasion über US-Luftangriffe bis hin zur Absegnung eines Angriffs Irans von Seiten Israels („Überlassen wir es Bibi“) reicht.
3. Ein Regimewechsel, also der Sturz der Führung in Teheran soll herbeigeführt werden.

Gemälde auf der Südmauer der ehemaligen US-Botschaft in Teheran, Iran. Foto: David Gubler (CC BY-SA 4.0)

Auf Seite 101 ist zu lesen, dass es „verschiedene Wege (gibt), auf denen die Vereinigten Staaten das Regime verändern oder untergraben können: „Einen Volksaufstand unterstützen, die ethnischen Gruppen im Iran aufstacheln oder einen Staatstreich fördern. In der Praxis könnten diese Optionen gleichzeitig verfolgt werden oder sich in einigen Teilen überschneiden. Aber es ist gut, jede Option unabhängig von der anderen zu betrachten, um ihre Natur zu verstehen und herauszufinden, was für Erfordernisse gebraucht werden.“ Konkretisiert wird das in den darauf folgenden drei Kapiteln der Studie.

Was sich in den letzten Tagen im Iran abspielte und wie westliche Medien, Internetdienste, Politiker und oppositionelle Gruppen auf die Ereignisse im Iran reagierten, zeigt, dass der dritte Weg der oben genannten Studie, Teheran zu stürzen und einen Regimewechsel herbeizuführen, in deutschen „Leitmedien“ und in der alternativen bis linken Öffentlichkeit auf Zustimmung stößt.

Unterstützung für die Demonstranten kam von der kommunistischen Tudeh-Partei bis zum Nationalen Widerstandsrat der iranischen Volksmujahedin. Die im Exil lebende iranische Anwältin und Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi rief die Iraner aus der Ferne zum zivilen Ungehorsam auf. Sie sollten ihre Strom- und Wasserrechnungen nicht mehr bezahlen und auf den Straßen bleiben, schlug sie vor.

Der attac-Aktivist Pedram Shahyar, auch Mitglied im „Netzwerk junger Iraner in Berlin“, sprach auf seinem „Blog aus den Metropolen des globalen Aufstands“ von einem „Aufstand der Hungrigen“ im Iran und verwies auf die sozialen Ungerechtigkeiten, die große Arbeitslosigkeit unter Akademikern und Jugendlichen. Der Iran sei ein „Schlüsselland“ für den Nahen Osten, so Shahyar. „Sollte es gelingen, eine politische Ordnung zu etablieren, die mehr Demokratie und soziale Gerechtigkeit realisiert, würde wieder eine starke Brise der Hoffnung durch den Nahen Osten ziehen.“

Viele westliche Herzen flogen den Demonstranten im Iran nur so entgegen. Der Vorsitzende der Sozialdemokraten Martin Schulz erklärte gegenüber der BILD-Zeitung, sein Herz schlage „für diese jungen Leute“, die „im Iran für mehr Demokratie auf die Straße“ gingen. In den Medien wurde analysiert, dass die iranische Führung „in ihren Grundfesten erschüttert“ werde, man dürfe „die Demonstranten nicht allein lassen“, der Iran sei in „Rebellion“, „ein Land in Wut“, es herrsche „Unmut über die Regierung“.

In Israel und in Saudi Arabien – mittlerweile nicht nur in ihrer Feindseligkeit gegen die iranische Führung vereint – verfolgte man die Proteste ebenfalls mit großer Sympathie.

Interessant in dem Chor der Unterstützer der iranischen Demonstranten waren auch kurdische Medien. Im Iran finde ein „regelrechter Volksaufstand“ statt, bei dem klare Parolen wie „Nieder mit der Diktatur, wir möchten Freiheit” gerufen worden seien, hieß es beispielsweise bei Firatnews (AFN) am 1. Januar. Das Regime breche auseinander, „die Lebenszeit des Systems (sei) am Ende angelangt“, wurde prognostiziert.

Das Zentralkomitee der im Iran verbotenen kommunistischen Tudeh-Partei sprach von einem „despotischen Regime“, das die Proteste „in Blut ertränken“ wolle. Die Arbeiter müssten mobilisiert werden, um einen Generalstreik zu organisieren. Das habe auch beim

Publiziert auf Free21 am 22.02.2018, 15:15 Uhr, von Karin Leukefeld auf www.rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BY-NC-ND 4.0.

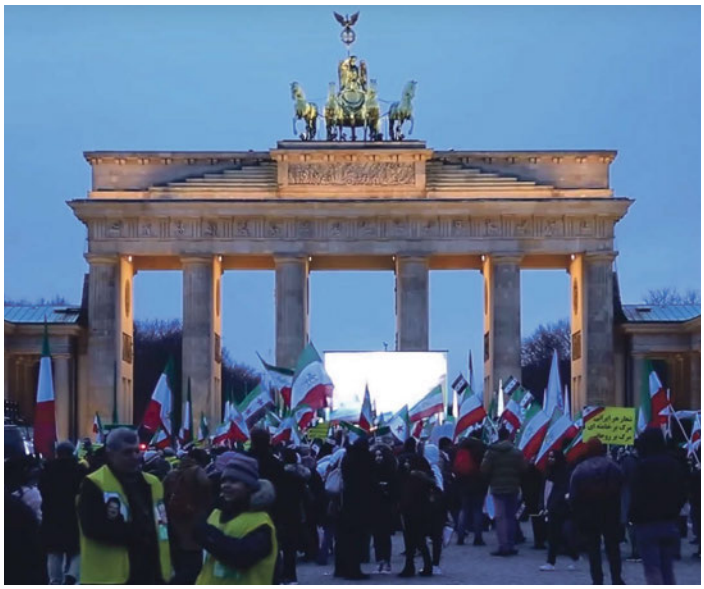
Sturz des Schahs 1979 geholfen. Ein ausgerufener Generalstreik allerdings fand wenig Unterstützung. Die Regierung mobilisierte ihre Anhänger und Hunderttausende füllten landesweit die Straßen. Vermutlich hatte auch die Ankündigung der „eisernen Faust“ dazu beigetragen, dass die Protestierenden immer weniger wurden. Es fehlte eine Führung und – viel wichtiger – es fehlte eine politische Alternative, die die amtierende Regierung ernsthaft hätte herausfordern können.

Die Bundesregierung – ein einäugiger Leuchtturm der Menschenrechte – äußerte sich besorgt „über Todesopfer und zahlreiche Verhaftungen“ und sparte nicht mit Ermahnungen und guten Vorschlägen an die iranische Regierung. Sie solle „Bereitschaft zum Dialog“ zeigen, sagte eine Regierungssprecherin in Berlin. Der geschäftsführende Außenminister Sigmar Gabriel forderte seinen Amtskollegen Jawad Zarif telefonisch auf, keine Gewalt gegen die Demonstranten anzuwenden.

Doch nur wenige Tage später warnte Gabriel davor, die „Konfrontation in der iranischen Gesellschaft auszunutzen“, wie der geschäftsführende Außenminister in der Bild am Sonntag (BAMS) zitiert wurde. Das Boulevard-Blatt, das mit Hetze gegen Personen, Diffamierungen und Falschdarstellungen bis heute immer wieder gegen den Pressekodex verstößt, ist inzwischen eine Art Regierungssprachrohr geworden. Mit der Regierung in Teheran müsse es einen „klaren und ernsten Dialog“ geben, so Gabriel, der den „problematischen iranischen Einfluss in der Region und das Raketenprogramm“ an erster Stelle nannte.

Nach anfänglicher Kritik an Teheran halten sich Berlin, Paris und Brüssel inzwischen weitgehend zurück. Grund dürfte sein, dass seit der Aufhebung der Wirtschaftssanktionen und dem Atomabkommen mit dem Iran europäische Firmen wieder Geschäfte im Iran machen können.

Angesichts aktueller Wirtschaftssanktionen gegen Russland und Syrien – ein früher zwar kleiner aber zuverlässiger Markt im Mittleren Osten – ist der iranische Markt seit der Aufhebung der Sanktionen ein wichtiger Pfeiler deutscher Wirtschaftsaußenpolitik. Zudem will man sich offensichtlich vom Weißen Haus abgrenzen, welches die Proteste unterstützte.



Demonstration zur Unterstützung der Proteste im Iran, Januar 2018 in Berlin (Foto: Screenshot)

Die US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen Nikki Haley forderte eine Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrates in New York. In Genf soll nach ihrem Willen der UN-Menschenrechtsrat die Lage im Iran beraten. „Das iranische Volk schreit nach Freiheit. Alle freiheitsliebenden Menschen müssen sich an ihre Seite stellen“, sagte Haley. US-Präsident Donald Trump hatte das zu dem Zeitpunkt bereits getan und sich gleichsam an die Spitze der Bewegung gestellt. Er sagte den Demonstranten im Iran die Unterstützung der USA zu, „sobald der Moment gekommen“ sei. Die Iraner versuchten, „die Kontrolle über ihre korrupte Regierung zu übernehmen“, teilte Trump mit, eine Umschreibung für einen Regierungsumsturz. Davor habe er „enormen Respekt“.

Bei der von den USA beantragten Sitzung des UN-Sicherheitsrates sagte der russische UN-Botschafter Wassili Nebensja, „dass es eine Art von unerklärlicher Allergie gegen dieses Land (Iran) gibt“, die die Wahrnehmung über Ereignisse „verdunkelt und zu Wunschdenken führt“. Man bedauere den Verlust von Menschenleben bei den Protesten, aber „lassen Sie den Iran mit seinen eigenen Problemen fertig werden“, was zudem gerade geschehe. „Wenn wir Ihrer Logik folgen, sollten wir nach den Ereignissen in Ferguson oder nach der gewaltsamen Zerstreuung der Occupy Wall Street-Bewegung Sitzungen des Sicherheitsrats abhalten“, fügte Nebensja hinzu. Washington wolle die Proteste im Iran benutzen, um das mühsam ausgehandelte Atomabkommen (Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA) zu untergraben.

Während im Westen noch Durchhalteparolen für die Demonstranten in die Mikrofone diktiert und über die sozialen Netzwerke verschickt wurden, wurde in Teheran nach wenigen Tagen das Ende der Proteste verkündet. Selbst der israelische Geheimdienst räumte ein: „Das Regime zeigte zunehmendes Selbstbewusstsein“ gegenüber den Protesten durch die Art, wie es damit umging. „Kein Waffeneinsatz oder gewaltsame Niederschlagung. Vielmehr konnten die Demonstranten selbst nach drei Tagen noch ungehindert ihre Sammelpunkte in den Stadtzentren erreichen“, hieß es bei DEBKA-File, einer vom israelischen Geheimdienst betriebenen Webseite. Die Demonstranten seien mit tausenden Regierungsanhängern und Polizeikräften zahlenmäßig in den Schatten gestellt worden.

Die Proteste im Iran – dieses Mal ganz ohne Führung und ganz ohne Farben – sorgten zu einer Zeit für Schlagzeilen, die unter Journalisten als „nachrichtenarme Zeit“ beschrieben wird.

Zu Weihnachten und an Neujahr werden in den Medien häufig vorproduzierte Beiträge geliefert, die Redaktionen sind urlaubsbedingt ausgedünnt. Die Schuldigen wurden in den Schlagzeilen gleich mitgeliefert. Die Mullahs, die Kleriker, das Regime, das sich „die Taschen voll schaufeln“ wolle und das Geld für die Unterstützung von Kriegen im Ausland (Syrien, Jemen) ausgebe, während das Volk hungere. „Nicht für Gaza, nicht für Syrien, für den Iran kämpfe ich“, sei gerufen worden, als Beweis, dass die Demonstranten den militärischen und politischen Beistand ablehnen, den der Iran der syrischen Regierung oder palästinensischen Organisationen leistet.

Der Chor der Unterstützer der Demonstranten im Iran umfasste innerhalb kürzester Zeit alle politischen Spektren und Klassen, Kommunisten an der Seite der Golfmonarchien, Menschenrechtler und Aktivisten Schulter an Schulter mit dem israelischen Besatzungsstaat. Es blieb kaum Zeit, unzählige Analysen, die kursierten, zu lesen, zu diskutieren und zu verstehen.

Die iranische Führung reagierte scharf auf die Angriffe, die von außen an Teheran angetragen wurden. Gleichzeitig fand innenpolitisch eine lebhafte Debatte in den Medien statt. Das Parlament forderte eine Aufklärung der Ereignisse und über das Vorgehen der Polizei. Festgenommene Demonstranten müssten Zugang zu Anwälten erhalten. Etwa zeitgleich wurden die ersten rund 70 Demonstranten aus Polizeigewahrsam freigelassen. Der Sprecher des iranischen Parlamentspräsidenten Ali Larijanis, Behrus Nemati erklärte, man wolle nicht, „dass die Rechte von Menschen nur deshalb verletzt werden, weil sie Kritik äußern“. Fehler beim Vorgehen der Polizei und bei den Festnahmen

müssten korrigiert werden, die Regierung müsse die Forderungen der Demonstranten sorgfältig prüfen.

Westliche Medien und Politiker teilen die politische Landschaft im Iran in „Hardliner“ und „Reformer“ ein, wie sie es von den letzten Protesten 2009 gewohnt sind. Tatsächlich dürfte die politische Landschaft im Iran entsprechend der vielschichtigen innen- und außenpolitischen Konflikte weitaus vielfältiger sein. Präsident Hassan Rohani mahnte das Land zur Einheit. Demonstriert worden sei auch gegen diejenigen, die die Umsetzung notwendiger Reformprogramme blockierten. Staatsanwalt Dolatabadi, der die Ermittlungen gegen die Demonstranten führt, warnte vor einem politischen Machtkampf innerhalb des Landes. Genau das sei „die Absicht unserer Feinde“, so Dolatabadi. Es solle ein „Klima des Misstrauens“ erzeugt werden, alle müssten mitarbeiten, um das zu verhindern.

Es waren nicht die ersten Proteste, die im Iran stattfanden, und es werden nicht die letzten sein. Seit Verhängung der UN-Wirtschaftssanktionen gegen den Iran 2006 gibt es ökonomische Probleme, die durch zusätzliche Sanktionen seitens der USA und westlicher Staaten verschärft wurden. Die Sanktionen wiederum haben Schattenwirtschaft und Korruption gefördert und das Land international isoliert. Erst Mitte Dezember hatte Präsident Rohani auf „betrügerische Institutionen“ hingewiesen, die ein Viertel der iranischen Gold-, Geld- und Immobilienwirtschaft kontrollierten und die Durchsetzung von Regierungsprogrammen behinderten.

Ökonomische und innenpolitische Probleme, Preiserhöhungen, Arbeitslosigkeit, mangelnde politische Freiheit gibt es in nahezu jedem Land der Welt. Was aber hätte man in Berlin gesagt, wenn das polizeiliche Vorgehen während des G20-Treffens in Hamburg gegen eine bunte und teilweise gewalttätige Protestbewegung von irgendeiner Regierung der Welt zum Anlass genommen worden wäre, die Bundesregierung aufzufordern, sie solle „Bereitschaft zum Dialog“ zeigen? Oder anzukündigen, man werde die Demonstranten unterstützen, „sobald der Moment gekommen“ sei?

Was immer die Proteste auslöste, der Zeitpunkt war nicht zufällig gewählt. Kurz vor dem Jahrestag der iranischen Revolution, die in einem unruhigen Jahr zwischen Februar 1978 und Januar 1979 den vom Westen installierten und unterstützten Schah Reza Pahlevi stürzte und den ebenfalls vom Westen (Frankreich) geförderten Ayatollah Khomeini und die Kleriker an die Macht brachte.

Die Proteste fanden zudem zu einem Zeitpunkt statt, an dem der Iran sein militärisches Engagement in Syrien und im Irak stabilisieren kann, um sich genau den innenpolitischen Problemen zuzuwenden, die bei den Demonstrationen thematisiert wurden und von der Regierung nicht abgestritten werden.

Auch wenn Belege schwer zu erbringen sein dürften, sind ausländische Hände in dem Protestszenario im Iran nicht ausgeschlossen. Die Reaktion westlicher Politik und Medien sind das eine und die US-Administration hat dem Geheimdienst CIA einen klaren Auftrag erteilt. Ruhe soll dem Iran nicht gegönnt werden. Bereits im Juni 2017 war Michael D’Andrea, hochrangiger CIA-Offizier, offiziell mit der Iran-Akte betraut worden. Die NYT berichtete bereits im Juni 2017 [2], dass der auch als „Ayatollah Mike“ oder „Prinz der Finsternis“ bezeichnete D’Andrea, der zum Islam konvertiert ist, die Leitung der CIA-Abteilung für spezielle Iran-Operationen übernommen habe. D’Andrea gilt nach Aussagen einiger seiner ehemaligen CIA-Kollegen als skrupellos, aggressiv und brutal. Er war verantwortlich für das Aufspüren und die Liquidierung von Osama Bin Laden und für die US-Drohnen-Angriffe, denen im Jemen, Irak, Afghanistan und Syrien Tausende Menschen (CIA: Terroristen) zum Opfer fielen. Bei einem geheimen Entführungs- und Folterprogramm der CIA spielte er eine führende Rolle. Dieser Mann soll nun den harten Kurs gegen den Iran umsetzen, den Mike Pompeo, der neue CIA-Direktor, und Donald Trump während seines Wahlkampfes vorgegeben haben. Wie das geschehen kann, dafür gibt es bei der CIA viele Planspiele, von denen nur einige in der anfangs genannten Studie des Brookings Instituts (Der Weg nach Persien) genannt werden. Die geheimdienstliche Durchdringung der Zivilgesellschaft im Zielland gehört ebenso dazu wie die Beeinflussung von Politik, Medien und Zivilgesellschaft von Bündnispartnern.

In Syrien erinnerten sich die Menschen angesichts der weltweit kursierenden wackelnden, unscharfen Bilder über die Ereignisse im Iran an das Geschehen im eigenen Land 2011. Viele sind davon überzeugt, dass – wie in Syrien 2011 – nun im Iran der „Regime-Wechsel“ vorbereitet wird.

Die Kriege und Krisen der letzten Jahre im Mittleren Osten haben wenig mit den Nöten und Wünschen der Bevölkerung in diesen Ländern zu tun. Ginge es um das Wohl von Irakern, Libyern, Syrern oder Iranern in ihrer Heimat, müsste das Prinzip der Nichteinmischung gelten, wie die BRICS-Staaten, Russland und China es praktizieren. Das schließt jede Art von Einmischung – militärisch, politisch, humanitär – aus, nicht aber Angebote von Vermittlung und Beratung. Tatsächlich bieten die ökonomischen Probleme – für die letztlich auch ökonomische Strafmaßnahmen des Westens verantwortlich sind – nur eine Ausgangsbasis, von der aus operiert wird. Verdeckte Operationen sind keine „Verschwörungstheorie“, sie finden real statt und sind Teil eines Angriffs auf die Region, die seit Jahrzehnten keinen Frieden gesehen hat.

Was bleibt, sind fortwährender Krieg und Vertreibung, Unsicherheit und Elend für Millionen, Zerstörung von Natur und Kultur.

Quellen:

[1] The Saban Center for Middle East Policy at The Brookings Institution: Analysis Paper, Number 20, June 2009: Which Path to Persia? Options for a new american strategy toward Iran, <https://www.brookings.edu/wp-content/uploads/2016/06/06_iran_strategy.pdf>

[2] The New York Times: C.I.A. Names the „Dark Prince“ to Run Iran Operations, Signaling a Tougher Stance, <https://www.nytimes.com/2017/06/02/world/middleeast/cia-iran-dark-prince-michael-dandrea.html>

Autor:

Karin Leukefeld

Jahrgang 1954, studierte Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften und ist ausgebildete Buchhändlerin. Organisations- und Öffentlichkeitsarbeit unter anderem beim Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Die Grünen (Bundespartei) sowie der Informationsstelle El Salvador. Seit dem Jahr 2000 ist sie als freie Korrespondentin zum Mittleren Osten tätig.

Dieser Text wurde zuerst am 09.01.2018 auf rubikon.news unter der URL ‹https://www.rubikon.news/artikel/auf-dem-weg-nach-persien› veröffentlicht. (Lizenz: CC BY-NC-ND 4.0)

‹http://www.free21.org/?p=28800›

Unterstütze Free21.org

Vereins-Spenden-Konto:

Empfänger: VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, **IBAN:** DE84 4306 0967 1185 9021 00, **Verwendungszweck:** FREE21 oder **per Paypal:** verein@free21.org

Publiziert auf Free21 am 22.02.2018, 15:15 Uhr, von Karin Leukefeld auf www.rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BY-NC-ND 4.0.

Staatsterrorist USA

Wieso arbeiten die USA trotz 9/11 mit al-Qaida zusammen?

von Jens Bernert

Foto: WikiImages (pixabay / CCo)

Bei den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA kamen 3.000 Menschen ums Leben. Die US-Regierung machte die Terrorgruppe al-Qaida für die Anschläge verantwortlich, schränkte danach Bürgerrechte in den Vereinigten Staaten massiv ein und begann den weltweiten „Krieg gegen den Terror“ sowie ein Überwachungsprogramm gigantischen Ausmaßes. Dennoch arbeiteten die USA im Syrienkrieg schon zehn Jahre später mit der al-Qaida zusammen. Wie kann das sein?

Im Februar 2012 schrieb der stellvertretende Stabschef des US-Außenministeriums, Jacob „Jake“ Jeremiah Sullivan, in einer E-Mail [1] an seine damalige Chefin und Außenministerin der USA, Hillary Clinton, zur Lage in Syrien „al-Qaida ist auf unserer Seite in Syrien“. Diese E-Mail wurde 2016 von Wikileaks der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Ihre Echtheit ist unbestritten. Wie kann es sein, dass das US-Außenministerium sich an der Zusammenarbeit mit ausgerechnet der Terrorgruppe erfreut, die wenige Jahre zuvor tausende ihrer Bürger umgebracht hat?

Dass die USA im Syrienkrieg – wie auch schon in Libyen – mit radikalen Dschihadisten um al-Qaida (in Syrien „al-Nusra“), Muslimbruderschaft und Co. zusammenarbeiteten, ist kein allzu großes Geheimnis. Wer ein wenig recherchiert, bringt das schnell in Erfahrung. Zahlreiche Wissenschaftler und andere Experten wiesen im Laufe der letzten Jahre immer wieder darauf hin [2]. In den westlichen Hauptmedien wird man diese Erkenntnisse allerdings kaum finden. Dafür umso mehr Propaganda.

Professor Michael Jabra Carley von der Universität Montreal beispielsweise sagt zu den Vorgängen in Syrien [3]: „Die Rede von ‚unseren Gemäßigten‘ ist eine Fiktion und ein Deckmantel der USA für ihre Unterstützung für al-Qaida und deren verschiedene Verbündete, bei denen es sich weitgehend um ausländische Söldner handelt, die gegen die säkulare, legitime Regierung Syriens kämpfen“.

Der Wissenschaftler spricht im Weiteren von einer „Serie von Lügen“ des Westens und von einer „US-geführten al-Qaida-Invasion Syriens”.

Professor Günter Meyer von der Universität Mainz weist auf die lange Planung des Angriffs auf Syrien durch die USA hin [4]: „Schon unmittelbar nach den Terroranschlägen von Al-Kaida 2001 plante die US-Regierung, die Regime in Syrien und sechs weiteren islamischen Ländern auszuwechseln. Seit 2006 haben die USA mit ihrem politischen Einfluss auf die Golfstaaten, durch die Finanzierung von Medienkampagnen und durch die Ausbildung von Terroristen den Sturz Assads vorangetrieben.“

Die US-Regierung nutzte die Anschläge des 11. September 2001, um einen weltweiten „Krieg gegen den Terror“ aufzuziehen und quasi nebenbei auch Länder zu bekriegen, denen man keine Verbindung zu 9/11 unterstellen konnte. Wie kann es sein, dass jeder US-Präsident jedes Jahr den nach den al-Qaida-Terroranschlägen ausgerufenen Notstand in den USA, wie auch den permanenten weltweiten Krieg dieses Landes, mit der Begründung verlängert, diese Bedrohung bestehe weiterhin, wenn er doch mit den Tätern zusammenarbeitet?

O-Ton des damaligen US-Präsidenten Barack Obama 2016 bei einer weiteren Verlängerung der Notstandsgesetze um ein Jahr [5]: „The terrorist threat that led to the declaration on September 14, 2001, of a national emergency continues“.

Obama arbeitete zu dem Zeitpunkt mit diesem „terrorist threat“ in Syrien bereits fünf Jahre zusammen… Und „keine Sorge“, der amtierende Präsident Trump hat diese Bestimmungen natürlich auch verlängert.

Wer nun behauptet, dass die US-Regierung vielleicht rein zufällig nichts von der eigenen Zusammenarbeit mit der al-Qaida in Syrien wusste, darf getrost ausgelacht werden. Neben den bereits erwähnten Hinweisen und diversen anderen Belegen gibt es auch einige offizielle Statements der USA selbst, in denen eine Zusammenarbeit mit der al-Qaida-Koalition eingeräumt wird beziehungsweise bestätigt wird, dass es sich bei den sogenannten Rebellen zu einem großen Teil um al-Qaida-Kämpfer handelt [6].

Wenn das US-Militär in einer Pressekonfererenz sagt [7] „That said, it’s primarily al-Nusra who holds Aleppo“ und westliche Politik und Medien diesen armen „Aktivisten“ der syrischen al-Qaida (al-Nusra) mit massiver Propaganda à la Weißhelme [8] und Bana Alabed [9] zu Hilfe eilen und Waffenlieferungen an die al-Qaida-Koalition von Aleppo durch die USA erfolgen, wie verträgt sich das mit den 9/11-Terroranschlägen mit über 3.000 Todesopfern in den USA, die von der US-Regierung

eben dieser Terrororganisation al-Qaida zugeschrieben werden?

Die Waffenlieferungen [10] und sonstigen Unterstützungsmaßnahmen für die radikalen Dschihadisten erfolgen freilich mit dem Argument, die Waffen wären ja für die „Gemäßigten", „moderaten Rebellen" in der von al-Qaida angeführten Koalition. Dass diese „Gemäßigten" schon Mal einem Kind vor laufender Kamera den Kopf abschneiden [11] und das Video ihrer „Heldentat" dann auch noch selbst ins Internet stellen, ist einer der vielen ungeheuerlichen Begleitaspekte dieser verlogenen Argumentation.

Die Argumentation mit den „moderaten Rebellen" in der al-Qaida-Koalition ist Augenwischerei. Denn natürlich reinigt die Anwesenheit einiger angeblich sauberer „Rebellen" nicht die ganze Bande von ihrer Schuld. Ein Vergleich mit der organisierten Kriminalität macht die Absurdität dieser moderate-Rebellen-Argumentation deutlich: Würde man argumentieren, die Lieferung von Waffen [12] an eine Mafiagruppierung sei in Ordnung, wenn man die Waffen beispielsweise bei deren Hausmeister abliefert und der ja „moderat" sei und noch niemanden umgebracht habe, wie würde wohl ein Richter oder Staatsanwalt darauf reagieren? Und diese „moderaten Rebellen" sind noch nicht einmal moderat.

Die Fakten hinsichtlich einer Zusammenarbeit zwischen USA und al-Qaida sind also recht klar, bekannt sind sie dank verschiedener Techniken der Medienpropaganda aber nur einem kleinen Teil der Bevölkerung. Professor Jörg Becker von der Universität Marburg dazu [13]: „Gleichwohl wird die Mehrzahl der Nutzer der Massenmedien schlicht unwissend darüber sein, dass die USA seit Jahren völkerrechtswidrig einen Regime Change in Syrien herbeizuführen versuchen. Dass das ganze Terror-Problem vor allem durch westliches Morden und westliche Kriege entstanden ist. Ja, dass der Westen Al Quaida seit Jahren mit Waffen beliefert und hierdurch überhaupt erst großgemacht hat, um Assad zu stürzen."

Und nun stelle ich noch einmal die Frage: Wie kann das alles sein? Wie kann es sein, dass die US-Regierung trotz der 9/11-Anschläge mit über 3.000 Toten mit der von ihr dafür verantwortlich gemachten Terrorgruppe al-Qaida zusammenarbeitet? Wäre das nicht eigentlich absolut durchgeknallt bis völlig unrealistisch, dass ein Land zehn Jahre, nachdem eine Terrorgruppe einen tausendfachen Mord in ihm verübt hat, mit der gleichen Terrorgruppe zusammenarbeitet und kämpft? Das Verhalten der US-Regierung im Syrienkrieg ist nicht nur ein Skandal oberster Ordnung, es wirft auch noch mehr Fragen zu den 9/11-Attacken, al-Qaida und dem weltweiten „Krieg gegen den Terror" auf.

Quellen:

[1] WikiLeaks, Clinton-Emails: SPOT REPORT 02/12/II (SBU), <https://wikileaks.org/clinton-emails/emailid/23225>

[2] Blauer Bote Magazin – Wissenschaft statt Propaganda: „Syrienkrieg: Wissenschaftler und andere Experten klären auf", <http://blauerbote.com/2017/10/06/syrienkrieg-wissenschaftler-und-andere-experten-klaeren-auf/>

[3] Nachdenkseiten: „Wie die westrliche Heuchelei die Welt noch gefährlicher macht", <https://www.nachdenkseiten.de/?p=35619>

[4] Wiesbadener Kurier: „Russlands Einschreiten als Wendepunkt", <http://www.wiesbadener-kurier.de/politik/rheinland-pfalz/russlands-einschreiten-als-wendepunkt_17161550.htm>

[5] Blauer Bote Magazin – Wissenschaft statt Propaganda: „Al Qaida ist auf unserer Seite", <http://blauerbote.com/2017/01/16/al-qaida-ist-auf-unserer-seite/>

[6] Blauer Bote Magazin – Wissenschaft statt Propaganda: „Syrien: Ost-Aleppo wurde von Al Qaida beherrscht", <http://blauerbote.com/2017/03/18/syrien-ost-aleppo-wurde-von-al-qaida-beherrscht/>

[7] Blauer Bote Magazin – Wissenschaft statt Propaganda: „US-Verteidigungsministerium: Aleppo wird im Wesentlichen von Al Kaida gehalten", <http://blauerbote.com/2016/09/30/us-verteidigungsministerium-aleppo-wird-im-wesentlichen-von-al-kaida-gehalten/>

[8] Rubikon: „Die Lügen der Weißhelme", <https://www.rubikon.news/artikel/die-lugen-der-weisshelme>

[9] Rubikon: „Das Twitter-Mädchen aus Syrien", <https://www.rubikon.news/artikel/das-twittermadchen-aus-syrien>

[10] Blauer Bote Magazin – Wissenschaft statt Propaganda: „Reuters: Aleppo-Rebellen erhalten neue Waffen vom Westen gegen Regierungsoffensive", <http://blauerbote.com/2016/09/28/reuters-aleppo-rebellen-erhalten-neue-waffen-vom-westen-gegen-regierungsoffensive/>

[11] Blauer Bote Magazin – Wissenschaft statt Propaganda: „Syrien: Mit USA verbündete „moderate Rebellen" schneiden 11-jährigem Jungen vor laufender Kamera Kopf ab", <http://blauerbote.com/2016/07/19/syrien-mit-usa-verbuendete-moderate-rebellen-schneiden-11-jaehrigem-jungen-vor-laufender-kamera-kopf-ab/>

[12] Blauer Bote Magazin – Wissenschaft statt Propaganda: „Katar gesteht Überfall auf Syrien mit USA, Saudi-Arabien, Türkei", <http://blauerbote.com/2017/10/29/katar-gesteht-ueberfall-auf-syrien-mit-usa-saudi-arabien-tuerkei/>

[13] Nachdenkseiten: „Die Bewusstseins-Industrie", <https://www.nachdenkseiten.de/?p=36428>

Autor:

Jens Bernert

Jahrgang 1974, ist studierter Geograph und Politikwissenschaftler mit Abschluss der Universität Mannheim und arbeitet seit zehn Jahren als Software-Entwickler im Java-Umfeld. In seiner Freizeit bloggt er unter anderem in seinem Weblog „Blauer Bote Magazin" meist zu aktuellen politischen und zeitgeschichtlichen Themen. Außerdem macht er als DJ Underpop — in leider immer größeren Abständen — Mannheim und Heidelberg unsicher.

Dieser Text wurde zuerst am 27.01.2018 auf rubikon.news unter der URL ‹https://www.rubikon.news/artikel/staatsterrorist-usa› veröffentlicht. (Lizenz: CC BY-NC-ND 4.0)

‹http://www.free21.org/?p=28876›

Free21

Das Magazin als Druck-Abo:

Erscheinung jeden 2. Monat

10 Magazine pro Abonnent und Ausgabe

10,-/Ausgabe

free21abo.de

Publiziert auf Free21 am 15.03.2018, 23:53 Uhr, von Jens Bernert auf www.rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BYNCND4.0.

Atomangriff auf **Pearl Harbour?**

Ein Kommentar **von Dirk Pohlmann**

Foto: geralt, (pixabay / CCo)

Für 38 Minuten lebten einige Bewohner von Hawaii am 13. Januar in Panik: sie glaubten, in wenigen Minuten im nuklearen Holocaust sterben zu müssen. Auf ihren Mobiltelefonen war aus dem Nichts eine Nachricht der Katastrophenschutzbehörde erschienen, die sie über anfliegende Raketen informierte, zusammen mit der Bekräftigung, dass es sich nicht um eine Übung handelte. Familien verkrochen sich zusammengedrängt in Badewannen, zogen Matratzen über ihre Köpfe, suchten verzweifelt provisorischen Schutz gegen die immense Zerstörungskraft eines Nuklearangriffs.

Es war ein Fehlalarm, angeblich hat jemand durch den Druck auf einen falschen Knopf die Fake News vom Raketenangriff verbreitet. Einen Tag später ist dies eine skurrile Medienmeldung, ein weiterer Punkt auf der immer länger werdenden Liste der atomaren Fehlalarme.

Es ist, wieder einmal, alles gut gegangen. Kein Grund zur Besorgnis also?

Im Gegenteil: Kein Anlass, dem System der nuklearen Abschreckung zu vertrauen. Es ist das Konstrukt von Hasardeuren, die für ihre Machtabsicherung und Machtprojektion bereit sind, Völker zu vernichten. Atomwaffen sind die Machtgrundlage der wichtigsten Staaten der Welt, dementsprechend verlogen und unwahrhaftig ist der Diskurs darüber.

Die Imperien wollen sich das Fundament ihrer Macht nicht durch wahrheitsgemäßes Denken beschädigen lassen. Aber genau das wäre die Aufgabe von Journalisten, die ihren Beruf ernst nehmen.

Zuerst einmal: Atomwaffen sind keine Waffen, sondern Massenvernichtungsmittel. Atomkrieg bedeutet nicht den zielgerichteten Einsatz von Waffen gegen militärische Ziele, sondern die Vernichtung von Städten, mitsamt allen Menschen darin, Männern, Frauen und Kindern. Das Ziel der Drohung des Einsatzes von Giftgas, Biowaffen oder Nuklearwaffen ist, durch Androhung eines totalen Massenmordes andere Mächte von militärischen Einsätzen abzuhalten.

Nüchtern betrachtet handelt es sich um eine Form des Terrorismus, also der Androhung größtmöglicher Brutalität, um politische Ziele zu erreichen. Die Tatsache, dass es nicht irgendwelche durchgeknallten, sich von Gott erwählt wähnenden Krieger sind, die mit dem Einsatz drohen, sondern Regierungen, eventuell auch noch durch Wahlen „demokratisch legitimiert", macht die Sache nicht besser, im Gegenteil. Denn Regierungen haben nicht nur das Motiv, sie haben auch die Mittel, um schreckliche Verbrechen zu begehen.

Es handelt sich bei diesen Plänen, nüchtern betrachtet, um Staatsterrorismus. Aber befinden wir uns nicht im „Krieg gegen den Terror"? Müssten wir dementsprechend nicht alle Außenminister von Staaten mit Nuklearwaffen direkt nach der Landung auf unseren Flughäfen sofort von SEK-Einheiten festnehmen lassen und in Hochsicherheitsgefängnisse sperren? Wenn Politik mehr mit Recht als mit Macht zu tun hätte, schon. Aber davon sind wir weiter entfernt, als vor der totalen Vernichtung der Menschheit.

Wir haben uns an die angedrohten Verbrechen gewöhnt. Unsere Gehirne wurden jahrzehntelang so gründlich gewaschen, dass Nuklearwaffen als Friedensgaranten gelten. Aber das ganze Konstrukt hat noch massivere Fehler als seine terroristisch-„moralische" Grundlage.

Der Einsatz (besser Nicht-Einsatz) von Atomwaffen wäre nur dann potentiell beherrschbar, wenn ihr Einsatz nicht durch Fehlsteuerungen ausgelöst werden könnte. Die Geschichte des kalten Krieges lehrt uns jedoch, dass wir mehrfach kurz vor der Vernichtung standen, wegen Fehlalarmen, deren Adressat das Militär, nicht die Zivilisten von Hawaii waren.

Es geht nicht darum, dass das System fehlerarm sein muss. Es darf überhaupt keinen Fehler, also den Einsatzbefehl, produzieren. Ein System, das im Versagensfall die größte Katastrophe aller Zeiten, eventuell sogar die Vernichtung der menschlichen Zivilisation, nach sich ziehen würde, so lange aufrecht zu erhalten, bis es eben schiefgeht, wie alles, was Menschen gebaut oder bedient oder gemanagt haben – das ist heller Wahnsinn. Tschernobyl und Fukushima sind ein Beleg für die Verantwortungslosigkeit und Idiotie dieser Strategie.

Im Klartext: Wenn wir lange genug warten, werden wir nuklear verglühen. Es ist nur eine Frage der Zeit.

Ein weiterer Fehler in dem atomaren Wahnsinnskonstrukt ist die Vorstellung, dass es gute und schlechte Atommächte gibt.

Die bestehende Regel ist ganz einfach. Ein Land, das anstrebt, Atommacht zu werden, wird von den bereits bestehenden Atommächten meist als verantwortungslos und gefährlich dargestellt und bekämpft. In jedem Fall aber tun die Atommächte, was sie können, um andere Staaten an der Entwicklung von Atomwaffen zu hindern.

So haben die USA ihre Partner im Manhattan Project, Kanada und Großbritannien ausgebootet, als Amerika in der Lage war ohne Hilfe der englischen Physiker die ersten Atombomben zu bauen. Die USA verboten sogar per Gesetz (McMahon Act) die Weitergabe von Kenntnissen, die Großbritannien zur Atombombe hätten verhelfen können. Natürlich wollten die USA die einzige Atommacht bleiben, um die Sowjetunion dominieren zu können. Als die 1949 nachzog, war das Monopol gebrochen. Dann folgte 1952 Großbritannien. Dann Frankreich, dann China, dann Israel, dann Südafrika (das es nicht mehr ist), dann Indien, dann Pakistan, und jetzt Nordkorea.

Eine ganze Reihe von Staaten wollte oder will Atommacht werden. Nicht nur Deutschland unter Adenauer, auch Schweden, Ägypten, Brasilien, die Schweiz, Saudi Arabien, Taiwan arbeiteten oder arbeiten an Atomwaffen. Und Japan hat nach Ansicht einiger Experten Atombomben in Einzelteilen im Keller gelagert, die nur noch zusammengebaut werden müssen. Möglicherweise. Man weiß es nicht genau, denn: Wir erfahren darüber herzlich wenig. Die Faustregel lautet: Wenn es um Atomwaffen geht, lügen alle Beteiligten über alle Tatsachen zu jedem Zeitpunkt. Und die Medien lügen mit.

Wie jetzt zum Beispiel im Falle Nordkorea. Der wahnsinni-

ge Raketenmann Kim Jong Un, wie ihn Trump nennt, will unbedingt Raketen mit Nuklearsprengköpfen.

Das ist gefährlich und unverantwortlich, meint der ebenfalls unberechenbare Präsident jener Nation, die bisher als erste und einzige Atombomben gegen Zivilisten EINGESETZT hat. Wäre es die Sowjetunion gewesen, die als erste Zivilisten pulverisiert und verstrahlt hätte, würde das wohl als Beleg für ihre Ruchlosigkeit und unvorstellbare Brutalität gelten. Was dieses Kriegsverbrechen auch war und ist, nämlich ein Beleg für Ruchlosigkeit und unvorstellbare Brutalität.

Die nordkoreanische Regierung handelt im Rahmen dieser Logik keinesfalls irrational, wenn sie den Besitz von Interkontinentalraketen anstrebt. Nordkorea ist heute, ähnlich wie es Israel und Südafrika einmal waren, ein Paria der internationalen Gemeinschaft. Und es will aus den gleichen Gründen wie Israel oder Südafrika Atomwaffen. In beiden Fällen haben die USA nichts unternommen. (Mit Ausnahme von US Präsident Kennedy im Falle Israel, so lange er im Amt war und lebte.)

Atomraketen sind die beste Lebensversicherung für solche Regierungen, diese Einsicht haben die USA durch die Liquidierung von Ghaddafi mittels Bajonett in den Anus und Saddam Hussein durch einen Strick um den Hals noch einmal verstärkt. Beide hatten auf den Erwerb von Massenvernichtungswaffen verzichtet und diese Kompromissbereitschaft mit ihrem Leben und der Zerstörung ihrer Länder zu „Failed States“ bezahlt.

Nordkorea handelt sehr rational: Es hat nach Angaben des südkoreanischen Parlamentsabgeordneten Rhee Cheol-hee einen Computer des südkoreanischen Militärs gehackt und dort die gemeinsamen Angriffspläne der USA und Südkoreas gegen Nordkorea entdeckt, inklusive Ermordung von Kim Jong Un beim geplanten Enthauptungsschlag. Das macht die Neigung der nordkoreanischen Regierung sich mit allen Mitteln zu wehren verständlicher, als unsere Qualitätsmedien uns das glauben machen wollen.

Die Nachricht von den US/südkoreanischen Angriffsplänen, die zum Beispiel in der BBC, aber auch in Österreich, verbreitet wurde, hat es nicht bis nach Deutschland geschafft. Wie ist das möglich? Wieso agieren alle Qualitätsmedien wie gleichgeschaltet, obwohl sie doch jede Vermutung dazu als Querfront-Verschwörungstheorie denunzieren?

Was ist eigentlich los mit den Erziehungsberechtigten in unseren Qualitätsmedien, dass sie meinen, solche Meldungen der unreifen Bevölkerung vorenthalten zu müssen? Was ist mit ihnen los, dass sie meinen, die Berechtigung zu haben, solche Entscheidungen zu treffen?

Der Fall Nordkorea und der Fehlalarm in Hawaii sind zwei Seiten einer Medaille, über die wir herzlich wenig erfahren, weil die Chefredaktionen unserer Qualitätsmedien ihre Arbeit nicht machen. Sie lungern lieber unter der Atlantikbrücke herum und geben kritiklos weiter, was ihnen dort als berichtenswert dargeboten wird. Es ist höchste Zeit, diesen Zustand zu beenden. Das ist nicht nur wichtig, es könnte überlebenswichtig werden.

Autor:

Dirk Pohlmann

(geb. 1959) ist ein deutscher Drehbuchautor, Filmregisseur und freier Journalist. Seit 2004 beschäftigt er sich schwerpunktmäßig mit Geheimdienstoperationen im Kalten Krieg. Seit Herbst 2015 ist Pohlmann für das freie Journalistenportal KenFM als Reporter tätig.

Dieser Text wurde zuerst am 16.012018 auf www.kenfm.de unter der URL ‹https://kenfm.de/tagesdosis-16-1-2018-atomangriff-auf-pearl-harbour/› veröffentlicht. Lizenz: KenFM

‹http://www.free21.org/?p=28809›

Der andere Krieg

Der Krieg der Reichen gegen die Armen eskaliert.

von Susan Bonath

Hartz-IV-Schmarotzer“, „Sozialbetrüger“, „Faulenzer“, „Stütze-Empfänger“: Mit solchen und ähnlichen Zuschreibungen bedenken Politiker und Medien regelmäßig jene Menschen, die sich ganz unten auf der Einkommensskala bewegen. Man suggeriert, die Betreffenden müssten sich nur mehr anstrengen, um ihrer materiellen Armut zu entkommen. So schüren die Profiteure Hass gegen und Zwietracht unter abgehängten Gruppen. Vor allem lenken sie so von sich selbst ab. Gerne greifen sie dafür zu populistischen Lügen.

Empörungspropaganda

So etwa Alexander Dobrindt: Steuerflucht, massenhafter Betrug beim Mindestlohn, Wirtschaftskorruption ohne Ende – das alles ficht den CSU-Vorsitzenden im Bundestag und Ex-Verkehrsminister nicht an. Der 47-jährige Politkarrierist will den „kleinen Fischen“ noch härter ans Leder. Es geht um mutmaßliche „Hartz-IV-Schummler“, darunter offenbar

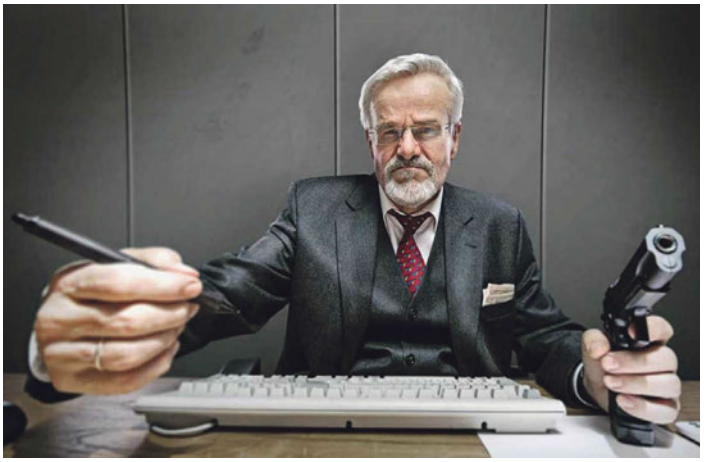


Foto: lassedesignen/Shutterstock.com

auch organisierte Banden. Diesen und jedem, der Hartz IV missbrauche, entrüstete sich Dobrindt kürzlich gegenüber der Presse, sei das Handwerk zu legen.

Hintergrund ist ein reißerischer Titelseiten-Aufmacher der Bild unter der Überschrift „So betrügen Hartz-IV-Banden in Deutschland“. Weitere Medien, darunter die Welt und die Mitteldeutsche Zeitung, übernahmen das Geschrei. Die Bild suggerierte in ihrem „Artikel“ einen exorbitanten Anstieg von Missbrauchsfällen im deutschen Hartz-IV-System. Dazu berief sie sich auf einen internen Bericht der Bundesagentur für Arbeit (BA), wonach Jobcenter im vergangenen Jahr in 148.500 Fällen wegen Betrugsverdachts ermittelten.

Aufbauschen, lügen, verdrehen

Verglichen mit 2010 ist das jedoch ein drastischer Rückgang. Damals warteten die Behörden mit rund 225.000 vergleichbaren Verdächtigungen auf. Auch 2016 vermeldeten die Jobcenter gut 1.000 Fälle mehr. Es geht bei den 148.500 Ermittlungen auch keineswegs um

Publiziert auf Free21 am 26.03.2018, 23:45 Uhr, von Susan Bonath auf rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BY-NC-ND 4.0

einen gerichtlich festgestellten Betrug. Um solche einzuleiten, reicht der pure Verdacht eines Sachbearbeiters aus. Dahinter kann eine Anzeige durch Dritte stehen, die verzögerte Angabe eines Nebeneinkommens oder das Verheimlichen von „verwertbarem Vermögen“, wie einer Sparrücklage oder auch nur eines Geschenks der Oma.

Lediglich ein Drittel dieser Verfahren erwiesen sich demnach offenbar als relevant. Denn so viele übergaben die Jobcenter letztlich an Staatsanwaltschaft oder Zollamt. Letzteres prüft Firmen, die zum Beispiel Schwarzarbeiter beschäftigen. Am Ende verhängten die Hartz-IV-Behörden rund 21.300 Geldbußen. Heißt: In diesen Fällen konnten sie den Betreffenden mehr oder weniger nachweisen, eine Leistung „erschlichen“ zu haben. Doch auch das ist noch lange kein Gerichtsurteil. Der Weg zur Klage steht Sanktionierten offen.

Darüber hinaus geben die Summen, um die es geht, zu denken: Insgesamt ermittelten die Jobcenter demnach wegen 54 Millionen mutmaßlich zu viel gezahlter Euro. Das hört sich viel an, sind aber nur 360 Euro pro Fall. In einer Steueroase ist für Reiche gewiss mehr zu holen. Macht nichts, meint wohl die Bild-Redaktion. Empörungsmanagement zieht eben Leser.

Abgehängte in Gruppen spalten

Setzt man also die Zahl der tatsächlich mit einem Bußgeld Bestraften (21.300) ins Verhältnis zu den 4,3 Millionen „erwerbsfähigen“ Hartz-IV-Beziehern zwischen 15 und 65 Jahren, weiß man: Bei nur 0,5 Prozent der Bezieher erhärtete sich zumindest der Verdacht, zu Unrecht Leistungen bezogen zu haben. Selbst die 148.500 Verdächtigungen betrafen nicht einmal 3,5 Prozent der Leistungsberechtigten.

Doch der Pauschalverdacht gegen Hartz-IV-Bezieher hat wieder einmal neues Futter bekommen. Ähnlich läuft es bei Schlagzeilen über „faule Griechen“, „kriminelle Moslems“ oder „vergewaltigende Asylbewerber“. So bediente die Bild auch im aktuellen Fall das so fest sitzende wie falsche Klischee vom Rumänen, der quasi per se „mit Diebesbanden herumlungert“. Sie suggerierte eine angeblich drastische Zunahme des Hartz-IV-Missbrauchs durch organisierte osteuropäische Banden.

Armut im Alter - Weil die kleine Rente nicht reicht müssen viele Rentner Flaschen sammeln um sich was dazu zu verdienen (Foto: Andreas Trojak - www.andreas-trojak.de, CC BY-SA 2.0)

Dass es solche Banden genauso gibt, wie tricksende und lügende Politiker, darüber besteht kein Zweifel. Auch die BA schreibt in ihrem Bericht, dass dubiose Geschäftemacher vorwiegend aus Osteuropa gezielt Landsleute mit falschen Versprechungen in die BRD lockten. Dort täuschten sie Beschäftigungsverhältnisse mit den Betroffenen vor, um so Hartz IV für sie zu erwirken. Das Gros der Leistungen behielten sie dann ein. Von einem Anstieg dieser Fälle ist aber nicht die Rede. Eine Sprecherin der BA bezeichnete diese Methode, an Geld zu kommen, gegenüber Spiegel online als „Randphänomen“.

Reiche Schummler jagen arme Schummler

Wie man zu Geld kommt und Einkünfte geheim hält, weiß Alexander Dobrindt nur zu gut. Während seiner Zeit als Bundesverkehrsminister im „Kabinett Merkel III“ war er in die Kritik geraten. So kam im April 2014 heraus, dass der seit 2002 vom Steuerzahler fürstlich finanzierte heute 47-Jährige seine Einkünfte neben seinem fünfstelligen Ministergehalt in Höhe von 7.000 bis 15.000 Euro monatlich nicht gemeldet hatte, wie es verlangt wird. Auf Nachfrage sagte er damals gegenüber der Presse, er sei sich „keiner Schuld bewusst“.

Auch sein Unionskollege Jens Spahn (CDU), seit kurzem Bundesgesundheitsminister, leidet nicht unter Armut. Der nebenberufliche Pharmalobbyist verfügt laut Bundestag neben Ministergehalt und Diät über ein jährliches Zusatzeinkommen zwischen 41.000 und 94.000 Euro. Dennoch posaunte er kürzlich heraus, ein Hartz-IV-Bezieher mit 416 Euro plus „angemessener Miete“ sei nicht arm und versorge sich quasi nur aus Jux und Dollerei bei einer Tafel mit von Supermärkten entsorgter Nahrung.

Nicht nur, dass der ebenfalls seit 2002 vom Steuerzahler gepäppelte Jens Spahn offenbar vergessen hat, dass dieses Hartz-IV-Minimum bei kleinsten Auflagenverstößen auch noch bis auf null sanktioniert werden kann – und wird: Er hetzte Beschäftigte mit einer weiteren Lüge gegen Erwerbslose auf: Eine Verkäuferin verdiene ja noch weniger als ein Hartz-IV-Bezieher, behauptete er.

Dass dies nicht stimmt, ist einfach belegt: Selbst wenn eine Verkäuferin in Teilzeit einen geringeren Lohn bekäme, könnte sie, anders als jemand, der nicht arbeitet, entweder Wohngeld beantragen oder aufstocken. Bekommt sie zusätzlich Hartz IV, kann sie Freibeträge in Höhe von 100 Euro und 20 Prozent auf das Resteinkommen geltend machen. Hat sie Kinder und entscheidet sich dafür, kein zusätzliches Hartz IV zu beantragen, darf sie auch das Kindergeld behalten; bei Hartz-IV-Beziehern wird es vollständig angerechnet.

Ablasshandel und Müllentsorgung

Die Debatte darüber, ob jemand mit Hartz IV arm sei oder nicht, war bereits im Februar hochgekocht. Die Ursache lieferte die Tafel in der Ruhrmetropole Essen. Sie hatte befristet die Aufnahme von Migranten gestoppt, da diese angeblich einheimische Arme verdrängten.

Warum muss es Tafeln geben? Die Antwort der gesamten Bundesregierung war an Zynismus kaum zu überbieten. Für diese nämlich spricht Regierungssprecher Steffen Seibert. Der lobte Ende Februar bei einer Bundespressekonferenz die karitativen Resteverwerter über den Klee: Tafeln sorgten für weniger Abfall und seien eine schöne Tradition, fabulierte er im Auftrag der CDU-CSU-SPD-Regierung. Fragt sich nur, welche Tradition er meint: Die als Ablasshandel praktizierte klösterliche Mildtätigkeit im ausklingenden Mittelalter? Die Arbeitshäuser in der frühen Neuzeit bis ins späte 19. Jahrhundert hinein?

Doch auch die Tafeln selbst sehen sich als biologische Müllvermeider. In unzähligen Pressemitteilungen stellte der Vorsitzende des Bundesverbandes Tafeln Deutschland, Jochen Brühl, sein Unternehmen nicht nur als soziale, sondern größte ökologische Ehrenamtsbewegung dar. Der schöne Schein trügt: Längst hat sich aus der ersten Tafel im Berlin des Jahres 1993 ein konzernartiges

Geflecht mit 937 übergeordneten Einrichtungen und rund 2.100 Essensausgabestellen entwickelt. Für Supermarktketten wie Lidl, Edeka und weitere, sowie für zahlreiche Großkonzerne sind sie zur festen Größe geworden: Um billig Abfälle zu entsorgen, Steuern zu sparen und Gratis-Imagewerbung mit karitativer Präsenz zu bekommen.

Armutsförderung mit McKinsey

Für das Wachsen des Tafelunternehmens zeichnet kein Geringerer mit verantwortlich, als die global agierende Denkfabrik McKinsey. Bereits seit Mitte der 1990er Jahre unterstützt McKinsey Aufbau und Erweiterung selbiger mit eigens dafür abbestellten Mitarbeiten. Auch zwei Bücher zum Betreiben der Armenspeisungen hat der Think Tank den „Öko-Samaritern“ gewidmet.

Und nur wenig später saß McKinsey mit in der Hartz-Kommission. Was herauskam, ist heute zu sehen. Den Zweck dieser Agenda beschrieb Altkanzler Gerhard Schröder (SPD) auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Davos 2005 ohne Umschweife: „Wir haben einen der besten Niedriglohnsektoren in Europa geschaffen“, lobte er. Dabei pries er auch sämtliche Kürzungen bei der Rente und im Gesundheitswesen.

Heute arbeiten die Tafeln eng mit dem Staat zusammen. Unzählige Hartz-IV-Bezieher zogen in den Anfangsjahren der Agenda 2010 vor Sozialgerichte, weil Jobcenter ihnen Leistungen verweigert und sie an Tafeln verwiesen hatten. Es bedurfte einen ganzen Packen Gerichtsurteile, um die Praxis einzudämmen.

Die Tafeln sind auch nicht für alle da: Erfüllt ein Hungriger bestimmte Bedingungen nicht, bekommt er dort nicht mal einen harten Brotkanten. Wer essen will, braucht einen Tafelausweis. Den bekommt er nur gegen Vorlage eines Bedürftigkeitsnachweises. Das kann ein Hartz-IV- oder Sozialhilfebescheid sein. Er braucht also ein Papier vom Staat. Das erhalten allerdings Obdachlose ohne Meldeadresse ebenso wenig, wie irgendeine Leistung. Die Ärmsten gehen also überall leer aus. Und: Keine Tafel muss jemanden bedienen.

Arbeitspflicht für Hungerlöhne

Inzwischen hat sich auch der frisch gebackene Bundesarbeitsminister Hubertus Heil ein paar Worte zur Diskussion abgerungen. Der SPD-Mann will Armut mit gemeinnütziger Arbeit bekämpfen. Vier Milliarden Euro will Heil in einen entsprechenden Beschäftigungssektor stecken, sagte der 45-jährige seit 1998 im Bundestag Sitzende der Funke Mediengruppe.

Hubertus Heil 2017 (Foto: Olaf Kosinsky, CC BY 3.0)

So sollen Langzeitarbeitslose also Tätigkeiten verrichten, die kein Unternehmer entlohnen will, weil sie keinen unmittelbaren Profit bringen, aber trotzdem gesellschaftlichen Nutzen haben. Keine Frage: Da gibt es in unzähligen Bereichen jede Menge zu tun. Es klingt erst einmal nicht schlecht. Doch Vorsicht: Solche Ansinnen sind nicht neu und mit größter Vorsicht zu genießen. Außerdem wird das alles längst praktiziert.

Vor 25 Jahren wurden Erwerbslose mit schlechten Vermittlungschancen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) gesteckt, die miserabel, aber immerhin entlohnt wurden. Im Zuge der Agenda 2010 wurden daraus die Ein-Euro-Jobs. In ihrer Struktur übernahm man sie von der alten Sozialhilfe und vergab sie massenhaft. Allerdings sind sie keine Arbeitsverhältnisse im rechtlichen Sinne, sondern eine sozialpolitische Maßnahme. Heißt: Das Arbeitsrecht gilt nicht: Die Beschäftigten sind nicht sozialversichert, erhalten bei Krankheit und Urlaub keine Vergütung. Es gibt statt eines Lohns eine Aufwandsentschädigung von ein bis zwei Euro pro geleisteter Stunde, Flüchtlinge erhalten sogar nur 80 Cent.

Außerdem praktizierten die Kommunen verschiedene Modelle von Bürgerarbeit. Man setzte Erwerbslose etwa als zusätzliche Ordnungskräfte oder Müllsammler in Städten ein, ließ sie Grünanlagen und Denkmäler pflegen, in Pflegeheimen vorlesen. Eins hatten und haben alle Modelle gemeinsam: Man lässt Betroffene zu absoluten Dumpinglöhnen arbeiten, von denen alleine sie nicht leben können.

Arbeitspflichtmodelle für Outgesourcte sind keine Erfindung moderner Kapitalisten. Erinnert sei hier an die Arbeitshäuser, deren Geschichte von der frühen Neuzeit bis hinein ins Industriezeitalter reicht. Die deutschen Faschisten errichteten den Reichsarbeitsdienst. Das Ziel der Herrschenden dahinter ist deutlich: Man wollte die in Krisenzeiten vermehrt produzierte Erwerbslosigkeit unsichtbar machen und die Betroffenen – mehr oder weniger brutal – durch Beschäftigung davon abhalten, über ihre Situation nachzudenken.

Auch Heils Heilsversprechen knüpfen nicht an die realen Lebenshaltungskosten an. Ein „sozialer Arbeitsmarkt“ bescherte noch nie auskömmliche Lohnarbeit. Ferner verdrängt er Kleinbetriebe, zum Beispiel im Landschaftsbau, die ihre Leistungen teurer anbieten müssten. Ein solcher Sektor ist auch ein Sparmodell für den Staat auf Kosten Lohnabhängiger: Kommunen lagern einstmals auskömmliche Jobs im Bereich der Daseinsfürsorge in einen Dumping-Markt aus. Und letztlich werden Jobcenter wie immer mit Sanktionen arbeiten, also Erwerbslose unter Strafandrohung in die „Gemeinwohlarbeit“ zwingen.

Einheitsfront der Marktapologeten

Die SPD führte nicht nur Hartz IV gemeinsam mit den Grünen federführend ein, sie boxt das Erpressungsinstrument auch eisern im Verbund mit CDU, CSU, FDP und neuerdings auch AfD durch. Wer nicht arbeitet, soll nicht essen, sagte Franz Müntefering schon nach der Einführung von Hartz IV.

Franz Müntefering 2013 (Foto: Dirk Vorderstraße, CC BY 2.0)

Zwangsarbeit findet in diesen Kreisen zahlreiche Freunde. Die sächsische CDU-Bundestagsabgeordnete Veronika Bellmann beispielsweise plädierte mehrfach für eine Arbeitspflicht für alle. Dafür erntete sie nicht nur in Unionskreisen reichlich Zustimmung. Und die AfD hat die Arbeitspflicht für Hartz-IV-Bezieher sogar fest in ihrem Parteiprogramm verankert.

Bereits 2010 forderte der inzwischen verstorbene Ex-FDP-Chef Guido Westerwelle, alle gesunden Erwerbslosen müssten sich ihre Armutsleistungen mit gemeinnütziger Arbeit verdienen. Die frühere nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) pflichtete ihm, wie ihr damaliger Amtskollege in Hessen, Roland Koch (CDU), bei.

Dem vorangegangen war eine jahrelange „Faulheitsdebatte“. Eine Forsa-Umfrage 2010 ergab: Fast 90 Prozent der FDP- und Unionswähler sprachen sich für der-

Publiziert auf Free21 am 26.03.2018, 23:45 Uhr, von Susan Bonath auf rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BY-NC-ND 4.0

lei Zwangsarbeit aus: 58 Prozent der SPD-Anhänger, 56 Prozent der Grünen-Wähler und gut die Hälfte der Freunde der Linkspartei dachten genauso.

Klammern am kapitalistischen Modell

Das alles zeigt: Das Lohnarbeitsmodell hat sich tief in den Köpfen der Massen verankert. Es ist ein urkapitalistisches Modell: Mit der Industrialisierung im 18. und 19. Jahrhundert stieg der Bedarf der – meist aus dem alten Adel stammenden – Besitzer der Produktionsstätten und Maschinen an Arbeitern. Landraub und Steuern machten Massen zu Lohnabhängigen, die sich verdingen mussten.

Die Produktivkräfte haben sich seither massiv fortentwickelt. Millionen Arbeiter, die früher nötig waren, um Waren zu produzieren und Profite für die Besitzenden am Markt zu erwirtschaften, werden nicht mehr benötigt. Ein ausufernder wissenschaftlicher, bürokratischer und militärischer Apparat, das Management der Herrschenden also, fängt diese Entwicklung derzeit noch auf. Dennoch: Die Digitalisierung schreitet voran, die Zeit ist nahe, in der die Menschheit mit einem Minimum an Aufwand alles Lebensnotwendige herstellen kann. Nicht nur das: Auch der kapitalistische Kontrollapparat kommt im Digitalzeitalter an.

Im Klartext bedeutet das: Die Profite des Großkapitals werden immer mehr von der Wissenschaft und weniger von menschlicher Arbeitskraft abhängen. Schon jetzt hat sich die Wirtschaft den wissenschaftlichen Sektor mit ihrem Geld nahezu einverleibt. Zugleich erhöht das Großkapital seine Profite, indem es Lohnkosten spart, denn Löhne sind gewinnschmälernde Betriebsausgaben. Da nicht jeder Wissenschaftler werden kann, läuft es darauf hinaus, immer mehr Freigesetzte auf Sozialhilfeniveau arbeiten zu lassen.

Spült nun der systemimmanente Profitzwang immer mehr Kapital in die Hände der Reichen, bleibt nicht nur „unten“, sondern auch in der Staatskasse immer weniger. So ergibt die Zwangsarbeit zu Hungerlöhnen aus Sicht der Besitzenden durchaus einen Sinn. Allerdings dämpft ein solches Modell auch die Kaufkraft der Massen. Es konterkariert also das Marktprinzip. Das zeigt: Auf Dauer ist die kapitalistische Ausbeutung der Lohnarbeit unter heutiger Fortentwicklung der Produktivkräfte nicht aufrecht zu erhalten.

Dennoch halten alle Parteien als Bewahrer, Marktradikale oder Apologeten einer „sozialen Marktwirtschaft“ daran fest. Nicht nur das: Die Fixierung auf entsprechende Propaganda, dass nur „fleißig“ und damit „wertvoll“ sei, wer für die Marktprofiteure lohnarbeite, ist erlebbar. Sie sitzt auch in den Köpfen der meisten abhängig Beschäftigten und sogar der Erwerbslosen fest. Als Arbeit zählt heute ausschließlich Lohnarbeit. Mit Kindererziehung, der Pflege Angehöriger, Haushalts- oder Gartenarbeit allein kann niemand seinen Lebensunterhalt bestreiten. Man könnte auch von „Kapitalismus in den Köpfen“ sprechen.

Hartz IV für Österreich und Frankreich

In Deutschland hat die Agenda 2010 inklusive des Erpressungsinstruments Hartz IV gewirkt – zugunsten der Vermögen und Profite der besitzenden Klasse. Nachdem die Vermögenssteuer ausgesetzt, der Spitzensteuersatz um zehn Prozentpunkte gesenkt, die Leistungen von Krankenkassen drastisch

(Foto: Bernd Schwabe in Hannover, CC BY 3.0)

reduziert und die Renten nicht minder radikal gekürzt worden waren, konnte man nun die Erwerbslosen mit Existenz bedrohenden Sanktionen in den Niedriglohnsektor zwingen.

Hinzu kamen riesige Privatisierungsorgien. Auch diese waren systemisch vorhersehbar. So schwinden mit zunehmender Monopolisierung die Anlagemöglichkeiten für Kapital. Dran glauben muss die öffentliche Daseinsfürsorge. Deutschland als wirtschaftsstärkstes Land in Europa hatte den Anfang gemacht, auch, um sich diese Position zu erhalten. Nun stehen andere unter ökonomischem Zugzwang.

So plant Österreichs neue Regierung aus ÖVP und FPÖ – in Deutschland etwa vergleichbar mit CDU/CSU sowie einer Mischung aus FDP und AfD – ein Modell ähnlich dem des deutschen. Es erinnert nicht zufällig an Schröders Lobrede in Davos: Man will die Notstandhilfe für Arbeitslose abschaffen und Minigrundsicherung für alle einführen. Die Zumutbarkeitsregeln für Erwerbslose sollen drastisch erhöht werden. Heißt: Mit harten Sanktionen will man auch dort Erwerbslose in einen Dumping-Sektor zwingen.

Die Macron-Regierung in Frankreich plant ebenfalls massiven Sozialabbau. Und: Sie will die Erwerbslosen ähnlich wie in Deutschland bespitzeln lassen. Dafür, so teilte das Pariser Arbeitsministerium jüngst mit, werde man den Verwaltungsapparat personell aufstocken. Statt 200 sollen künftig 1.000 Kontrolleure auf Erwerbslose losgelassen werden.

Das Ziel der Agenda der Herrschenden hier wie da ist klar: Noch Beschäftigten wird ein Maulkorb verpasst. Sie sollen aus Angst vor dem Abstieg stillhalten. Die Knechtschaft des 21. Jahrhunderts lässt grüßen.

Helfen Sie uns bitte
bei unserer Arbeit
mit einer Spende!

Free21

Nutzen Sie bitte dazu folgendes Konto:

Empfänger: VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, **IBAN:** DE84 4306 0967 1185 9021 00, **Verwendungszweck:** FREE21 oder **per Paypal:** verein@free21.org

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Autor:

Susan Bonath

geboren in der DDR, arbeitet seit 12 Jahren als freie Journalistin und berichtet seit 2010 für die junge Welt. Arbeitsschwerpunkte unter anderem „Arbeit und Soziales“. Seit 2015 schreibt sie auch für KenFM. Sie lebt in Sachsen-Anhalt.

Dieser Text wurde zuerst am 24.3.2018 auf Rubikon.news unter der URL ‹https://www.rubikon.news/artikel/der-andere-krieg› veröffentlicht. (Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BY-NC-ND 4.0)

‹http://www.free21.org/?p=28857›

Der leise Tod der öffentlichen Debatte

Der Korridor des als „zulässig“ Deklarierten ist verengt, wie lange nicht mehr.

von Rainer Mausfeld

Wer ihn verlässt, muss damit rechnen, von denen, die das Sagen haben, ausgegrenzt und stigmatisiert zu werden. Widerstand gegen die Ächtung von Dissens ist dringend geboten. Dazu brauchen wir freie und emanzipatorischen Zielen verpflichtete Medien — wie den Rubikon!

Im gesellschaftlichen Bereich scheint es, mehr noch als in anderen Bereichen des Lebens, sehr viel leichter zu sein, Alpträume Realität werden zu lassen, als Träume in Realität zu verwandeln. Gesellschaftliche Utopien Realität werden zu lassen, erfordert lange und mühevolle kollektive Anstrengungen sowie aktives engagiertes Handeln.

Alpträume jedoch können bereits durch Nicht-Handeln und Unterlassen, durch stillschweigende Duldung und politische Apathie Wirklichkeit werden.

Der Traum von einer menschenwürdigen, also demokratischen Gesellschaftsordnung gehört zu den bedeutendsten Leitideen der Zivilisationsentwicklung. Es liegt in der Natur der Macht, dass Demokratie nur für die Machtunterworfenen ein zivilisatorischer Traum ist, da es dabei gerade um eine Einhegung illegitimer Macht geht. Für die jeweils Mächtigen hingegen war und ist eine wirkliche Demokratie gerade ihr Alptraum. Denn Demokratie würde ihre Macht massiv einschränken. Folglich haben sie seit je alle Formen demokratischer Strukturen und auch die Idee von Demokratie selbst massiv bekämpft, verhöhnt, unterminiert und zerstört.

Das Herzstück der Demokratie und zugleich die Grundbedingung ihrer Möglichkeit ist ein freier öffentlicher Diskussionsraum, in den sich alle gleichberechtigt einbringen können und der das gesamte Spektrum unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen und Positionen repräsentiert. Die daraus resultierenden Konflikte unterschiedlicher Interessen und Perspektiven sind der Motor demokratischer Debatte.

Plenarsaal des Deutschen Bundestages im Reichstagsgebäude in Berlin. Quelle: https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=11470038, Foto: Von Times – Eigenes Werk, Lizenz: CC BY-SA 3.0

Geschaffen wird der öffentliche Diskussionsraum erst durch die Medien. Demokratie ist folglich ganz grundlegend auf freie Medien angewiesen, also auf Medien, die nicht in politische und ökonomische Macht- und Interessenkontexte eingebunden sind.

Denn Bürger können nur dann zu einer verantwortungsvollen gesellschaftlichen Teilhabe befähigt werden, wenn sie in angemessener und unverzerrter Weise über alle gesellschaftlich relevanten Fragen unterrichtet werden und wenn zugleich die Medien allen gesellschaftlichen Gruppen ein Sprachrohr bieten, mit dem sich diese gleichberechtigt in den öffentlichen Diskussionsraum einbringen können.

Soweit der zivilisatorische Traum. Die Realität sieht — lässt man sich nicht von rhetorischen Worthülsen blenden — ganz anders aus: Der gegenwärtige öffentliche Diskussionsraum wird in einer nahezu totalitären Weise von einer medialen Allianz einer staatlichen und wirtschaftlichen Oligarchie dominiert, deren Interessenspektrum in den vergangenen Jahrzehnten in allen relevanten Fragen zunehmend homogener geworden ist.

Durch ihre Einbindung in ökonomische Machtstrukturen werden Medien nahezu zwangsläufig zu einem höchst wirksamen Instrument mächtiger ökonomischer Lobbygruppen, die sich auf diese Weise verdeckt in den öffentlichen Diskussionsraum einbringen und das Meinungsklima für ihre Belange günstig stimmen können. Leit- und Massenmedien dienen dabei vorrangig dazu, den gesellschaftlichen und ökonomischen Status derjenigen zu stabilisieren, in deren Besitz sie sind oder von denen sie ökonomisch oder politisch abhängig sind.

Solange kleine oligarchische Interessengruppen den öffentlichen Diskussionsraum dominieren, wird einer Demokratie, die diesen Namen verdient, jede Grundlage entzogen. Wenn die öffentlichen Angelegenheiten zum Privileg der wenigen geworden sind, folgt, wie schon Hannah Arendt betonte, der Tod der öffentlichen Freiheit auf dem Fuße. Genau dies ist in den vergangenen Jahrzehnten in zunehmender und höchst besorgniserregender Weise geschehen:

Alle relevanten politischen Entscheidungen werden durch ökonomisch und politisch mächtige Interessengruppen bestimmt.

Der öffentliche Diskussionsraum wurde durch eine Ideologie extrem verengt, die ihren eigenen ideologischen Charakter leugnet

Publiziert auf Free21 am 18.01.2018, 11:58 Uhr, von Rainer Mausfeld auf www.rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BY-NC-ND 4.0

und sich zur puren Rationalität verklärt. Medien und damit der öffentliche Diskussionsraum sind durch einen extremen Grad der Homogenisierung und ideologischen Uniformität gekennzeichnet.

Ideologisch flankiert wird all dies durch die Ideologie einer ‚alternativlosen' Phantom-Mitte, die jeden fundamentalen Dissens zu ihren ideologischen Prämissen in zunehmend rabiater Weise zu delegitimieren sucht und die Grenzen eines ‚vernünftigen' und ‚zulässigen' Diskurses immer enger zieht.

Dabei folgen die journalistischen Mittel der Ächtung von Dissens nicht lediglich den repressionsstaatlichen Mitteln, sondern bereiten diese geradezu vor und eilen ihnen voraus. Es ist wenig überraschend, dass in Mainstream-Medien – die schon durch ihre ökonomischen Interessen oligarchischen, also antidemokratischen Zielen verpflichtet sind – elementare journalistische Standards längst auf der Strecke geblieben sind und höchsten noch als Verkaufsrhetorik dienen.

„Überraschend ist jedoch – zumindest für diejenigen, die nicht einem durchgehenden politischen Zynismus verfallen sind – die massiv gewachsene Bereitschaft der Leit- und Massenmedien, sich zur Diskreditierung und Delegitimierung einer jeden Form eines grundlegenden emanzipatorischen Dissens auch widerwärtigster Techniken und krudester Diffamierungen zu bedienen.

Sie scheuen sich nicht, ihr Hetz- und Verleumdungsvokabular auch aus dem propagandistischen Arsenal der Geheimdienste zu beziehen. Besonders wirksame und somit besonders beliebte Diffamierungsbegriffe sind ‚Verschwörungstheorie' und ‚Querfront'. Im medialen Gleichschritt betriebene Diffamierungen unliebsamer Kritiker ersetzen zunehmend den Austausch über politische Argumente und führen zu einer medialen Verrohung des öffentlichen Diskussionsraumes.

Durch ihren der Ideologie der ‚Alternativlosigkeit' verpflichteten Kampagnenjournalismus zerstören die Mainstream-Medien systematisch alle noch verbliebenen mageren Standards einer Debatten- und Argumentationskultur – und damit die entscheidende Grundlage einer Demokratie.

Zur Überwindung dieser neoliberalen Ideologie der Alternativlosigkeit bedarf es eines breiten, vitalen, kritischen Spektrums alternativer Medien. Doch damit ist es nicht getan, denn es geht um sehr viel mehr, es geht um die Ermöglichung von Demokratie selbst. Es geht – in den Worten des großen liberalen Philosophen John Dewey aus dem Jahr 1935 – um die Frage, „wie weit echte geistige Freiheit und soziale Verantwortung in irgendeinem größeren Umfang unter den Bedingungen der bestehenden Wirtschaftsordnung überhaupt möglich sind".

Die Schaffung alternativer Medien kann also kein Selbstzweck sein. Es wäre ein Missverständnis, die Aufgabe alternativer Medien lediglich darin zu sehen, die Mainstream-Medien durch ein alternatives Angebot zu ergänzen und so gleichsam ein Heilpflaster gegen deren gröbste Verzerrungen und schlimmste Exzesse zu sein. Unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen würden durch die gewaltige Asymmetrie der Machtverhältnisse auch beliebig viele ‚alternative' Wahlmöglichkeiten zu den Mainstream-Medien das eigentliche Problem nicht beheben können.

Solange es Medien gibt, die durch die ökonomisch-politische Macht, in die sie eingebunden sind, den öffentlichen Diskussionsraum dominieren, kann es keine Demokratie geben. Es geht also nicht darum, derartige Medien lediglich durch sogenannte alternative Medien zu ergänzen. Es geht darum, alle Medien mit den Anforderungen einer Demokratie verträglich zu machen und Bedingungen zu schaffen, unter denen freie und plurale Medien einen für alle gleichberechtigt zugänglichen öffentlichen Diskussionsraum schaffen.

Erst wenn in diesem Sinne alle Medien ‚alternative Medien', also freie Medien, geworden sind, kann Demokratie mehr bedeuten als lediglich eine Wahloligarchie ökonomischer und politischer Machteliten.

Die alternativen Medien sind zweifellos ein wesentliches Mittel, um ein für das weitere Schicksal unserer Zivilisation vermutlich entscheidendes Ziel zu erreichen: nämlich die Grundlagen für eine wirkliche Demokratie zu schaffen. Erst wenn wir einen freien und für alle gleichberechtigt zugänglichen öffentlichen Diskussionsraum bereitstellen können und über hinreichend wirksame Schutzmechanismen verfügen, die verhindern, dass kleine oligarchische Interessengruppen den öffentlichen Diskussionsraum dominieren, können wir den Weg einer wirklichen Demokratisierung aller gesellschaftlichen Lebensbereiche beschreiten.

„Der öffentliche Diskussionsraum ist das Herzstück der Demokratie. Wer ihn systematisch zu behindern, einzuschränken und zu zerstören sucht, ist ein Feind und Totengräber der Demokratie. Er begräbt damit einen zivilisatorischen Traum, der angesichts historischer Erfahrungen zu den bedeutendsten Errungenschaften unserer Zivilisationsentwicklung gehört.

Helfen Sie uns bitte
bei unserer Arbeit
mit einer Spende!

Free21

Nutzen Sie bitte dazu folgendes Konto:

Empfänger: VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, **IBAN:** DE84 4306 0967 1185 9021 00, **Verwendungszweck:** FREE21 oder **per Paypal:** verein@free21.org

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Autor:

Rainer Mausfeld

Geb. 1949, studierte Psychologie, Mathematik und Philosophie. Arbeitet im Bereich der Kognitionsforschung und untersucht die Natur der angeborenen Bedeutungskategorien unseres Geistes, auf denen alle psychischen Prozesse beruhen. Derzeit Professor für Allgemeine Psychologie an der Universität Kiel.

Dieser Text wurde zuerst am 23.12.2017 auf rubikon.news unter der URL ‹https://rubikon.news/artikel/der-leise-tod-der-offentlichen-debatte› veröffentlicht. (Lizenz: CC BY-NC-ND 4.0)

‹http://www.free21.org/?p=28670›

Sahra Wagenknecht - Rede beim Bundesparteitag DIE LINKE. Quelle: https://www.flickr.com/photos/die_linke/34423891783/, Lizenz: CC BY 2.0.

Wagenknecht stellt **Machtfrage**

Und keiner will es mitbekommen.

von Hermann Ploppa

So kennen wir sie, unsere Heilige Johanna des Bundestags: Am Rednerpult, im schicken roten Kleid, stilgerecht vor dem knallroten Hintergrund. Der Jubel eilt ihr voraus. Sahra Wagenknecht, die elegante Exotin zwischen lauter grauen Ärmelschonern.

Frau Wagenknecht ist der unangefochtene Top-Act beim politischen Jahresauftakt der Linkspartei im Berliner Kino Kosmos am 14. Januar 2018. Die Massen füllen den Saal, und vor dem Saal sind auch noch Massen. Das ist ein Pfund, mit dem die Linkspartei gegen ihre politischen Mitbewerber wuchern könnte, wenn sie es nur wollte: Nämlich einen gewissen Bewegungscharakter an den Tag zu legen (1).

Und die Aufregung ist groß. Denn tags zuvor hatte die rote Sahra in einem Interview geäußert, sie könne sich die Gründung einer neuen politischen Sammlungsbewegung vorstellen. Die immer auf Hauen und Stechen geeichte Mainstreampresse machte daraus, Wagenknecht und ihr Gatte Oskar Lafontaine wollten quasi die Linkspartei von außen her zerschlagen. Bereitwillig nahmen Sahras innerparteiliche Lieblingsfeinde den von außen zugeworfenen Ball auf, um sich von allen gefühlten Spaltungstendenzen abzugrenzen.

Spannung also im kosmischen Kinosaal. Und dann kommt die Zeremonienmeisterin auf die angedachte Sammlungsbewegung zu sprechen. Die Linkspartei sei ja ganz toll, und dass man bei der letzten Bundestagswahl 500.000 Stimmen hinzugewinnen konnte, sei ja wohl auch nicht schlecht, oder? Das stimmt. Und jeder weiß, dass die Linkspartei diesen Zuwachs nur der tapferen Sahra zu verdanken hat. Denn im Osten war die Linkspartei ganz erbärmlich abgeschmiert. In Westdeutschland dagegen konnte Frau Wagenknecht durch ihre unermüdlichen Talkshow-Auftritte von Martin Schulz angewiderte SPD-Stammwähler erstmals für ein Kreuzerl bei der Linkspartei gewinnen. Das ist ja wohl hoffentlich auch den anwesenden Linksparteibürokraten klar.

Und dann sagt die elegante Rotgekleidete etwas, das man im Saal und an den Parteistammtischen sicher gerne zum einen Ohr rein- und zum anderen Ohr wieder rauslassen möchte: zehn Prozent für die Partei sind ja ganz toll, aber – damit kann man doch keine andere Politik erzwingen! Und dann hat sie noch Jean-Luc Mélenchon mitgebracht, den Mann, der in Frankreich um ein Haar in die Stichwahl zur Präsidentschaft gekommen wäre, wenn nicht rein zufällig terroristische Attentate Law-and-Order-Themen nach vorne geschoben und auf diese Weise die mit diesen Themen eher vertraute Kandidatin Marine Le Pen bevorteilt hätten…

Um Gotteswillen! Will die Wagenknecht womöglich nicht nur auf hohem Niveau jammern, sondern tatsächlich die Machtfrage stellen? Sollen wir etwa die Ärmel aufkrempeln und zupacken?

Hier wird's problematisch. Mit DIESER Linkspartei ist kein Machtwechsel in Deutschland durchführbar. Oder glaubt das jemand im Ernst? Die Linkspartei ist eine verlangsamte politische Stimmungsbremse. Das liegt an ihrem Patchwork-Charakter. In der Linkspartei gibt es die seniorischen ehemaligen SED, KPD- und DKP-Kämpfer. Sie sind zwar bewegungsmotiviert, aber müde und können sich den Stress des politischen Kampfes nicht mehr selber zumuten. Dann gibt es die West-Einsteiger aus der ehemaligen WASG – ausgestiegene Sozialdemokraten und Gewerkschaftsfunktionäre. Sie sind eher gewohnt, im Sitzen am Schreibtisch zu kämpfen. Und schließlich die jungen Karrieristen. Als jungem Menschen stehen dir bei der Linkspartei alle Türen offen. Da die Partei hoffnungslos überaltert ist, werden junge Mitglieder schnell in die Vorstandsposten hinauf gewunken, denn von den Wahlplakaten sollen junge Gesichter für die Linke werben.

Leider wird weniger auf die politische Grundüberzeugung geschaut als auf das Alter. So wurden ganze Jugend- und Ortsverbände von USA- und Netanyahu-Fans übernommen, die mit den Ursprüngen der Linken rein gar nichts mehr am Hut haben. Harte Abwehrkämpfe z.B. im Linkspartei-Jugendverband solid Niedersachsen dokumentieren das ganze Dilemma.

Und Nachwuchsaufsteiger wie Stefan Liebich oder Klaus Lederer gefallen sich darin, eine Politik in Berlin zu unterstützen, die zum Verkauf von 65.000 kommunalen Wohnungen an Heuschrecken geführt hat.

Für diese Politiker gehört die Mitgliedschaft in transatlantischen exklusiven Clubs wie Atlantikbrücke zum guten Ton.

Es dürfte klar sein, dass Sahra Wagenknecht in dieser Partei eigentlich fehl am Platz ist. Das Links-Establishment duldet die Überzeugungstäterin zähneknirschend und mit geballten Fäusten im aschgrauen Sakko. Einstweilen noch, denn ohne die Heilige Johanna, die alle gut finden, würde man wahrscheinlich bald im po-

Mélenchon ist ein linker französischer Politiker. Trat bei der der Präsidentschaftswahl 2017 für die von ihm gegründete Partei La France insoumise an und erhielt 19,58 % der Stimmen. Seit Juni 2017 ist er Abgeordneter in der französischen Nationalversammlung.Quelle: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Jean-Luc_Mélenchon_visita_Quito_(9301728809).jpg, Foto: Axel Hindemith, Lizenz: CC-BY-SA 3.0.

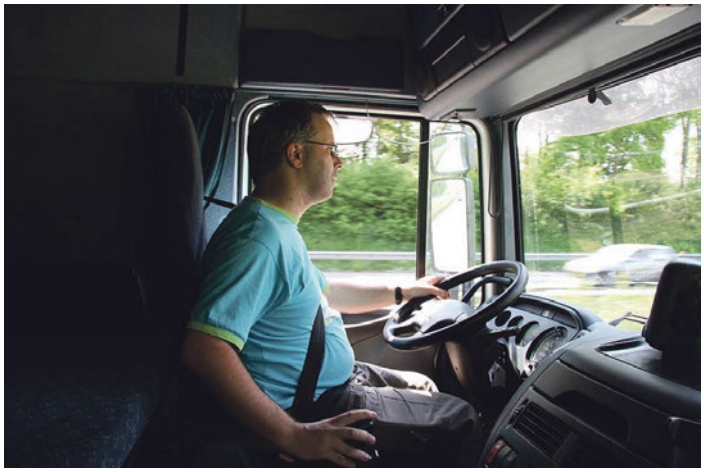
Publiziert auf Free21 am 25.02.2018, 16:00 Uhr, von Hermann Ploppa auf www.rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BY-NC-ND 4.0

litischen Nirwana enden. Es stellt sich die Frage, ob Sahra Wagenknecht gut beraten ist, jetzt die Machtfrage zu stellen? Wenn die Linkspartei-Bürokraten sie aus ihrer Organisation herausmobben, steht sie dann nicht selber vor dem politischen Aus?

Es gibt nämlich noch immer keine politische Sammlungsbewegung. Noch nicht einmal andeutungsweise. Noch immer wird nämlich auf hohem Niveau gejammert, aber immer noch kommt keiner auf die Idee, die Machtfrage zu stellen: das heißt, einen konsistenten Gegenentwurf zum marktradikalen Wahnsinn zu versuchen. Tatsache ist auch, dass wir noch nicht einmal ein klares Bild darüber haben, wer uns hier eigentlich mit welchen Tricks in immer tiefere Enteignung und Entmündigung führt. Erst so langsam dämmert uns, dass unsere Zivilgesellschaft von kriminellen Netzwerken so richtig gekapert wurde und wird. Leute, die im Dunkeln arbeiten, weil sie genau wissen, dass sie für ihre Agenda niemals eine demokratische Mehrheit erlangen können. Netzwerke, die seit Jahrzehnten Generationen übergreifend an der vollständigen Durchdringung und feindlichen Übernahme öffentlichen Eigentums arbeiten und feilen.

Den Enteigneten und Entmündigten wird so langsam klar, dass sie sich wehren müssen. Und diesmal, im Jahre 2018, ist die Basis des Widerstandes viel, viel breiter als im Jahre 1968, vor nunmehr einem halben Jahrhundert. Damals stellte der Soziologe Herbert Marcuse zutreffend fest, dass nur noch Randgruppen wie ethnische und sexuelle Minderheiten sowie Studenten in der Lage seien, über die Logik der kapitalistischen Sachzwänge hinweg zu schauen und eine grundsätzlich andere Gesellschaftsordnung zu entwerfen.

Das sieht jetzt ganz anders aus, denn jeden Tag werden von der Monstermaschine des real existierenden Kapitalismus immer mehr Menschen ausgestoßen und erniedrigt. Es betrifft nicht nur die bulgarischen LKW-Fahrer, die als moderne Lohnsklaven in ihren Kabinen vor sich hin vegetieren. Es betrifft auch die mittelständischen Unternehmer, denen durch die Zerschlagung der Sparkassen und Genossenschaftsbanken der Saft des Lebens, nämlich die Vorfinanzierung ihrer Unternehmungen, gewaltsam entzogen wird. Es betrifft ausgebildete Fachkräfte im Sozial- und Gesundheitsbereich, die zu immer niedrigeren Gehältern immer schlechtere Arbeit ausführen müssen. Der Marktradikalismus will den Menschen zur eierlegenden Wollmilchsau degradieren. Das heißt: das Widerstandspotential reicht einmal quer durch die Gesellschaft, durch alle Schichten und alle politischen Milieus. Ein explosives Potential. Die Angst der Enteigner, dass sich Paketbote und Dachdeckermeister, Leiharbeiter und Lehrer so gut verstehen könnten, dass sie die Usurpatoren mal eben abschütteln, findet ihren beredten Ausdruck in dem ebenso diffamierenden wie demagogischen Schmierwort von der „Querfront“.



LKW Fahrer.Quelle: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Truckdriver.jpg, Foto: Veronica538, Lizenz: CC-BY 3.0.

Kurzum, allen ist klar: wenn es einfach so weitergeht wie jetzt, rasen wir geradewegs mit Hundertachtzig gegen die Wand. Die Frage ist nur, wie wir mit dieser erschreckenden Tatsache umgehen. Kopf in den Sand stecken geht nicht mehr.

Wenn man so vom Gegner zu Boden geschlagen worden ist, wie es uns nun gerade passiert ist, sollte man sich anschauen, wie der Gegner diese Leistung vollbracht hat. Und wenn man sich die nunmehr siebzigjährige Machtergreifungstaktik anschaut, kann das nur heißen: Wir müssen jene versprengten Wissenschaftler endlich in einem Netzwerk zusammenbringen, die nicht einverstanden sind mit dem Marktradikalismus. Wir müssen außeruniversitäre Denkfabriken gründen, denn die Unis sind jetzt von den Marktradikalen okkupiert. Die zahlreichen, aber versprengten Initiativen müssen an diese Denkfabriken angeschlossen werden, so dass nicht das Rad ständig neu erfunden werden muss. Wenn sich das Dorf Jühnde erfolgreich von Energieeinfuhren unabhängig gemacht hat, können andere Kommunen diese Erfahrungen für sich nutzbar machen. Neue Wege werden überall beschritten, und es ist wichtig, diese Ansätze zu systematisieren und durch professionelle Medienleute den Menschen draußen im Lande zu vermitteln.

Es ist auch nicht zu verstehen, warum Frau Wagenknecht so wenig konstruktive Vorschläge einfallen. Ein Mindestlohn von zwölf Euro ist zwar wünschenswert. Aber ein wirklicher Systemwechsel sieht anders aus. Es geht unter anderem darum, das gestohlene öffentliche Eigentum an die Öffentlichkeit zurückzugeben, und genossenschaftliche,

Free21

Das Magazin als Druck-Abo:

Erscheinung jeden 2. Monat

10 Magazine pro Abonnent und Ausgabe

10,-/Ausgabe

free21abo.de

Jühnde hatte das Ziel, seinen kompletten Energiebedarf durch regenerative Energieträger zu decken, was nach einer mehrjährigen Vorbereitungszeit und unter umfassender Mitwirkung der Dorfbewohner im Winter 2005 erfolgreich umgesetzt wurde. (Quelle: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Jühnde_Blick_auf_den_Ort_und_Biogasanlage.jpg, Foto: Axel Hindemith, Lizenz: CC-BY-SA 3.0)

öffentlich-rechtliche und staatliche Einrichtungen, die sich so wunderbar über die letzten 150 Jahre bewährt haben, wieder instandzusetzen. Der Schienenverkehr muss mindestens wieder auf das Vernetzungsniveau des Jahres 1900 zurückgeführt und eng getaktet werden. Zudem muss der öffentliche Verkehr kostenlos angeboten und steuerfinanziert eingerichtet werden. Außenpolitisch werden wir uns dem Seidenstraßenprojekt zuwenden, und uns von dem absolut zerstörerischen NATO-Abenteuer verabschieden. Eine Steuerreform sorgt dafür, dass alle Steuern zentral eingezogen werden und sodann gerecht an Bund, Länder und Gemeinden verteilt werden, anstatt dass die lukrativen Steuern vom Bund abgegriffen werden.

Das fällt mir jetzt nur mal so spontan ein. Natürlich werden Wissenschaftler dann sagen: Das geht nicht. Wirklich nicht? Das sollten wir doch mal von unabhängigen Wissenschaftlern überprüfen lassen…

Die Geschichte lehrt: Es gab immer eine Pendelbewegung. Das Pendel schwang einmal mehr zu Gunsten jener „Schule", die sagte: Solidarität ist schlecht, hin zu jener Richtung, die sagte: Nur solidarisches Handeln bringt gute Ergebnisse. Jetzt ist das Pendel lange Zeit in Richtung Egoismus und Darwinismus ausgeschlagen. Es ist höchste Zeit, das Pendel wieder in die andere Richtung schlagen zu lassen.

Wir sollten, um darauf mal zurück zu kommen, vielleicht doch versuchen, für die nächste Bundestagswahl im Jahre 2021 den Bernie Sanders-, Jean-Luc Mélenchon- oder auch Jeremy Corbyn-Effekt für Deutschland anzuwenden. Nicht, um die Illusion zu nähren, man könne mit Wahlsiegen Systemwechsel erzwingen. Das geht nicht.

Aber erstens könnte man am Beispiel der USA, Frankreich oder Großbritannien zeigen, dass vernünftige Positionen durchaus mehrheitsfähig sind. In diesem Prozess der kollektiven Bewusstwerdung würden en passant auch neue Verbindungen und Vernetzungen gestiftet, die man für die außerparlamentarische Veränderung der Gesellschaft wunderbar einsetzen könnte. Und da kommt eventuell auch wieder Sahra Wagenknecht ins Spiel. Wenn wir endlich in die Pötte gekommen sind und die dringend notwendige Sammlungsbewegung auf die Beine gestellt haben, wäre eine so begabte Politikerin wie Sahra Wagenknecht eine wertvolle Ergänzung.

Anstatt sich jetzt politisch mit dem verfrühten Versuch einer Sammlungsbewegung zu verbrennen, sollte Sahra Wagenknecht vielleicht noch ein bisschen im Intrigantenstadl der Linkspartei ausharren, bis die Zeit wirklich reif ist für eine starke Sammlungsbewegung.

Anmerkung:

(1) Es ist nicht nachzuvollziehen, wie wenig die Linkspartei aus ihrem großen Erfolg im Berliner Kosmos-Kino macht. Die Video-Mitschnitte werden weder groß aufgearbeitet noch beworben. Die Rede von Mélenchon wird nicht übersetzt, obwohl die Übersetzung im Saal auf Großleinwand projiziert wird. Angesichts der durchaus erwähnenswerten finanziellen und personellen Mittel der Linkspartei kann man nur schließen, dass das Ereignis so schnell wie möglich der Vergessenheit überantwortet werden soll.

Quellen:

[1] Ullrich Mies/Jens Wernicke (Hg.): Fassadendemokratie und tiefer Staat – Auf dem Weg in ein autoritäres Zeitalter. Wien 2017.

[2] Hermann Ploppa: Die Macher hinter den Kulissen – Wie transatlantische Netzwerke heimlich die Demokratie unterwandern. Frankfurt 2014.

[3] Naomi Klein: Die Schock-Strategie – Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus. Frankfurt 2009.

Autor:

Hermann Ploppa

Hermann Ploppa ist Politologe und Publizist. 2014 erreichte Ploppa eine größere Öffentlichkeit mit seinem Buch „Die Macher hinter den Kulissen – Wie transatlantische Netzwerke heimlich die Demokratie unterwandern. Er hat zahlreiche Artikel über die Eliten der USA veröffentlicht, u.a. über den einflussreichen Council on Foreign Relations. Daneben produzierte Ploppa Features über Sri Lanka und Burma für den Deutschlandfunk.

Dieser Text wurde zuerst am 18.01.2018 auf https://www.rubikon.news/ unter der URL ‹https://rubikon.news/artikel/wagenknecht-stellt-machtfrage› veröffentlicht.

Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BY-NC-ND 4.0

‹http://www.free21.org/?p=28818›

Der alltägliche Krieg in unseren Köpfen

Teilen, Abwerten, Töten: Wie man „Kopfkino“ und „falsche Filme“ stoppen und damit aus der Gewaltspirale aussteigen kann.

von Christiane Borowy

(Foto: pixabay / CCo)

Kennen Sie das? Sie fahren gerade Auto, jemand schneidet ihnen die Vorfahrt ab und zwingt Sie zur Vollbremsung, oder Sie fahren mit der Deutschen Bahn und ihr Zug bleibt kurz vor der Ankunft am Ziel im Nirgendwo mit der Begründung „Personenschaden“ stecken? Sie sind auf einem Friedenscamp und befinden sich plötzlich fassungslos in einer Debatte darum, wer der Bessere der Besseren ist, der Veganer oder der Vegetarier? Sie schreiben jemandem eine Email, und derjenige antwortet einfach nicht? Je nach Temperament schweigen Sie resigniert, oder ziehen sich zum Beispiel aus der Politik oder aus einer Beziehung zurück, damit Ruhe und Frieden herrscht. Doch in ihrem Inneren redet es unaufhörlich! Das, was im Inneren oft unbemerkt abläuft, steht dem, was wir im kriegerischen Weltgeschehen als Eintritt in die Gewaltspirale durch „Trennen, Abwerten, Töten“ (Ganser) wahrnehmen können, oft in Nichts nach! Wie kann man mit Achtsamkeit seinen inneren Eintritt in die Gewaltspirale stoppen?

Eine Hammergeschichte

Mir ist aus meiner Schulzeit ein Comic in Erinnerung geblieben, der sehr treffend, aber humorvoll beschreibt, was passieren kann, wenn man sich allein aufgrund von Vorurteil innerlich von einer Person trennt und die Beziehung gewaltsam beendet. Während meines Studiums begegnete mir die Geschichte dann bei Paul Watzlawick in seinem Buch „Anleitung zum Unglücklichsein“ erneut:

„Ein Mann will ein Bild aufhängen. Den Nagel hat er, nicht aber den Hammer. Der Nachbar hat einen. Also beschließt unser Mann, hinüberzugehen und ihn auszuborgen. Doch da kommt ihm ein Zweifel: Was, wenn der Nachbar mir den Hammer nicht leihen will? Gestern schon grüßte er mich nur so flüchtig. Vielleicht war er in Eile. Vielleicht hat er die Eile nur vorgeschützt, und er hat was gegen mich. Und was? Ich habe ihm nichts getan; der bildet sich da etwas ein. Wenn jemand von mir ein Werkzeug borgen wollte, ich gäbe es ihm sofort. Und warum er nicht? Wie kann man einem Mitmenschen einen so einfachen Gefallen abschlagen? Leute wie dieser Kerl vergiften einem das Leben. Und dann bildet er sich noch ein, ich sei auf ihn angewiesen. Bloß weil er einen Hammer hat. Jetzt reicht´s mir wirklich. - Und so stürmt er hinüber, läutet, der Nachbar öffnet, doch bevor er ‚Guten Tag‘ sagen kann, schreit ihn unser Mann an: ‚Behalten Sie Ihren Hammer‘.“

Die Geschichte bricht ja glücklicherweise an der Stelle ab.

Jeder kann sich nun selbst überlegen, wie es wohl weitergehen könnte, und sich die Frage stellen: Wie reagiert der Nachbar? Was wäre, wenn dessen Aktionen und Gefühle auch auf Vorurteilen basieren, die er sich beispielsweise von seinem „schon immer so impulsiven und komplett irrationalen“ Nachbarn gemacht hat? Was würde passieren, wenn er aus Angst, dass ihn der brüllende Nachbar umbringen will, schneller sein will und zur Waffe greift?

Ich überlasse Sie an dieser Stelle Ihrer eigenen Phantasie.

Unsere Beziehungen erfahren häufig eine große Belastung oder gehen sogar in die Brüche, wenn wir uns durch negative Annahmen über einen anderen Menschen in eine Trennung hineindenken, die es in Wahrheit gar nicht gibt.

Was ist da los? Was ist gut daran, sich Urteile über einen Menschen zu bilden und dann sein Handeln allein nach diesem Urteil auszurichten?

Komponenten der Gewaltspirale: Teilen, Abwerten, Töten (TAT)

TAT im Äußeren: Der Schweizer Historiker Dr. Daniele Ganser bündelt ein wesentliches Muster der Entstehung von Kriegen und Gewalt in der Formel „T.A.T.“ das heißt „Teilen, Abwerten, Töten“. Demzufolge fängt die Gewaltspirale schon vor der eigentlichen Gewalttat an, und zwar dadurch, dass man Menschen teilt, also voneinander trennt, beispielsweise entlang religiöser Zugehörigkeit oder anderer homogener/heterogener Gruppenmerkmale, wie sie zum Beispiel die Soziologen Elias und Scotson empirisch untersucht haben („Etablierte und Außenseiter“). Die so getrennten Gruppen beginnen sich gegenseitig abzuwerten und zu beleidigen, bezeichnen die anderen beispielsweise als Tiere - „die Schweine“, „Zecken“, „die Ratten“ etc. Dadurch sinkt die Hemmschwelle zur Gewalt, weil es legitimer erscheint, Tiere zu jagen und zu töten, als ebenbürtige Menschen zu erschießen, so wie einst beispielsweise Präsident George W. Bush in seiner Rede kurz nach dem 11. September 2001 sagt, dass die Vereinigten Staaten diejenigen „jagen und bestrafen“ werden, die ihrer An-

Publiziert auf Free21 am 08.02.2018, 13:27 Uhr, von Christiane Borowy auf www.rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BY-NC-ND 4.0.

sicht nach für die Anschläge verantwortlich sind: „Make no mistake, the United States will hunt down and punish those responsible for these cowardly attacks.“ [1]

Die Geschehnisse in der Welt lassen sich scheinbar nur wenig beeinflussen, noch dazu, wenn eine Machtelite, die nur 1% der Gesamtbevölkerung der Welt ausmacht, die Geschicke der anderen 99% lenkt.

Wie könnte man verhindern, dass einer kleinen Elite die Manipulation so gut gelingt?

Vielleicht ist es möglich, wenn sich die anderen 99% der Gesamtbevölkerung der Welt darüber klar würden, dass sie tagtäglich in ihrem Innern den Einstieg in die Gewaltspirale ebenso ablaufen lassen wie „die da oben“.

TAT im Inneren: Kehren wir zu unserem Beispiel zurück: Der Mann, der sich den Hammer leihen will, hat sich ohne Zutun seines Nachbarn in eine Gewaltspirale manövriert. Diese einfache Geschichte veranschaulicht bildhaft, welche Komponenten in einer Gewaltspirale zusammenkommen.

Ausgangspunkt ist immer das Prinzip der Teilung, beziehungsweise (inneren) Spaltung, ein Ausstieg aus der Verbindung zu sich selbst oder einem anderen Menschen. In diesem Fall beginnt die Spaltung mit einem inneren Zweifel: „Doch da kommt ihm ein Zweifel: Was, wenn der Nachbar mir den Hammer nicht leihen will?“ Bevor er geklingelt hat, also vor der tatsächlichen Begegnung und der Möglichkeit nachzufragen „Leihst du mir deinen Hammer?“, hat er Angst („Was, wenn“), dass der Nachbar nicht hilfsbereit ist. Obwohl dieser Gedanke nichts mit der Realität außerhalb seiner selbst zu tun hat, läuft das Gedanken- und Gefühlskarussell in ihm weiter, die negativen Gedanken stapeln sich aufeinander, und er teilt auch seine Umwelt in zwei getrennte Pole ein, und zwar in hilfsbereite und egoistische Menschen: „Wenn jemand von mir ein Werkzeug borgen wollte, ich gäbe es ihm sofort. Und warum er nicht? Wie kann man einem Mitmenschen einen so einfachen Gefallen abschlagen?“

Nun wird er richtig sauer, und schließlich steigert sich sein Erleben einer Trennungsrealität („Und dann bildet er sich noch ein, ich sei auf ihn angewiesen. Bloß weil er einen Hammer hat“) zu einer Abwertung des Anderen: „Leute wie dieser Kerl vergiften einem das Leben.“ Ein Kerl ist - in abwertendem Kontext laut Duden - ein Molch. Damit ist der Nachbar für ihn kein Mensch mehr.

Jetzt ist er schon ziemlich weit in der Gewaltspirale, und er geht nach dem Klingeln sofort zum – immerhin noch verbalen – Angriff über, stürmt zu seinem Nachbarn und schreit ihn an. Wie gesagt, lässt die Geschichte offen, ob er den Nachbarn tatsächlich auch töten würde, aber die gute Beziehung zum Nachbarn ist an der Stelle in der Geschichte auf jeden Fall beendet.

Trauma als die Mutter aller Konflikte: Innere Trennung und Spaltung

Die eingangs genannten Beispiele sowie diese Geschichte veranschaulichen: Wenn es Unfrieden in zwischenmenschlichen Beziehungen gibt, dann meist deshalb, weil wir auf der Basis von falschen Urteilen, zum Beispiel: „Vielleicht hat er die Eile nur vorgeschützt, und er hat was gegen mich“ oder: „Und dann bildet er sich noch ein, ich sei auf ihn angewiesen“, handeln, ohne uns dieser Vorurteile bewusst zu sein. Die Gefühle, die diese Vorurteile und Gedanken auslösen können, bleiben ebenfalls unreflektiert: „Jetzt reicht´s mir wirklich.“ Wir halten das, was in unseren Köpfen vorgeht, für real und wahr, wir identifizieren uns damit und SIND dann unsere Gedanken und Gefühle: „Und so stürmt er hinüber, […] bevor er ‚Guten Tag‘ sagen kann, schreit ihn unser Mann an.“

Paul Watzlawicks Geschichte vom Mann, der sich einen Hammer leihen will, ist so anschaulich, dass sie Eingang in einen Comic für Vorschulkinder gefunden hat. Sie zeigt auf, wie leicht es ist, in eine Gewaltspirale zu geraten.

Doch warum machen wir das überhaupt? Spätestens seit George Herbert Mead und dem symbolischen Interaktionismus ist bekannt, dass der Mensch ein soziales Wesen und damit auf die harmonische Beziehung zu anderen Menschen angewiesen ist.

Warum passiert es dennoch relativ häufig, dass Menschen in eine Gewaltspirale geraten, obwohl es, so betrachtet, selbstschädigendes Verhalten ist, Beziehungen zu anderen Menschen zu beenden?

Weil wir es so gelernt haben, wenn man dem Glücksforscher Daniel Hess Glauben schenken darf. In seinem Buch „Glücksschule“ weist er darauf hin:

> „Mit dem Unterdrücken, Verdrängen oder Abspalten von Gefühlen, Bedürfnissen und Verhaltensweisen beginnt die innere Trennung. […] Ebenso gehört zu dieser gelernten Wahrnehmung der Realität, dass wir uns mit dem Gedankenstrom identifizieren, der alles in voneinander getrennte Elemente einteilt, benennt sowie bewertet und der gewisse dieser Elemente anstrebt, während er andere ablehnt und loszuwerden versucht.“

Der ursprüngliche Konflikt besteht vereinfacht gesagt darin, dass unser Innenleben zu einem prägenden Zeitpunkt im Leben nicht zu den Verhältnissen in der Außenwelt gepasst hat.

Der Münchner Psychologie-Professor Franz Ruppert bringt es wie folgt auf den Punkt:

> „Und psychische Spaltungen sind eine Folge von Traumata. Dann haben wir kein gesundes Ich mehr zur Verfügung und auch keinen eigenen Willen. Dann werden wir immer mehr von äußeren Faktoren gesteuert und von unseren nicht verarbeiteten Ängsten, unseren Wut- und Schamgefühlen.“

Wir tun das, weil wir diese Verhaltensweisen im Laufe unserer Entwicklung erlernt haben. Sie haben unsere Existenz gesichert. Somit ist an der inneren Trennung und Spaltung per se nichts falsch. Schlimm für uns selbst und andere ist nur, wenn wir nicht mehr wahrnehmen, dass wir damit wieder aufhören können.

Nur: Wie kann man mit etwas aufhören, von dem man nicht mehr realisiert, dass man überhaupt damit angefangen hat? Gelernt ist eben gelernt und damit zur Gewohnheit geworden. Wie kann ich das „Kopfkino“ verlassen und dem alles in getrennte Elemente einteilen wollenden „Gedankenstrom“ entsteigen? Wie kann ich letztlich den Konflikt befrieden und den Einstieg in die Gewaltspirale stoppen?

WAUB versus TAT: Wahrheit, Achtsamkeit, Umkehr und Beziehung als Weg der Transformation

So wie die Formel TAT die Komponenten einer Gewaltspirale im Äußeren beschreiben kann, stellt WAUB eine ähnlich greifbare Formel dar, die das positive Gegenteil beschreiben kann: Welche Komponenten gehören dazu, dass Konflikte gewaltfrei gelöst werden?

Wahrheit: „Stimmt das?“

> „Mein Kind, was werden wir nun sprechen?“, fragt Papageno in Mozarts Zauberflöte, als sie in der Klemme sitzen, und Pamina antwortet ihm: „Die Wahrheit! Die Wahrheit! Und wär‘ sie auch Verbrechen“.

Die Suche nach und die Konfrontation mit der Wahrheit im Sinne sachlicher und schonungsloser Selbstreflexion ist laut Ruppert der einzige Ausweg aus Trauma und (selbst-)zerstörerischem Verhalten.

Ruppert, der immer wieder in seinen Vorträgen und Interviews darauf hinweist, dass es beinahe unmöglich ist, nicht trauma-

Publiziert auf Free21 am 08.02.2018, 13:27 Uhr, von Christiane Borowy auf www.rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BY-NC-ND 4.0.

tisiert zu sein, empfiehlt jedem Menschen, sich mit der Wahrheit über die erfahrenen Traumata zu konfrontieren, sie verstehen und damit heilen zu lernen.

So wie im politischen Weltgeschehen Wahrheit und Aufklärung über gesellschaftliche Missstände der Heilung dienen, verhält es sich auch mit inneren Prozessen.

Die Suche nach der Wahrheit enthält immer die prüfende Frage „Stimmt das?“ und „Wie sicher bin ich, dass das Erlebte oder Erfahrene wahr ist?“

Unser Mann, der sich den Hammer ausborgen will, wäre mit dieser Frage gar nicht erst in die Gewaltspirale geraten, denn wahrscheinlich hätte er bei seiner inneren, trennenden Annahme „Vielleicht will er mir den Hammer gar nicht leihen“ gemerkt, dass er sich gar nicht so sicher sein kann, dass das wahr ist. Er hätte einfach nur überlegen müssen, wie oft ihm sein Nachbar beispielsweise schon ausgeholfen hat, und dabei hätte er vielleicht gemerkt, dass der Nachbar ihm schon viermal den Rasenmäher geliehen, dreimal auf die Kinder aufgepasst und beim Ausheben der Baugrube für den Gartenteich geholfen hat.

Achtsamkeit: „Was denke und fühle ich gerade?“

Einen weiteren Beitrag zum Ausstieg aus der inneren Gewaltspirale leistet Achtsamkeit. Achtsamkeit meint das Hinterfragen und Beobachten dessen, was ich in einem bestimmten Moment, in einer bestimmten Situation denke und fühle. Dabei ist wichtig, dass ich mich nicht mit den Gedanken und Gefühlen identifiziere, sondern eine Art Zuschauer im Theater meiner Gedanken und Gefühle bin.

Wenn unser Mann ohne Hammer nicht geprüft hätte „Stimmt das?“, dann hätte er mit Achtsamkeit den Eintritt in den Sog der Gewaltspirale noch verhindern können, indem er gemerkt hätte: „Ich fühle mich unruhig.“ und „in mir kommen zweifelnde Gedanken auf“. Das hätte er zunächst wahrnehmen und beobachten können, bevor er zum Nachbarn aufbricht. Dann hätte er Ursachenforschung betreiben können, warum er denn so unruhig ist und die Hilfsbereitschaft seines Nachbarn anzweifelt. Vielleicht hat er das schon öfter so erfahren. Dann hätte er aber merken können, dass er aufgrund vergangener Erfahrungen so denkt und fühlt und dass das folglich nichts mit der aktuellen Situation beziehungsweise dem Nachbarn zu tun hat.

Umkehr: „Wie wäre es, wenn das Gegenteil der Fall wäre?“

Mit dem Prinzip der Umkehr von Aussagen und dem Hinterfragen von Gedanken und Gefühlen ist die amerikanische Lehrerin und Buchautorin Byron Katie [2] und die von ihr entwickelte Methode „The Work“ bekannt geworden.

Das Umkehren der Gedanken, Aussagen und Annahmen über sich oder eine Situation bewirkt in praktischer Weise das, was Foucault als „Das Andere denken“ bezeichnet hat, und ist ein Schritt zur Erkenntnis nicht nur über sich selbst, sondern über sich hinaus. Wenn ich das Gegenteil von dem denke, was ich bisher gedacht habe, fühle ich auch etwas anderes.

In unserem Beispiel könnte der Gedanke, der die Wut unseres Mannes weiter gesteigert und die Abwertung veranlasst hat („Leute wie dieser Kerl vergiften einem das Leben“) umgekehrt lauten: „Leute wie ich vergiften mir das Leben“ oder „Leute wie mein Nachbar bereichern einem das Leben“.

Hätte er dann geprüft, wieder in Achtsamkeit, wie er sich fühlt, wenn er diese Gedanken denkt, wäre die Wut möglicherweise verschwunden.

Hilfreich bei der Umkehr ist der Weg in die Empathie. Man löst sich von sich selbst und wendet sich in gedanklich positiver Weise zum anderen Menschen hin. Das wiederum führt zur Auflösung der Gewaltspirale, denn man tritt in **Beziehung:** „Was möchte ich, was mein Gegenüber?“

> „Achtsamkeit bedeutet zu erspüren und zu respektieren, was dem Gegenüber ein Herzensanliegen wäre.“ (Klaus Huber)

Wenn ich erst so weit bin, dass ich mich von meinen negativen Gedanken mittels Umkehr gelöst und mich dem anderen Menschen zugewandt habe, fangen echter Kontakt und Beziehung an, weil ich überhaupt erst jetzt erfassen kann, welche Gedanken und Gefühle mein Gegenüber hat. Frieden bedeutet, im Kontakt zu den eigenen Gedanken und Gefühlen zu sein, d.h. sie wahrzunehmen, anstatt sich mit ihnen zu identifizieren, und gleichzeitig im Kontakt mit dem zu sein, was ein Anderer denkt und fühlt.

Unser Mann in der Geschichte hat alle bisher genannten Möglichkeiten des Verhinderns von Gewalt ausgelassen und die Frage nach dem, was ihn mit dem Nachbarn verbindet, wäre noch eine Chance zum Frieden gewesen.

Er hinterfragt jedoch weder sich, noch fragt er beim Läuten an der Tür seinen Nachbarn, ob er vielleicht einen Hammer hat und ihm den leihen mag. Er denkt überhaupt nicht darüber nach, ob Hilfsbereitschaft etwas ist, das ihn eher mit seinem Nachbarn verbindet, weil man sich oft schon gegenseitig geholfen hat. Außerdem kommt er gar nicht auf die Idee, dass er seinem Nachbarn keine Freude macht, wenn er ihn anschreit.

Es findet weder im Innern noch im Äußeren ein Gespräch, ein Dialog statt, sondern er agiert nur seinen inneren Vorstellungen und Vorurteilen entsprechend, ohne den Nachbarn auch nur an einer Stelle einzubeziehen.

Innerer und äußerer Friede müssen kultiviert werden

Frieden durch Empathie und Achtsamkeit zu erreichen, ist eine Frage der Kultur. Es bedarf der Arbeit und Pflege, wie Byron Katie selbst sagt (ihre Methode heißt nicht umsonst „The Work“), um in Konfliktsituationen ungute Gedanken und Gefühle zu transformieren.

Es kommt dabei nicht darauf an, sich schlechte Gedanken und Gefühle „wegzumachen“, sie nicht haben zu wollen. Das würde nur in die Verdrängung und weitere Abspaltung führen.

Vielleicht versuchen wir, uns liebevoll auch unserer „schlechten“ Gedanken anzunehmen und wahrzunehmen, wenn wir einen „geheiligten Zorn“ verspüren. Es kommt auf die Umwandlung an.

Harmonische Beziehungen fallen nicht vom Himmel, wir können sie entwickeln und daran wachsen. Das braucht manchmal Zeit, doch vielleicht lohnt es sich, wenn wir sie uns nehmen, denn wir werden mit Glück, Frieden und Liebe belohnt.

Quellen:

[1] **The Guardian: The US will hunt down and punish those responsible for these attacks,** *<https://www.theguardian.com/world/2001/sep/12/september11.usa15>*

[2] **Byron Katie,** *<https://de.wikipedia.org/wiki/Byron_Katie>*

Autor:

Christiane Borowy

Jahrgang 1968, ist Soziologin, Sozialpsychologin, Körperpsychotherapeutin und Sängerin. Sie ist „schon immer“ Teil der Friedensbewegung gewesen und seit Ende 2015 Leiterin des „borowita – Institut für Sozial-Kulturelle Arbeit“. Mit ihren Seminaren zur persönlichen und politischen Bildung, beispielsweise mit „Mit Achtsamkeit die Friedensbewegung stärken“, setzt sie ihre Vision harmonischer Gemeinschaftsbildung um.

Dieser Text wurde zuerst am 20.09.2017 auf www.rubikon.news unter der URL ‹https://www.rubikon.news/artikel/der-alltagliche-krieg-in-unseren-kopfen› veröffentlicht. (Lizenz: CC BY-NC-ND 4.0)

‹http://www.free21.org/?p=28746›

Pixabay (Creative Commons CCo)

Wir sind **Frieden**

von Andrea Drescher

Auf den ersten Blick verbindet einen IT-Kaufmann und Unternehmensberater, einen Mode-Schneider und einen Künstler aus der Hausbesetzerszene eher wenig. Ob Alter, Wohnort oder Hobbys – nichts scheint den Dreien gemeinsam zu sein. Es ist der Wunsch, selbst aktiv zu einer friedlicheren Welt beizutragen, der sie vorantreibt und motiviert. Dieses intensive Engagement prägt ihr tagtägliches Handeln.

Paul Ettl

Geboren 1955 in Aschach an der Donau in Oberösterreich, wohnhaft in Linz, Mathematik-Studium. IT-Kaufmann & Unternehmensberater und Familienvater mit Tochter, der sich mit Modelleisenbahn und Ahnenforschung beschäftigt.

Wie kommst du zum Thema Frieden?

Paul Ettl

Seit meiner Jugend und besonders in der Studienzeit haben mich politische Themen umgetrieben. Darum habe ich neben dem Studium der Mathematik auch Politik & Philosophie belegt. So nahm ich an der Universität Salzburg Anfang der achtziger Jahre an einem der ersten Projekte im Bereich Friedensforschung teil. In den Jahren darauf blieb ich aktiv und wurde Mitglied und Mitwirkender der Universal Peace Federation (UPF) – einer internationalen Organisation. Auch in der Zeit, in der ich als Unternehmer eine eigene IT-Firma leitete, war mir die Friedensforschung immer ein wichtiges Anliegen.

Und seit wann bist du Vollzeit aktiv in der Friedensbewegung?

2010 beschloss ich, mein Leben nochmals zu verändern: ein anderer Weg, ein anderer Schwerpunkt als die IT. Angeregt durch eine Friedenskonferenz in Jerusalem, an der ich im August 2010 teilnahm, entstand die Idee der Friedensakademie in Linz. Im November gründete ich gemeinsam mit einigen Freunden den Verein, bereits 2011 führten wir erste Veranstaltungen durch.

Wofür steht die Friedensakademie?

Frieden ist für mich nicht das Gegenteil von Krieg, sondern das Gegenteil von Unfrieden. Es geht uns daher um den Frieden im *Einzelnen*, Frieden in der *Familie*, friedliche Beziehungen zwischen den *Religionen* und eine wertschätzende, friedliche *Wirtschaft*, die nicht auf Gier, Neid und Angst, sondern auf Kooperation, Wertschätzung und Gemeinwohlorientierung aufbaut. Der politisch-militärische Aspekt wird angesprochen, ist aber kein Schwerpunkt. Es gibt zahlreiche Gruppen und Initiativen, die sich mit dem politischen Frieden beschäftigen. Uns geht es um nachhaltige Friedensgestaltung. Dazu veranstalten wir Vorträge, Filmabende, Seminare, Workshops und Exkursionen. Seit November 2016 ist die Friedensakademie mit dem Qualitätssiegel für Erwachsenenbildung zertifiziert. Aktuell liegt unser Fokus auf einem Lehrgang für nachhaltige Friedensgestaltung. Umfassende Informationen findet man natürlich auf unserer Webseite.

Kann man von Friedensarbeit leben?

Nein. Ich mache das ehrenamtlich. Ich habe meine Firma verkauft, um meine Friedensarbeit bis zur Pensionsberechtigung im Jahr 2020 zu finanzieren.

Warum machst du das?

Frieden ist mir ein Herzensanliegen – und während meiner unternehmerischen Tätigkeit habe ich die Bedeutung einer werteorientierten Wirtschaft als eine der wichtigen Grundlagen erkannt. Das versuche ich auch persönlich in meinen unterschiedlichen Tätigkeiten zu vermitteln.

Bist du auch in anderen Organisationen tätig?

Oh ja. Ich engagiere mich im Bereich der Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ), bei WIR GEMEINSAM, einem Tauschkreis mit zeitbasierter Alternativwährung, bei Aktionen für das bedingungslose Grundeinkommen und für die Bank für Gemeinwohl. Mit diesen Projekten haben wir auch Kooperationen mit der Friedensakademie, und die Treffen der Regionalgruppen finden oft in unseren Räumlichkeiten statt.

Als offizieller Referent der GWÖ halte ich einen bis zwei Vorträge pro Monat, für Unternehmer, an Universitäten und Schulen und letzthin bei einem Lehrerfortbildungskongress in Bayern. Betriebe weise ich auf die Möglichkeiten und Chancen der Gemeinwohl-Bilanz hin und kümmere mich um die Vernetzung in Oberösterreich.

Ich habe den Eindruck, dass du sehr breit vernetzt bist

Ja, ich versuche überall dort vertreten zu sein, wo es um nachhaltiges und friedliches Wirtschaften geht. Und das bedeutet, nicht nur in der alternativen Szene aktiv zu sein, sondern auch im „normalen" System. So bin ich in der Lage, Brücken zwischen den verschiedenen Welten zu bauen.

Brücken zwischen Friedensaktivismus und Wirtschaftskammer?

Ja genau. Als Unternehmer war ich in der Wirtschaftskammer in verschiedenen Funktionen tätig. 2016 und 2017 war ich dann oberösterreichischer Landessprecher der CSR-Consultants Expert Group in der WKO Österreich. Für manche Leute in der Wirtschaftskammer ist die Gemeinwohl-Ökonomie – noch - ein rotes Tuch, der Kommunismus in Reinkultur. Gleichzeitig arbeitet ein großer Anteil der meist familiengeführten Unternehmen in Österreich bereits nachhaltig und gemeinwohl-orientiert, da sie ihren Betrieb auch für die Kinder und Enkel erhalten wollen und die Verantwortung in der Gemeinde/Kommune wahrnehmen. Dadurch, dass ich sowohl als Unternehmer als auch als Vertreter der Gemeinwohl-Ökonomie bekannt bin, kann ich diese Welten zusammenführen – speziell dort, wo es um Werte geht.

Welchen Stellenwert haben denn Werte?

In familiengeführten Unternehmen spielen Werte eine viel größere Rolle als in managergeführten Unternehmen, die primär

Publiziert auf Free21 am 09.03.2018, 15:00, von Andrea Drescher

an Quartalszahlen orientiert agieren. In einem Konzern ist eine Investition in Maschinen fast immer etwas positives. Sie wird im Anlageverzeichnis der Bilanz erkennbar dargestellt. Für die Investition in Menschen gilt das nicht. Im Gegenteil. Fördert man die Qualifikation der Mitarbeiter durch Schulungen, schmälert das sogar den Gewinn. Die höhere Qualifikation ist in einer normalen Bilanz nicht sichtbar. Diese nicht-monetären Werte einer Firma sind aber entscheidend für ein nachhaltig ausgerichtetes Wirtschaften. Wie kann man sie darstellen? Dieses Thema hat mich schon seit fast zehn Jahren umgetrieben. Dann traf ich Christian Felber, den Begründer der GWÖ. Die in seinem Buch „Gemeinwohl-Ökonomie" vorgeschlagene Gemeinwohl-Bilanz scheint mir da die passende Lösung. Werteorientiertes Wirtschaften als Grundlage einer friedlichen Gesellschaft war auch einer der Gründe, dass es zur Gründung der Friedensakademie kam.

Inwiefern?

Ich bin ja Unternehmer und halte den Frieden in der Wirtschaft für enorm wichtig. Das Thema einer werteorientierten, friedlichen Wirtschaft wurde von anderen Friedensorganisationen aber bisher nicht vertreten. Mein MBA-Studium habe ich 2012 mit einer Masterarbeit mit dem Titel „Die Bilanz der Zukunft? Menschliche Werte in Unternehmen und Gemeinwohl-Bilanz" abgeschlossen. Diese ist inzwischen auch im deutschen GRIN-Verlag als Buch erschienen. Die Arbeit daran hat mir erneut bestätigt, wie wichtig eine werteorientierte Wirtschaft für den Frieden ist.

Wo kann man sich ausführlicher informieren?

Auf der Webseite der Friedensakademie *www.friedensakademie.at* gibt es umfassende Informationen zu allen unseren Themenschwerpunkten, Infos über die Gemeinwohl-Ökonomie findet man auf *www.ecogood.org*.

Danke für deine Zeit & dein Engagement für den Frieden!

Marco Glowatzki

Geboren 1972 in Crivitz bei Schwerin, gelernter Damen- und Herrenschneidermeister seit 2003 mit eigenem Maßatelier, bis November 2017 wohnhaft in Hamburg, jetzt in Syrien. Das Interview wurde wenige Wochen vor seiner Abreise geführt, wird aber erst jetzt veröffentlicht, da er keine Probleme bei der Ausreise bekommen sollte.

Marco Glowatzki mit Dorfältesten in einem syrischen Bergdorf

Du gehst nach Syrien?

Ja. Momentan löse ich meine Firma und meinen Hausstand in Hamburg auf, verkaufe also meinen gesamten Besitzstand in Deutschland, um an der Westküste mit dem Geld eine Ateliersschule für Schneider aufzubauen.

Wie kommt man dazu, in Syrien eine Schule zu eröffnen?

Die Gründe sind vielschichtig. Ich kenne Syrien schon seit Jahren, war oft da – das erste Mal in den 90iger Jahren, das letzte Mal von Dezember 2016 bis Januar 2017. Früher konnte man noch direkt von Hamburg nach Latakia fliegen. Ich habe viele Freunde dort, und bei meiner letzten Reise entstand dann der Plan, dass ich auf Dauer nach Syrien gehen werde. Die Schule ist meine Möglichkeit, etwas zu einer friedlichen Zukunft im Land beizutragen.

Persönliche Kontakte nach Syrien sind ja eher selten. Wie kam es bei dir dazu?

Das ist ein Relikt der DDR-Zeit. Bei uns gab es zahlreiche ausländische Studenten, viele davon aus Syrien. Der Vater meines besten Freundes hat in Dresden Maschinenbau studiert. Bei Pioniernachmittagen trafen wir Studenten und deren Kinder. Nach der Wende ging der Kontakt leider verloren, aber über Facebook haben wir uns wiedergefunden.

Und warum eine Schneiderschule in Syrien?

Das ist einfach: weil es so etwas dort nicht gibt. Unser duales Ausbildungssystem mit Fachtheorie und Praxis sowie internationalem Abschluss ist so nicht bekannt; ich wäre der Erste, der diese Ausbildung anbietet. Ein Knopfloch von Hand zu sticken muss man eben lernen. Wirkliche Top-Qualität wird in Syrien bisher nicht hergestellt, obwohl diese bei Veranstaltungen wie der Latakia Fashion Week oder der Damaskus Fashion Week sehr wohl geschätzt wird. Die Menschen, die es sich leisten können, kleiden sich in Beirut ein. Eine Kombination aus Haute Couture, solidem deutschem Handwerk, hochqualitativer Handarbeit – und das alles nach dem Ausbildungssystem der deutschen Handwerkskammer – wäre die Grundlage dafür, auch in Syrien qualitativ hochwertige Mode nach internationalem Standard herstellen zu können. Eine qualifizierte Ausbildung ist damit konkrete Hilfe zur Selbsthilfe – für ein Land, das massiv unter dem Krieg und den westlichen Sanktionen, und bedingt dadurch auch unter Bevölkerungsabwanderung leidet.

Also ist das für dich ein soziales Projekt?

Ja natürlich. Nur das. Der Luxus aus Hamburg, mein sehr repräsentatives Haus und die aufwendige Ausstattung waren notwendig, um dort die Top-Kunden zu gewinnen, die an derartiger Arbeit auch interessiert sind. Das ging nicht aus einem Hinterhof heraus. Mit dem Verkauf meines Besitzstandes und einigen Spenden werde ich mein Ausbildungsprojekt, die Ateliersschule, gründen und zunächst 8 bis 10 Schüler ausbilden.

Wo willst du denn die Schule aufbauen?

In einem Gebiet, das sich Golden Sand nennt – also im Raum Tartus, Latakia und Banias. Dort haben syrische Unternehmer, höhere Beamte und Regierungsmitglieder ihre Häuser, und auch reiche Perser, Araber und Russen sind dort angesiedelt. Eben genau die Menschen, die sich hochqualitative Mode leisten können. Schließlich soll sich die Schule irgendwann finanziell selbst tragen. Dafür muss es Kunden geben, meine Geldmittel werden auf Dauer nicht ausreichen.

Du hast Erfahrung mit der Ausbildung von jungen Menschen?

Ja. Ich habe in Hamburg Schüler, Praktikanten und Lehrlinge ausgebildet, und alle meine Lehrlinge hatten Top-Ergebnisse. In Hamburg gibt es Modefachschulen, für die die Schüler viel Geld bezahlen müssen - für einen Abschluss, der international nichts wert ist. Das möchte ich in Syrien nicht so handhaben. Meine Schüler werden kostenlos ausgebildet, zahlen also kein Schulgeld. Nach zwei Jahren verfügen sie dann über einen international anerkannten Berufsschulabschluss, mit dem sie entweder eine Anstellung bekommen oder sich selbständig machen können.

Hast du schon Lehrlinge in Aussicht?

Ich habe schon sehr viele Bewerbungen, bis jetzt sind es 40

Anfragen. Aber einen Schritt nach dem anderen: zunächst muss ich einen Standort für die Schule finden, die baulichen Regelungen umsetzen, die Genehmigungen seitens Bildungs- bzw. Wirtschaftsministerium einholen – der ganz normale bürokratische Prozess wie überall. Dann muss ich noch die Ausstattung - Nähmaschinen, Bügelanlagen usw. - beschaffen. Aufgrund von Transportkosten und Zoll ist es wesentlich günstiger, diese vor Ort in Syrien oder im Libanon neu oder gebraucht zu erwerben. Eine 1000 Euro teure Nähmaschine aus Deutschland verschlingt dank Steuer, Transport und Zoll nochmals den gleichen Betrag, bis sie in Syrien ist. In Syrien selbst oder im Libanon kann ich sie für 400 Euro kaufen.

Und wie soll sich die Schule auf Dauer finanzieren?

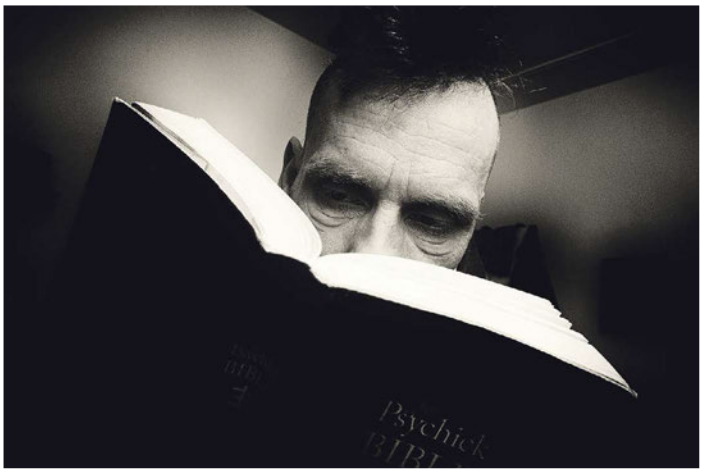
Es gibt drei Finanzierungssäulen. 1. Ich will meinen Atelierbetrieb für Maßanfertigungen wieder eröffnen. 2. Es wird einen schuleigenen Shop geben, in dem die Schüler eigene Entwürfe anfertigen, diese umsetzen und selbst präsentieren und verkaufen. Dessen Einnahmen fließen natürlich in die Schule. Die dritte Möglichkeit kann erst nach der Aufhebung der Sanktionen greifen: Die syrische Baumwolle ist weltweit die qualitativ hochwertigste, seit den Sanktionen jedoch auf dem Weltmarkt nicht mehr erhältlich. Mit dem Ende der Sanktionen werde ich eine hauseigene Kollektion daraus erstellen und diese Fairtrade verteiben. Aber das ist noch Zukunftsmusik.

Es ist ein radikaler Schritt, den du da gehst - kannst du dir ein Weiterleben in Deutschland nicht mehr vorstellen?

Nein. Undenkbar. Mir ist egal, unter welchen materiellen Umständen ich lebe. In Syrien wohne ich zunächst im kleinen Gästehaus eines guten Freundes. Luxus brauche ich keinen. Möbel, Dinge – das ist alles ersetzbar. Menschen, Menschlichkeit ist viel wichtiger. Und Menschlichkeit, Gastfreundschaft und Herzlichkeit sind in Syrien viel ausgeprägter als in Deutschland, ähnlich wie ich es noch aus DDR-Zeiten kenne. Syrien war, ist eben immer noch mein Bruderstaat - und bald meine neue Heimat.

Ist die Lebenswirklichkeit in Syrien nicht sehr anders als in Europa? Wie sieht es mit anderen Lebensmodellen aus, z.B. Homosexualität?

Es gibt in Deutschland dazu völlig falsche Vorstellungen! Syrien ist kein islamischer, sondern ein säkularer Staat, genauso wie Deutschland. Zumindest in den Großstädten gibt es Bars und Clubs, in denen sich die syrische Gay- Community trifft, völlig unbehelligt. Man weiß es, aber man spricht nicht darüber. In Syrien stehen auch zumeist Moscheen und Kirchen dicht beieinander. Ich kenne Frauen mit offenen langen Haaren und Frauen mit Kopftuch. Sunniten, Alaviten, Christen, orthodox oder nicht, sie sitzen zusammen, spielen Schach – zwischendurch



Rüdiger Grosch

gehen sie beten – und dann spielen sie weiter Schach und trinken Kaffee … das ist alles völlig normal. Überall dort, wo der Daesh bzw. die laut westlichen Medien sogenannten „gemäßigten" Islamisten zu finden sind, ist das anders. Aber sonst kann man überall frei leben, vielleicht freier als in Deutschland. Denn dass meine Facebook-Seite *https://www.facebook.com/marco.glowatzki.3* immer wieder gesperrt wird, weil ich regelmäßig ein anderes Bild von Syrien vermittele, als es dem generellen Narrativ entspricht, ist in meinen Augen kein Zeichen von Freiheit.

Kann man dich unterstützen?

Auf jeden Fall würde ich mich über Spenden riesig freuen. Details dazu erhält man unter der *atelier@mm-couture.com*.

Viel Erfolg und Danke für dein Engagement!

Rüdiger Grosch

Geboren 1971 in Münster, wohnhaft in Berlin, von Beruf Künstler – Künstlername *Rue de Guerre* – liebt seine Hunde und vieles, was mit Kunst zu tun hat: Schreiben, Musik machen, Filmen & Fotografie

Seit wann bist du in der Friedensbewegung aktiv?

Ich komme ursprünglich aus der Hausbesetzer-Szene, war Mitgründer des ersten autonomen Zentrums in Münster. Aufgrund der politisch rechten Einstellung meiner Mutter bin ich sehr früh in der linken Szene gelandet. Mein Protest hat mich in die Antifa geführt. Das System in Frage stellen und zu verändern hat eigentlich mein ganzes Leben geprägt. Ob man das Friedensbewegung nennen kann oder nicht, weiß ich nicht. Mit den Mahnwachen wurde das anders.

Du meinst die Friedensmahnwachen 2014?

Ja. Seit 2014 bin ich permanent und bewusst aktiv. Ich war seit der 2. Mahnwache in Berlin mit dabei, da es mir wichtig erschien, FÜR etwas zu demonstrieren. Ich war in der Orga-Gruppe am Alex aktiv und war im Team um Lars Mährholz als Fotograf und Filmemacher tätig. Auch heute unterstütze ich die Mahnwachen in Berlin und Potsdam noch, bin aber nicht jede Woche auf der Straße, da ich inzwischen auch viele Einzelaktionen unternehme oder Freunde bei ihren Projekten unterstütze.

D. h. du bist jetzt eher ein Einzelaktivist?

Ja, ich gehöre keiner Gruppe mehr an. In einer Friedensbewegung muss es alles geben. Wir wollen verändern, lassen aber innerhalb von Gruppen keine anderen Haltungen zu. Das führt zu Stillstand und bewegt nichts im Außen. In der Antifa gibt es hierarchische Strukturen. Ich bin Freigeist und Anarchist und da bin ich für viele wohl zu heftig.

Was heißt denn zu heftig?

Ich gehe Dialoge ein, die man in der Antifa nicht eingeht, weil es nicht in die Agenda passt. Ich gehe auf Nazi-Demos, nicht um Steine zu schmeißen sondern um mit den Menschen zu sprechen. Mit einem Großteil der Rechten kann man Gespräche führen. Ob es etwas verändert, weiß ich nicht, aber nur hasserfüllt zu handeln bringt sicher nichts. Dann organisieren sich die Menschen im Untergrund. Noch sind viele Menschen besorgt und in Angst. Über Ängste muss man reden. Wenn Menschen besorgt sind, muss man sich mit den Sorgen auseinander setzen – sonst schlägt es auf uns zurück. Aber diese Dialogbereitschaft fehlt oft.

Warum?

Viele Menschen wollen ihr eigenes Denken durchdrücken, wollen, dass sich andere verändern. Die Selbstreflexion ist zu selten vorhanden. Das gilt leider für die meisten Bewegungen und Gruppen. Darum gehe ich überall hin, versuche zu vermitteln, mich und mein Denken weiter zu entwickeln.

Das klingt aber alles nicht nach einem Anarchisten, da denkt man doch meist an Straßenschlacht …

Anarchie hat mit Chaos nichts zu tun, sondern mit Selbstverant-

wortung. Wenn ich mir selbst gegenüber verantwortlich bin und darauf achte, dass es mir gut geht, muss ich mein Umfeld so gestalten, dass sich auch mein Umfeld wohl fühlt. Das mache ich nicht, indem ich Autos abfackele. Anarchie ist Empathie – der Gewaltgedanke wurde der Anarchie aufgedrückt.

Darum ist mein Wunsch an die Friedensaktivisten – und allen Menschen: „Lasst immer eine Brücke entstehen“ - abgekürzt Liebe. Die Welt verändern kann nur, wer selbst gewaltfrei lebt. Alles andere ist Krieg. Dafür setze ich mich ein.

Was gehört zu deinen aktiven Projekten?

Den Winter 2017 und Frühjahr 2018 habe ich der Wanderausstellung „Sehen schützt vor Blindheit nicht“ gewidmet. Vor öffentlichen Gebäuden wie dem Reichstag, dem Kanzleramt oder Behörden in Berlin, aber auch anderen Städten zeigen wir denjenigen, die etwas verändern könnten, mit unseren 40 bis 60 Bildern, was die alltägliche Situation von Armen und Obdachlosen in unserem reichen Land bedeutet. Rentner kramen in Mülltonnen, Menschen müssen ihre wenigen Besitztümer in Büschen verstecken, die Notwendigkeit um Geld zu bitten. Die Bilder sollen auch das Bewusstsein schaffen, dass es jeden von uns treffen kann – und dass man etwas dagegen tun kann.

Was kann man denn tun? Als Einzelner?

Man kann sich Zeit nehmen, mit den Menschen zu sprechen, man kann einfach einen Apfel mehr kaufen. Man kann sie einfach anlächeln. Man kann sich in der Winterhilfe für Obdachlose engagieren und für Beschaffung und Verteilung von Spenden sorgen. Das tun wir am Alex. Fakt ist, die Politik könnte über das Steuersystem die Situation ändern, der Mittelstand zahlt über 50% Steuer, wirklich Reiche zahlen sehr viel weniger. Das ist für mich nicht verständlich. Denn es geht ja hier nicht um Luxusbedürfnisse. Es geht um das Notwendige. Notwendig ist, dass jeder ein Dach über dem Kopf und etwas zu essen hat. Das sollte überall möglich sein. In anderen Ländern ist aufgrund fehlender Sozialsysteme, die bei uns noch einiges auffangen, die Situation noch krasser. Dahinter steckt eine Politik, die das Volk nicht vertritt, sondern zertritt.

(Symbolbild: Pixabay Creative Commons CC0)

Warum liegt dir grade das Thema am Herzen?

Ich war selbst 10 Jahre obdachlos, bin mit 14 von Zuhause ausgezogen und mit 17 aus dem Heim geflogen. Das Jugendamt war nicht mehr zuständig, weder in Münster noch in Berlin, wo ich 1990 zunächst gestrandet bin. Freunde und Bekannte haben mir dann die Familie ersetzt, sich liebevoll um mich gekümmert und dafür gesorgt, dass ich den Weg zurück von der Straße in ein geregeltes Leben fand. Diese praktische Erfahrung möchte ich anderen Menschen näher bringen.

Und das vermittelst du in deiner Kunst jetzt?

Ich bin auf der Straße groß geworden, daher ist die Straße auch mein Thema. Ob Punk, Drogen – ich war 5 Jahre abhängig - oder Obdachlosigkeit: Meine Kunst ist authentisch, wenn ich authentisch bleibe. Zur High Society gehöre ich nicht.

Verkaufst du wenigstens deine Bilder an die High Society?

Nein. Ich verkaufe meine Kunst nicht – ich möchte meine Seele nicht verkaufen, meine Seele sind meine Bilder. Da mich der Amtsarzt arbeitsunfähig erklärt hat, bekomme ich GRUSI. Ich darf nicht arbeiten, obwohl ich das gerne würde. Aber so tauche ich nicht in der Arbeitslosenstatistik auf.

Ich mache verschiedene Projekte, auch in Schulen, aber ich werde von den Behörden nicht gefördert, um mich weiterzubilden. Meine Fähigkeiten werden einfach ausgegrenzt. Sie werden nicht benötigt. Wenn ich Bilder weitergebe, freue ich mich über das Lächeln im Gesicht meines Gegenübers – mehr will ich eigentlich gar nicht – und so versuche ich mit Menschen umzugehen. Mit allen Menschen.

Das verstehst du unter Frieden leben?

Ja. Ich versuche es. Zuzusehen, dass man sein Gegenüber so glücklich macht, wie man selbst sein möchte, das kann eine Kettenreaktion unter den Menschen auslösen. Wer sich ständig mit Scheiße beschäftigt, wird irgendwann selbst dazu. Mir ist es ein Anliegen, das Positive hervorzuheben und durch mein Tun zur positiven Veränderung beizutragen.

Danke!

Autor:

Andrea Drescher

Unternehmensberaterin & Informatikerin, Selbstversorgerin & Friedensaktivistin – je nachdem was gerade gebraucht wird. Seit 2016 bei Free21 als Schreiberling und Übersetzerin mit im Team.

‹http://www.free21.org/?p=28837›

Free21

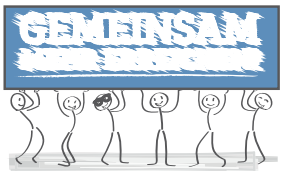
STAMM TISCHE

Du vermisst den direkten **Gedankenaustausch** mit Menschen fernab der sozialen Medien über Themen, die uns alle betreffen? **Werde aktiv!** Gründe einen Stammtisch auch in Deiner Stadt. **Interesse?** Dann schreib an hardy@free21.org

Der Free21-Stammtisch in Karlsruhe:

Im „Stammtisch-Prinzip“ treffen sich Free21-Leser und Interessierte im Raum Karlsruhe zum geopolitischen und gesellschaftskritischen Gedankenaustausch. Willkommen sind alle Menschen, die die Vision einer friedlichen und freien Welt haben.

Nächster Stammtisch am 7. Mai 2018, 19 Uhr in der „Süßen Marie Veganerie“ Rüppurrer Straße 106 76137 Karlsruhe



Brüssel bläst zum Halali auf Reisende mit Bargeld

Wer mit Bargeld in den Taschen auf Reisen geht, muss künftig jederzeit damit rechnen, dass es konfisziert wird, auch wenn die Menge weit unter der Meldeschwelle liegt. Das sieht ein neuer Verordnungsvorschlag aus Brüssel vor.

von Norbert Haering

Diesen hat vor Kurzem auch ein EU-Parlamentsausschuss durchgewunken, der sich in bestem orwellschen Neusprech „Bürgerliche Freiheiten" nennt. Gold und Schmuck werden außerdem als Barmittel definiert und mit erfasst.

Ganz im Sinne einer IWF-Empfehlung an die Regierungen, den Kampf gegen das Bargeld verdeckt auszutragen, weil die Bürger am Bargeld hängen, hat die EU-Kommission einen Verordnungsentwurf vorgelegt, der „Kontrolllücken" beim Verkehr von Zahlungsmitteln über EU-Grenzen abhelfen soll. Bisher muss Bargeld im Wert von über 10.000 Euro angemeldet werden.

Bargeld - neuer Verordnungsvorschlag aus Brüssel unterwegs (Foto: Pixabay, CCo)

Als Manko wird empfunden, dass Gold und Schmuck bisher nicht zu den anmeldepflichtigen „Barmitteln" gehört, dass ordnungsgemäß angemeldete oder meldefreie Barmittel nicht konfisziert werden können, und dass Erkenntnisse über Barmittelbewegungen nicht aktiv von den Zollämtern an zentrale Stellen gemeldet, und von dort nicht (rechtmäßig) an befreundete Staaten mit weltumspannender Überwachungstechnologie und –ambition weitergegeben werden können.

All das soll nun anders werden. Reisende, die Gold oder Schmuck oder Bargeld oder anonyme Kreditkarten im Wert von zusammen mehr als 10.000 Euro dabei haben, müssen das künftig beim Zoll anmelden, oder sie riskieren, dass es konfisziert wird.

Die Kommission soll darüber hinaus ermächtigt werden, zusätzliche Wertsachen auf die Liste der anmeldepflichtigen und zur Konfiszierung freigegebenen „Barmittel" zu setzen. Alles was teuer, haltbar und leicht transportabel ist, kommt dafür in Frage, teure Uhren zum Beispiel.

> Auch wer künftig mit 6.000 Euro im Gepäck aus der Schweiz einreist, um im niedrigpreisigeren Deutschland ein gebrauchtes Auto zu kaufen, muss damit rechnen, auf einer internationalen Geldwäsche-Verdachtsliste zu landen

Aber auch wenn es weniger ist, sollen „Barmittel" vom Zoll jederzeit für bis zu 30 Tage konfisziert werden können. Eine Untergrenze bei der man sich sicher fühlen darf, wird nicht genannt. Aus den Erfahrungen mit anderen Anti-Geldwäscheregeln dürft man ab knapp unter 1000 Euro in den Gefahrenbereich kommen. Es reicht, dass den Zollbeamten irgend etwas an Ihnen kriminell vorkommt, dass Sie zum Beispiel durch irgendwelche Umstände den Eindruck vermitteln, Sie könnten Steuern hinterzogen haben oder hinterziehen wollen. Der Raum für Willkür ist groß.

Wo man bisher aus Gründen rechtsstaatlicher Zurückhaltung und Grundrechtsschutz nichts tun konnte, bevor es genug Verdachtsmomente gab, damit eine Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren genehmigt, kann man nun jeden, der Barmittel mit sich führt, durch Konfiskation derselben in eine hochnotpeinliche Befragung und in ein Verfahren zwingen, bei dem er intensiv ausgeforscht werden kann, um zu klären, ob das Geld wieder freigegeben werden soll. Allein durch die Nutzung von Bargeld und anderer „Barmittel" verwirkt man teilweise seinen Anspruch auf die Unschuldsvermutung und ein normales rechtsstaatliches Vorgehen.

Der EU-Parlamentsausschuss „Bürgerliche Freiheiten" versteht seinen Auftrag offenbar so, dass sie für die Eingrenzung der bürgerlichen Freiheiten zu sorgen hat. Sie hat ebenso wie die Kommission für Wirtschaftssachen mit großer Mehrheit weder gegen die Ermächtigung zur willkürlichen Konfiszierung etwas einzuwenden, noch dagegen, dass „personenbezogenen Daten des Eigentümers, des Empfängers, Angaben zur wirtschaftlichen Herkunft und zur beabsichtigten Verwendung der Barmittel, erfasst werden." Die Daten müssen an eine zentrale nationale Meldestelle gemeldet und von dort an alle zuständigen Meldestellen aller anderer EU-Länder weitergeleitet werden. Auch an Drittstaaten können sie weitergegeben werden. Das betrifft alle erfassten Bargeldbewegungen, einschließlich der anmeldefreien kleineren Beträge. Letztere allerdings nur, bei Verdacht auf einen kriminellen Hintergrund.

Aber was soll diesen Verdacht begründen, bei Bargeldbeträgen von wenigen tausend Euro. In aller Regel wird der Verdacht hauptsächlich darin begründet liegen, dass jemand Bargeld in mehr als den üblichen Geldbörsenbeträgen dabei hat. Brüssel begründet die Konfiszierungsregel für Barmittel unterhalb 10.000 Euro origineller Weise damit, dass Mitgliedstaaten aufgefallen sei, dass Terroristen manchmal auch mit weniger als 10.000 Euro Barmitteln Grenzen überschritten hätten. Das Argument merkt man sich besser: Bei der inzwischen auch für Deutschland diskutierten Obergrenze für Barzahlungen lässt es sich später für jede beliebige Senkung der ursprünglichen Obergrenze anwenden. „Den Behörden ist aufgefallen, dass Terroristen auch Barzahlungen unter 5.000 Euro getätigt haben ….")

Reiche Leute stehen bald schon mit einem Bein im Gefängnis, wenn sie reisen. Mit einer Rolex am Arm, einer teuren Halskette und einem halbwegs gefüllten Portemonnaie ist die Meldegrenze für „Barmittel" schnell unbemerkt überschritten. Und selbst wenn sie nicht überschritten wird, aber man nicht den Eindruck macht, als sollten einem solche Präziosen gehören, wird man an der Grenze Freiwild für eifrige oder übereifrige Zöllner. Auch wer künftig mit 6.000 Euro im Gepäck aus der Schweiz einreist, um im niedrigpreisigeren Deutschland ein gebrauchtes Auto zu kaufen, muss

Publiziert auf Free21 am 30.11.2016, 12:56 Uhr, von Norbert Haering auf den norberthearing.de, Lizenz: Norbert Hearing

damit rechnen, auf einer internationalen Geldwäsche-Verdachtsliste zu landen, wenn ein Zöllner sein Gepäck durchsucht und er die anschließende hochnotpeinliche Befragung über den Zweck des Geldes nicht hinreichend unterwürfig und mitteilsam über sich ergehen lässt. Dasselbe gilt für einen brilliantberingten alleinreisenden jungen Mann mit Vollbart, der mit 2000 Euro Bargeld aus einen interkontinentalen Flug steigt, für den er ein schweinefleischfreies Essen bestellt hatte. Wenn bei der nationalen Meldestelle bereits eine Meldung einer Bank über eine dieser Personen eingegangen sein sollte, weil sie zum Beispiel durch mehrfache Bargeldabhebungen von 990 Euro auffällig geworden ist, dann ist dieser Person ein Dauerplatz auf der Verdachtsliste sicher. Da man nichts davon weiß, dass man auf diese Listen gesetzt wird, kann man Missverständnisse nicht aufklären und kommt auch so gut wie nie wieder von ihr herunter.

Wie für solche unpopulären Maßnahmen üblich, hat die EU-Kommission unter dem Mantel der Verschwiegenheit eine „öffentliche" Online-Konsultation durchgeführt. Irgendwie haben trotz allem 27 EU-Bürger von der Konsultation Wind bekamen, und sich mit Stellungnahmen beteiligt. Auch vier staatliche Stellen, drei Interessengruppen und ein Unternehmen beteiligten sich.

Wer angesichts der wenig überzeugenden Begründungslage für diese Verordnung denken sollte, hier handele es sich weniger um eine effektive Maßnahme zur Kriminalitätsbekämpfung, als um eine Maßnahme zum Ausbau des Überwachungsstaats und zur Zurückdrängung des Bargelds, der könnte sich durch folgende aktuelle Spiegel-Meldung bestätigt fühlen: „Tausende Geldwäsche-Meldungen stauen sich beim Zoll". Grund ist, dass Finanzminister Schäuble im Sommer das BKA enteiert und die Sondereinheit zur Geldwäschebekämpfung FIU zum ohnehin überlasteten Zoll verlagert hat, dem zudem noch die entsprechend ausgebildeten Ermittler fehlen. Das tat er gegen den einhelligen Rat aller Fachleute. Die Folge: Von den seither eingegangen 29.000 Geldwäscheverdachtsanzeigen wurden bisher nur gut 4.000 zur weiteren Bearbeitung an die zuständigen Staatsanwaltschaften oder Finanzbehörden weitergegeben. Dass es der Bekämpfung von Terrorismus und Geldwäsche dient, wenn man diese überlastete Stelle nun auch noch mit tausenden Meldungen über Bargeldbewegungen im einstelligen Tausenderbereich zuschüttet, erschließt sich nicht jedem. Ebensowenig erschließt sich, warum man Bargeldnutzung als Indiz für die Erkennung weiterer Terrorverdächtiger hinzuziehen muss, wo doch praktisch alle Terroristen der letzten Zeit den Behörden einschlägig bekannt waren, diese sich aber unfähig zeigten, sie am Begehen der Taten zu hindern.

Sollte aber der Zweck sein, Bargeldnutzer weiter zu verunsichern und als potentielle Kriminelle zu behandeln, sowie das allgemeine Überwachungsnetz engmaschiger zu machen, würde die Verordnung ihren Zweck hervorragend erfüllen.

Mein Dank geht an den Blog Wolf Street, über den ich auf diesen nicht gerade breit publizierten Vorgang aufmerksam wurde.

Falls Sie den deutschen EU-Parlamentariern deutlich machen möchten, dass das Thema jetzt nicht mehr länger in den Brüsseler Untiefen verbrogen ist, und Ihnen Ihre Haltung mitteilen möchten: Für die Sozialdemokratische Fraktion ist Birgit Sippel Koordinatorin im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, stellvertretender Ausschussvorsitzender ist der Grüne Jan Philipp Albrecht, für die CSU sitzt Monika Hohlmeier darin, für die Linke Cornelia Ernst

Quellen:

European Parliament: Cross-border cash movements: tightening up anti-terror and crime checks *<http://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20171204IPR89410/cross-border-cash-movements-tightening-up-anti-terror-and-crime-checks>*

Norbert Hering: IWF berät Regierungen, wie sie die Bevölkerung täuschen und geschmeidig Bargeld abschaffen können *<http://norberthaering.de/de/27-german/news/809-iwf-rat-zur-bargeldabschaffung>*

EU-Kommission: Verordnung über die Überwachung von Barmitteln, die in die Union oder aus der Union verbracht werden *<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52016PC0825&from=EN>*

EU-Kommission: Proposal for a Regulation of the European Parliament and of the Council on controls on cash entering or leaving the Union and repealing Regulation *<https://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/10102/2016/EN/SWD-2016-470-F1-EN-MAIN-PART-1.PDF>*

Spiegel Online: Tausende Geldwäsche-Meldungen stauen sich beim Zoll *<http://www.spiegel.de/panorama/justiz/tausende-geldwaesche-meldungen-stauen-sich-beim-zoll-a-1182789.html>*

Autor:

Norbert Häring

ist Wirtschaftsjournalist und Autor populärer Wirtschaftsbücher. Er schreibt für Deutschlands führende Wirtschaftstageszeitung Handelsblatt. Er ist Mitgründer und Ko-Direktor der World Economics Association.

www.norberthaering.de

Dieser Text wurde zuerst am 12.12.2017 auf ‹http://norberthaering.de/› unter der URL ‹http://norberthaering.de/de/27-german/news/921-eu-bargeld› veröffentlicht. Lizenz: Norbert Häring

‹http://www.free21.org/?p=28649›

Eigenanzeige

Du vertrittst Recht und Gesetz und interessierst Dich für verschiedenste Rechtsgebiete? Unterstütze unsere Arbeit als

Free21 juristische/r Berater/in

Als gemeinnütziger Verein stehen wir immer wieder vor einer Vielzahl juristischer Fragen. Ob Vertragsrecht, Medienrecht oder schlicht Orientierung im Umgang mit Behörden – guter Rat ist meistens teuer.

Wenn Du uns ehrenamtlich beratend unterstützen kannst, schreib bitte an: verein@free21.org

Der **Spekulationswahn** und die Krypto-Währungen

Zehn Jahre nach dem Beinahe-Zusammenbruch des globalen Finanzsystems gleicht die Wirtschafts- und Finanzwelt erneut einem Spielcasino. Der Grund: Die zur Rettung des Systems erzeugten und zu immer niedrigeren Zinssätzen vergebenen Geldmengen sind zum überwiegenden Teil nicht in die Realwirtschaft, sondern in den Finanzsektor geflossen.

von Ernst Wolf

Da das Geld von den Zentralbanken nicht verschenkt, sondern verliehen wird, haben wir es gegenwärtig mit der weltweit höchsten Verschuldung aller Zeiten zu tun. Und weil der größte Teil des Geldes in die Spekulation wandert, erleben Aktien-, Anleihen- und Immobilienmärkte zurzeit einen Kursrekord nach dem anderen.

Der Run auf die Krypto-Währungen

Die dadurch entstandene Stimmung an den Börsen führt einerseits dazu, dass immer neues Geld geliehen und eingesetzt wird, um am vermeintlichen Goldrausch teilzuhaben. Andererseits wird fieberhaft nach neuen Möglichkeiten gesucht, um vor dem Ende des Rausches noch weitere Gewinnmöglichkeiten zu schaffen.

Besonders erfolgreich sind dabei Geschäftsmodelle, die Investoren dazu bringen, die Kurse durch gegenseitiges Überbieten auf immer neue Rekordstände zu treiben. Ein extremes Beispiel hierfür bieten die Krypto-Währungen, allen voran Bitcoin.

Bis vor einiger Zeit lehnten die Banken die Krypto-Währungen noch rundheraus ab. Sie fürchteten, die zugrunde liegende Blockchain-Technologie (die direkte Übermittlung eines geldwerten Datensatzes vom Absender zum Empfänger ohne den Weg über die Banken) könnte das Bankwesen überflüssig machen. Inzwischen aber haben die Banken ihre Strategie geändert und versuchen, am Bitcoin-Rausch mitzuverdienen. Selbst die Chicagoer Börse wird in das Geschäft einsteigen und zum Jahresende Bitcoin-basierte Derivate anbieten.

Das zeigt aber nur, dass der Spekulationswahn inzwischen keine Grenzen mehr kennt. Bei Bitcoin und anderen Krypto-Währungen handelt es sich nämlich keinesfalls um Währungen (also Gewährleistungen für einen Wert), sondern um künstlich erschaffene Spekulationsobjekte, die an keinen realen Wert (also einen mit Hilfe von menschlicher Arbeit erzeugten Gebrauchsgegenstand wie zum Beispiel eine Edelmetall-Münze) gebunden sind.

Ein Blick in die Geschichte

Es lohnt sich, zum Verständnis der Zusammenhänge auf die historische Entstehung von Währungen zurückzublicken: In grauer Vorzeit wurden auf Märkten ausschließlich Waren gegen Waren getauscht. Da das mit der Zeit zu aufwändig wurde, wurden Edelmetalle in Form von Münzen als Tauschmittel eingesetzt. Später wurde das Papiergeld eingeführt.

Sowohl Münzen, als auch Geldnoten hatten eines gemein: Sie repräsentierten reale Werte. Allerdings ermöglichte die Einführung des Papiergeldes die Erzeugung von mehr Geld als in Wirklichkeit durch Waren gedeckt war – die Geburtsstunde der Inflation. Sie führt dazu, dass sich die Kaufkraft der einzelnen Münze oder des einzelnen Geldscheines verringert, wenn ungedecktes neues Geld in Umlauf gebracht wird.

Seit der Einführung des elektronischen Zahlungsverkehrs sind der Geldschöpfung endgültig keine Grenzen mehr gesetzt. So sind seit der Krise von 2008 von den Zentralbanken weltweit zwischen 14 und 16 Billionen US-Dollar an ungedecktem neuen Geld geschaffen worden und zu einem großen Teil direkt ins Finanzcasino geflossen.

Im Finanzsektor werden keine Werte geschaffen

Hier aber liegt der Hund begraben: Im Finanzsektor werden nämlich keine Werte geschaffen. Hier wechselt nur Geld den Besitzer. Da das ganze System aber kreditgetrieben ist, wird zur Bedienung von Zinsen und zum Abtrag von Schulden ständig neues Geld benötigt. Wegen der seit Jahren weitgehend stagnierenden Weltwirtschaft und der daher sehr geringen Wertschöpfung springen seit 2008 die Zentralbanken ein und schaffen neues Geld – ohne jeden materiellen Gegenwert.

Dieser künstlich angeheizte Kreislauf führt zwangsläufig zu einer Entwertung des Geldes und schlussendlich in die Hyperinflation. Bisher zeigt sich diese – wegen der (vor allem durch die Austeritätspolitik bedingten) geringen Massenkaufkraft – allerdings kaum im Alltag, dafür aber umso mehr an den Aktien-, Anleihen- und Immobilienmärkten, an denen die Kurse boomen.

Dass Bitcoin und die anderen Krypto-Währungen gerade jetzt einen solch gigantischen Aufschwung erleben, liegt vor allem daran, dass sie die letzte und höchste Form der Finanzspekulation darstellen: Hatten Derivate („abgeleitete" Finanzprodukte) zumindest noch einen indirekten Bezug zu realen Werten, so handelt es sich bei Krypto-Währungen um absolut synthetische Erzeugnisse, die nichts, aber auch gar nichts mehr mit der Realwirtschaft zu tun haben.

Krypto-Währungen sind also nichts anderes als die ultimative logische Konsequenz der Explosion des Finanzsektors. Je nachdem, wie lange das gegenwärtige auf totaler Manipulation durch die Zentralbanken basierende Finanzsystem noch existiert, kann ihr Kurs noch weiter in die Höhe schnellen und immer neue Rekorde aufstellen. Das zeigt aber nicht, wie wertvoll die Krypto-Währungen sind, sondern beweist, wie wenig unser Geld in Wirklichkeit noch wert ist.

Sobald das zurzeit noch mit Mühe von den Zentralbanken aufrecht erhaltene Kartenhaus des globalen Finanzsystems in sich zusammenfällt – und dazu wird es mit hundertprozentiger Sicherheit kommen – werden Bitcoin und Co. sowie der Rest der künstlichen Finanzprodukte auf ihren tatsächlichen Wert reduziert werden. Und dieser liegt – wegen der nicht vorhandenen Deckung durch einen realen Wert – bei Null.

Autor:

Ernst Wolff

freier Journalist, schreibt zu finanzpolitischen Hintergründen und ist u.a. Autor des Buches „Weltmacht IWF – Chronik eines Raubzugs". Die Wechselbeziehung von Wirtschaft und Politik, mit der er sich seit vier Jahrzehnten beschäftigt, ist für ihn gegenwärtig von höchster Bedeutung.

Dieser Text wurde zuerst am 30.11.2017 auf www.kenfm.de unter der URL ‹https://kenfm.de/der-spekulationswahn-und-die-krypto-waehrungen/› veröffentlicht. Lizenz: Ernst Wolf/KenFM.

‹http://www.free21.org/?p=28641›

Gefährliche Heilslehre

Bildung geht besser mit Netz, Tablet und Smartphone. Beweis gefällig? Wozu? Einfach glauben!

von Ralf Wurzbacher

Foto: Nadine Doerle, (pixabay / CCo)

Deutschlands Bildungssystem muss in die digitale Neuzeit überführt werden. So predigen es Politiker aller Couleur, von ganz rechts bis ganz links, und beten doch nur die Propaganda der IT-Wirtschaft nach. Fünf Milliarden Euro verspricht die Bundesregierung dafür, die Schulen flächendeckend mit moderner Breitbandtechnik und Endgeräten wie Smartphones und Tablets auszustatten. Ob das Sinn macht, ob Heranwachsende dadurch mehr und besser lernen oder ob es ihnen vielleicht sogar schadet – derlei Fragen haben nicht zu interessieren. Hauptsache, die Klassenzimmer kommen ans Netz, die Soft-und Hardwareanbieter auf ihre Kosten und Kinder frühestmöglich unter den Einfluss der Dotcom-Verwertungsmaschine. Ralf Lankau, Professor für Mediengestaltung an der Hochschule Offenburg, sieht die Entwicklung mit großer Sorge. Im Interview mit Rubikon klagt er über kollektives Brainwashing, teure Irrwege und das „weltweit größte Experiment am lebenden Objekt".

RUBICON: *Herr Lankau, in unserem Gespräch wird es auch darum gehen, wie doof oder klug Smartphones, Tablets und Computer sind, beziehungsweise wie dumm oder schlau sie uns Menschen machen, die wir uns ihrer bedienen. Fangen wir mit dem Menschen und FDP-Vorsitzenden Christian Lindner an, der sich im Bundestagswahlkampf mit dem Spruch „Digital first. Bedenken second." plakatieren ließ. Sollte man sich um diesen Herrn nicht doch besser sehr vordringlich Sorgen machen?*

RALF LANKAU: Würde er sein Plädoyer wirklich ernst meinen, müsste man sich in der Tat um seine geistige Gesundheit sorgen und ihn postwendend als nicht zurechnungsfähig aus dem Verkehr ziehen. Wer die notwendige Reflexion über die Folgen von Digitaltechnik, also die klassische Technikfolgenabschätzung ausblenden will, kann weder politisch noch als Person ernst genommen werden. Andererseits passt das ins Bild. Deutschland ist im Digitalfieber: Digital-Agenda, Digitalgipfel, Digitalpakte. Die Art, wie diese Technik propagiert und abgefeiert wird, hat etwas von Heilslehre und einem Fetisch. Und auf dieser populistischen Pro-Digital-Welle, die von der IT-Wirtschaft und ihren Lobbyisten losgetreten wurde, reitet eben auch Lindner.

RUBIKON: *Also doch nur Berechnung, keine Dummheit?*

RALF LANKAU: Lindner ist nicht dumm. Es geht ihm um Aufmerksamkeit und darum, sich als Politmarke aufzubauen, getreu dem neoliberalen Selbstvermarktungsmotto: Mein Wahlkampf, mein Mandat, meine Karriere. Die Verkürzung auf seine Person erinnert an den Hype um Emmanuel Macron in Frankreich und Sebastian Kurz in Österreich – lauter kleine Könige, jeder spielt Napoleon. Das Ego und die Karriere Einzelner stehen im Mittelpunkt, nicht politische Fragen und sozialverträgliche Lösungen. Der Slogan ließe sich auch so übersetzen: „Ego first. Bedenken second." Und das heißt dann eben auch: Für das Erreichen der eigenen Ziele darf man gerne auch das politische System beschädigen, koste es, was es wolle.

RUBIKON: *Die Digitalisierung soll den Steuerzahler ja einiges kosten. Nehmen wir nur den angekündigten sogenannten DigitalPakt#D, mit dem Bund und Länder Deutschlands Schulen flächendeckend mit modernster IT- und Breitbandtechnik ausstatten wollen. Das Projekt soll mal eben fünf Milliarden Euro verschlingen. Es wäre zu hoffen, dass der Bewilligung solcher Summen eine eingehende Kosten-Nutzen-Analyse vorausgeht. Wie ist das in diesem Fall?*

RALF LANKAU: Eine Kosten-Nutzen-Analyse gab es so wenig wie eine auch nur annähernd realistische Kalkulation. Fünf Milliarden Euro in fünf Jahren, das klingt nach viel Geld. Bei 33.500 allgemeinbildenden Schulen wären das pro Einrichtung und Jahr knapp 30.000 Euro. Nimmt man alle 44.000 Schulen, dann landet man bei etwas mehr als 22.000 Euro. Es gibt eine Studie der Bertelsmann-Stiftung mit zwei Szenarien: Im Ersten teilen sich fünf Schüler einen Computer oder ein Tablet. Dabei ergäben sich nach den Berechnungen Ausgaben zwischen 538 Millionen und 1,03 Milliarden Euro pro Jahr. Im zweiten Fall hätten alle Schüler ein Endgerät. Dann wäre man schon bei 1,82 Milliarden bis 2,62 Milliarden Euro pro Jahr. Der Deutsche Industrie und Handelskammertag hat gerade gemeinsam mit dem Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen e.V., dem VWL, sowie dem Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen, dem BLBS, vorgerechnet, dass allein die Berufsschulen pro Jahr 500 Millionen Euro beanspruchen, also 2,5 Mil-

liarden in fünf Jahren und damit schon die Hälfte vom Digitalpakt. Ein Kostenrahmen, weit über dem von fünf Milliarden Euro, ergibt sich aus einer Kalkulation des Städtetags Baden-Württemberg: Die Erstausstattung für die Schulen im Südwesten würde demnach mit mindestens 1,8 Milliarden Euro in zwei Jahren zu Buche schlagen. Alle die Bespiele zeigen: Das mit den fünf Milliarden Euro ist Augenwischerei.

Besser lernen ohne IT

RUBIKON: *Wie verhält es sich mit dem Nutzen? Politik und Wirtschaft bauen ja darauf, dass sich die Digitalisierungsoffensive auf lange Sicht rentieren wird, etwa in Gestalt besser qualifizierter Schulabgänger, Lehrlinge und Studierender. Gibt es dafür irgendwelche belastbaren Belege?*

RALF LANKAU: Eben nicht und das macht den Ansatz vollends absurd. Schon die berühmte Metaanalyse „Visible Learning" des neuseeländischen Pädagogen John Hattie hat gezeigt, dass Rechner und Software in Schulen nichts bringen. Die PISA-Sonderauswertung einer Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), mit dem Titel „Students, Computers and Learning" ergab, dass die in den vergangenen zehn Jahren getätigten Investitionen in die IT-Ausstattung der Schulen keine nennenswerten Verbesserungen der Leistungen der Schülerinnen und Schüler in Lesekompetenz, Mathematik oder Naturwissenschaften erbrachten. Selbst in einer Telekom-Studie steht, was auch bei Hattie zu lesen ist: „Die verstärkte Nutzung digitaler Medien führt offensichtlich nicht per se zu besseren Schülerleistungen. Vielmehr kommt es auf die Lehrperson an." Andreas Schleicher, OECD-Direktor für Bildung, formulierte es in einem Interview mit einer australischen Zeitung so: „Wir müssen es als Realität betrachten, dass Technologie in unseren Schulen mehr schadet als nützt."

RUBIKON: *Nun könnte man böse sein und ätzen: Wenn schon kein Experte den digitalen Medien Schultauglichkeit attestiert, muss man sich die Expertise eben zurechtbiegen. Genauso verfuhr nämlich der bayerische „Aktionsrat Bildung" mit seinem eigenen Gutachten „Bildung 2030 – veränderte Welt. Fragen an die Bildungspolitik".*

RALF LANKAU: Das war ein sehr bezeichnender Vorgang. Auftraggeber war die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, die vbw. Die Kernbotschaft: Schulen müssen digitaler werden. Auch Dieter Lenzen, Präsident der Universität Hamburg und Vorsitzender des Aktionsrats, hat im Deutschlandfunk sein Credo hinterhergeschickt: Lehrerinnen und Lehrer müssten lernen, digitale Elemente in ihren Unterricht einzubauen. Das Problem: Während es im zuerst publizierten Gutachten der vbw noch hieß, „dass Grundschülerinnen und Grundschüler in Deutschland, in deren Unterricht mindestens einmal wöchentlich Computer eingesetzt wurden, in den Domänen Mathematik und Naturwissenschaften statistisch signifikant höhere Kompetenzen aufwiesen als jene Grundschulkinder, die seltener als einmal pro Woche Computer im Unterricht nutzten", steht in der zitierten Studie das exakte Gegenteil. Die Schülerinnen und Schüler hatten statistisch signifikant niedrigere Kompetenzen. Aber weder der Aktionsrat noch die vbw hielten es für nötig, die Falschmeldung zu korrigieren. Das heißt: Die Digitalisierung von Schule und Unterricht bleibt das Ziel der Wirtschaftsverbände und der ihnen zuarbeitenden Wissenschaftler. Selbst wenn eigene Auftragsgutachten das widerlegen.

Kindeswohl zählt nicht

RUBIKON: *Aber woher nehmen die Bundesregierung und mit ihr fast der ganze Politikbetrieb, bis hinein in die Reihen der politischen Linken die Überzeugung her, dass Bildung und digitale Medien wie selbstverständlich zusammengehören? Normalerweise vertrauen doch Union, FDP, Grüne und SPD auf die Urteilsfähigkeit der OECD – gerade auch im Nachgang des deutschen PISA-Desasters.*

RALF LANKAU: Ich würde das nicht Überzeugung nennen. Claus Pias hat in seiner „Kurzen Geschichte der Unterrichtsmaschinen" das Scheitern der Geräte im Unterricht aufgezeigt. Verdient hat an dieser Lerngutprogrammierung, den Lehrstoffdarbietungsgeräten und den Robbimaten aber immer jemand. In der Diskussion zeichnen sich im Wesentlichen zwei Lager ab: Wer mit der Digitalisierung von Schulen und Unterricht Geld verdienen will – Hard- und Softwareanbieter, IT-Dienstleister, App-Entwickler, Medienpädagogen oder Lehrmittelanbieter – plädiert für den möglichst frühen Einsatz von Digitaltechnik in der Schule, oder sogar schon in der Kita. „Early-High-Tech-Strategie" nennt meine Kollegin Paula Bleckmann das. Wer hingegen Kinderärzte, Kognitionswissenschaftler, Suchtforscher oder Pädagogen fragt, bekommt als Einstiegsalter zehn bis zwölf Jahre genannt. Diese am Kindeswohl und den natürlichen Entwicklungsstadien orientierten Berufsgruppen favorisieren die „High-Touch-Strategie". Damit ist die unmittelbare, reale Welterfahrung mit allen Sinnen und die direkte Beziehungserfahrung gemeint. Wer weiß, dass die ersten zehn Lebensjahre für die Entwicklung eines Menschen entscheidend sind, wird einschätzen können, ob Absatzmärkte für Digitaltechnik darüber bestimmen sollten, ab welchem Alter die Geräte in der Schule eingesetzt werden, oder doch besser die leibliche und geistige Gesundheit der Kinder.

RUBIKON: *Soll heißen: Die Politik bezieht hier ziemlich deutlich die Position der Industrie?*

RALF LANKAU: Ja, hier haben die IT-Lobbyisten ganze Arbeit geleistet. Es gibt ja keinen Politiker mehr, der nicht auf dem Digitalisierungszug mitfährt. Das ist kollektives Brainwashing. Bildung, Gesundheit, Verkehr, Wissenschaft, überall gilt die „Heilslehre des Digitalen", überall werden die Buzzwords – Disruption, Innovation, Startups – übernommen. Schauen Sie sich die Kampagnen, Websites und Arbeitspapiere aus den Ministerien an und die der IT-Unternehmen. Da weiß man gar nicht mehr, wer was geschrieben hat.

Politik plappert nach

RUBIKON: Wissen wenigstens Sie, wer aus der IT-Wirtschaft wem aus der Politik wie zuarbeitet – und umgekehrt?

RALF LANKAU: Nehmen wir den 10. nationalen IT-Gipfel in Saarbrücken 2016. In dessen Vorfeld hatte Bundesbildungsministerin Johanna Wanka den Digitalpakt#D zum ersten Mal angekündigt. Parallel dazu publizierte die Scheer Holding GmbH in Kooperation mit dem Feldafinger Kreis das „Saarbrücker Manifest". Dessen Initiator und Mitautor August-Wilhelm Scheer hat zusammen mit Frau Wanka den Vorsitz der formal vom BMBF gegründeten IT-Gipfel-Plattform „Digitalisierung in Bildung und Wissenschaft" inne, die den Digitalpakt#D verantwortet. Der zweite Autor ist Leiter des Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz, des DFKI. Dieses bietet „intelligente Lösungen für die Wissensgesellschaft" an, die Grundlage für automatisierte und personalisierte Lernmanagementsysteme, wie sie in Schulen und Betrieben eingesetzt werden sollen. Die Plattform selbst versammelt Vertreter aller großen IT-Firmen und Verbände: von Bitkom, der Gesellschaft für Informatik, der GI, über Microsoft bis SAP, Telekom und Hasso-Plattner-Institut für Softwaresystemtechnik, das HPI. Das HPI hatte bereits eine funktionierende Schul-Cloud im Angebot, noch ehe über deren pädagogischen Nutzen diskutiert oder rechtliche Fragen zum Datenschutz geklärt worden wären. Die Politik wurde auf dem Gipfel sogar aufgefordert, den Datenschutz neu zu regeln, damit keine „Innovationen" verhindert oder auch nur verzögert würden.

Publiziert auf Free21 am 30.01.2018, 11:42 Uhr, von Ralf Wurzbacher auf www.rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BYNCND4.0.

Die Bundeskanzlerin formulierte dann auch brav: Restriktiver Datenschutz könne „heute nicht die generelle Leitschnur sein für die Entwicklung neuer Produkte“. Und der damalige Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel befand mal eben, „dass wir uns endgültig verabschieden müssen von dem klassischen Begriff des Datenschutzes“.

RUBIKON: *Sie sprachen es an: Fast die versammelte Zunft der Kinderärzte wendet sich gegen Bestrebungen, Tablets und Smartphones im Schulbetrieb einzusetzen und warnt vor „deutlichen gesundheitlichen und psychologischen Beeinträchtigungen“ der Heranwachsenden. Daran sollte doch eigentlich nicht einmal der Industrie gelegen sein. Die braucht doch Arbeitskräfte, die wenigstens unfallfrei bis zehn zählen können…*

RALF LANKAU: Es ist schizophren. Das Sucht- und Steuerungspotenzial der digitalen Medien ist höher als bei jedem anderen Medium. Die freundliche Erklärung wäre die, dass die Befürworter nicht darüber reflektieren, da Sie selbst mit diesen Geräten und Diensten arbeiten und glauben möchten, Kinder und Jugendliche müssten früh lernen, damit umzugehen. Dabei lernen Kinder und Jugendliche den Umgang rasant und ganz ohne Anleitung, allerdings nicht nach den Vorstellungen der Erwachsenen. Andere plappern die Digitalpropaganda einfach nach, die ja omnipräsent ist. Ohne Smartphone oder auch nur ohne Netz halten sich viele für gar nicht mehr lebensfähig.

RUBIKON: *So wie die ganzen Teenager, die immer und überall auf ihr Display stieren. Greift es nicht zu kurz, solche Phänomene nur unter dem Aspekt „Sucht“ zu verhandeln, wie es etwa die Drogenbeauftragte der Bundesregierung macht? Mit ein paar Hunderttausend Internetjunkies kann sich die Gesellschaft doch gut arrangieren. Aber was ist mit den Millionen anderen, auch erwachsenen Menschen, für die Facebook, Twitter und WhatsApp längst fest zum Leben gehören?*

RALF LANKAU: Zunächst ein Wort zum üblichen Umgang mit Sucht. In der Prävention wird über Drogen und Alkohol aufgeklärt, ohne Drogen zu verteilen oder Alkohol auszuschenken. Im Verkehrsunterricht lernen Kinder richtiges und sicheres Verhalten im Straßenverkehr, ohne mit acht oder zehn Jahren den Führerschein zu machen. Wieso klärt man also nicht in der Schule zunächst über die Gefahren der neuen Medien und darüber auf, wie diese funktionieren, und macht sich erst dann an die Praxis, wenn die Schülerinnen und Schüler reif dafür sind? Deshalb müssen Präventionsfachkräfte an die Schulen und Jugendschutzbeauftragte der Polizei. Schließlich gibt es kein Kindernetz und die Erwachsenenwelt ist immer nur einen Klick entfernt. Ich sprach davon, dass beim Thema viel Ahnungslosigkeit im Spiel ist. Es gibt aber auch die weniger freundliche Interpretation: Wenn man Hänschen früh an Bildschirm und Computerstimme gewöhnt, folgt Hans der synthetischen Stimme später von ganz allein. Das ist zwar inhuman, entspricht aber der Humankapitaltheorie, wonach Menschen nach Bedürfnissen und Bedarf der Industrie in Lernfabriken zugerichtet werden – übrigens nur die Kinder der anderen. Die eigenen Kinder schicken die wohlhabenden IT-Entwickler und Startup-Gründer im Silicon Valley vorwiegend in Montessori-Kindergärten und Waldorfschulen – ohne Computer.

Dauerüberwachungsinstrumente

RUBIKON: *Dann lieber weiter mit Tafel, Kreide und Stuhlkreis. Leute wie Sie sind heute als technophob, rückwärtsgewandt und als Antimodernisierer verrufen. Stört Sie das?*

RALF LANKAU: Weil ich vor etwas warne, das unseren Kindern schadet? Smartphones und Tablets sind keine Lehrmittel, sondern elektronische Geräte der Unterhaltungsindustrie, mit denen man surfen, chatten und chillen, aber kaum konzentriert arbeiten kann. Das Ablenkungspotenzial privater Kommunikationstools und Spiele ist extrem hoch. Die App-Anbieter tun auch alles, damit man möglichst oft und lange online ist. Smartphones sind der Traum jedes Werbepsychologen und Marketingers: Man kann live miterleben und mitspeichern, was Menschen rund um die Uhr so tun, wo sie sind, mit wem sie kommunizieren, was sie im Netz suchen oder machen. Tablets und Smartphones sind Dauerüberwachungsinstrumente und die Daten der heutigen Nutzer die Ausgangsbasis dafür, die Angebote und Steuerungsmechanismen zu optimieren. Wir erleben derzeit das weltweit größte Experiment am lebenden Objekt. Die Nutzer selbst aber glauben an kostenlose Dienste – einfach genial.

RUBIKON: *Auch mit den Konzepten Arbeit 4.0 und Industrie 4.0 verbinden sich heutzutage praktisch nur frohe Botschaften und angeblich „riesige Chancen und Potenziale“. Wer seine Sinne beisammen hat, der ahnt, dass das Ganze auf ein riesiges Arbeits(platz)vernichtungsprogramm hinausläuft. Sollte man den DigitalPakt#D nicht ebenso in diesem Kontext denken? Überspitzt ausgedrückt: Wenn der Computer im Klassenzimmer das Zepter übernimmt, braucht es schon bald keine Lehrer mehr.*

RALF LANKAU: Dieses ganze 4-Punkt-Null-Gerede wird ja unreflektiert übernommen, weil wir uns an Versionsnummern für Software gewöhnt haben, wie Windows 10 oder Web 2.0. „Industrie 4.0“ ist ein Schlagwort aus der Hightech-Strategie des BMBF aus dem Jahr 2012 und das Ziel die „intelligente“, das heißt vollständig automatisierte und menschenleere Fabrik. Das lässt sich weiterspinnen: In vollautomatisierten „Lernfabriken 4.0“ wird das „Werkstück Mensch“ von der Kita über Schule und Hochschule bis zur Erwachsenenbildung automatisch von Lernstation zu Lernstation geführt, wo von Algorithmen berechnete Lerneinheiten und Übungen die gewünschten Kompetenzen vermitteln und umgehend abprüfen. Die Lernenden an Bildschirm oder Display werden dafür kleinteilig psychometrisch mit Kamera und Mikrofon aufgezeichnet, vermessen und ausgewertet. Algorithmen bestimmen aufgrund der Leistungsfähigkeit, Geschwindigkeit, Fehlerquote, Frustrationstoleranz und anderer Parameter die zu erreichenden Lernziele. Die Software prüft, ob die angestrebten Kompetenzstufen erreicht werden, und „empfiehlt“ einen Beruf, ein Studienfach – oder steuert die Lerninhalte nach dem aktuellen Bedarf an Arbeitnehmern. Hat der Proband das maximal mögliche Kompetenzniveau erreicht, wird er als evaluiertes Humankapital mit definierten Kompetenzen dem Arbeitsmarkt zugeführt und gegebenenfalls nachgeschult, sobald weitere und wieder neue Kompetenzen gefragt sind.

Systemtechniker statt Pädagogen

RUBIKON: *Das klingt doch sehr stark nach Science-Fiction und dazu reichlich dystopisch. Das ist aber Ihr voller Ernst?*

RALF LANKAU: Wir steuern geradewegs darauf zu. Im Moment sind wir in der Testphase. Google, Apple und Co. bieten den Schulen jetzt schon ganze Klassensätze an Hard- und Software kostenlos an und werten die Daten aus. Im nächsten Schritt können Arbeitgeber oder Lobbyisten jeglicher Couleur die Anbieter von Lehrmitteln beauftragen, die jeweils gewünschten Inhalte einzubinden. Nach der Hardware und den Systemen werden die Inhalte privatisiert – die Google-Schools lassen grüßen. Wer sich heute als Schule an solchen Projekten beteiligt, sollte wissen, dass die Softwareanbieter gerade Feldversuche zur Automatisierung des Unterrichts machen, ohne es zu sagen. In Phase eins werden Lehrkräfte geschult, die Kindern beibringen, am Rechner zu arbeiten. In Phase zwei läuft die Beschulung automatisch per Rechner und synthetischer Computerstimme.

RUBIKON: *Und wo bleiben dabei die Pädagogen?*
RALF LANKAU: Auf der Strecke. Lehrerinnen und Lehrer verschwinden einfach – das ist das Ziel. Sie werden ersetzt durch billigere Sozialarbeiter oder Sozialcoaches, ein paar Psychologen für ausrastende Kinder und ansonsten Systemtechniker, die die IT-Systeme am Laufen halten und optimieren. Das lässt sich nachlesen bei Jose Ferreira und seinem System „Knewton" oder bei Fritz Breithaupt und seiner „Talking Method": Kinder, Jugendliche, Erwachsene sitzen in Fabrikhallen vor Displays, den Kopfhörer auf und eine synthetische Computerstimme in den Ohren. Das Irre ist: Das alles wird als Individualisierung vermarktet und ist doch nur die Zurichtung durch Algorithmen. Es ist reiner Frontalunterricht und kleinteilige Kontrolle, wird uns aber als personalisiertes Lernen verkauft. Software kann aber weder personalisieren noch individualisieren. Algorithmen haben keine Vorstellung von einer Person oder einem Individuum, sondern nur von Regelprozessen. Dahinter stehen die Modelle der Kybernetik und des Behaviorismus. Ziel ist es, die Probanden zum vorgesehenen und abprüfbaren Ergebnis zu bringen.
RUBIKON: *Wenn es wirklich so kommt, wie Sie es beschreiben, dann braucht es künftig ja auch keine Lehrerausbildung mehr und keine Pädagogikprofessoren, keine Hörsäle...*
RALF LANKAU: Richtig. Für „Bildung 4.0" braucht man keine Lehrkräfte, sondern Rechner. Das ist zugleich die wissentliche und vorsätzliche Dequalifizierung von Lehre und Unterricht als Verständigungs- und Verstehensprozess. Aus einem pädagogischen und didaktischen wird nach diesen Modellen ein Produktionsprozess von abprüfbaren und einsetzbaren Kompetenzen.

Roboter im Hörsaal

RUBIKON: *Wo wir schon bei den Hochschulen sind – Wohin, denken Sie, führt der Weg der altehrwürdigen Alma Mater?*
RALF LANKAU: Für die Hochschulen gilt das Gleiche wie für die öffentlichen Schulen. Wir erleben eine industriegetriebene Umwandlung von Bildungs- zu Ausbildungseinrichtungen. Statt Allgemeinbildung wird immer stärker auf berufsvorbereitende Kompetenzen und zweckgebundene Berufsbildung umgestellt. „Bildung" wird zwar als an sich positiv besetzter Begriff überall postuliert, ist aber inhaltlich vollständig entwertet und verzweckt – im Sinne von Selbstoptimierung für den Arbeitsmarkt. Dazu passt das modularisierte Studium, das Abrechnen in ECTS-Punkten und Zeitstunden, Dauerevaluationen und Kennzahlenfixierung. Auch die Uni wird eine automatisierte Lernfabrik – nicht zuletzt, weil die Lehrenden sich weder gegen den Bologna-Prozess noch gegen die betriebswirtschaftlichen Maxime des Total Quality Management, des TQM, wehren. Und das, obwohl bekannt sein müsste, dass diese Methoden der produzierenden Industrie für soziale Einrichtungen nicht funktionieren und kontraproduktiv, weil im Wortsinn „asozial" sind.
RUBIKON: *Dieser Tage war zu lesen , dass an der Uni Marburg ein Sprachwissenschaftler seine Seminare neuerdings an der Seite eines Roboters abhält. Haben Sie dafür noch Worte?*
RALF LANKAU: Was dieser Roboter so kann und macht, ist nur noch albern. Wochenlang wird programmiert und herumexperimentiert, damit dieser Pepper „Guten Tag" sagen und ihn Studierende fragen können, wann die Klausur ist und wie man sich dafür anmeldet. Schon als Vokabeltrainer ist das Gerät nicht sonderlich effizient, weil jede per Hand geschriebene Lernkarte für den Lernerfolg mehr bringt als ein Bildschirm und eine Computerstimme. Aber für den Rat, sich Lernkarten zu schreiben, bekommt man weder Geld noch Aufmerksamkeit in den Medien. Für mich ist das ein typisches Beispiel für die „Abschaffung der Hochschulen durch ihre Vertreter". Hier lässt sich ein Hochschulangehöriger – wissentlich oder nicht – für externe Partikularinteressen instrumentalisieren. Wer nicht realisiert, warum Kognitionswissenschaftler, Ärzte, Lernpsychologen und Pädagogen für die Präsenzlehre eintreten, sollte sein Selbstverständnis hinterfragen. Heutzutage bekommt man Forschungsgelder und Drittmittel nur für Pro-Digital-Projekte, nicht für die so notwendige Technikfolgenabschätzung.

Präsenzuni als Auslaufmodell

RUBIKON: *Für die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen plant die neue und parteilose Wissenschaftsministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen die Wiedereinführung der Anwesenheitspflicht von Studierenden, welche die rot-grüne Vorgängerregierung im Namen der Studierfreiheit abgeschafft hatte. Die Präsenzuni ist offenbar doch nicht so einfach totzukriegen oder wie beurteilen Sie diese Intervention?*
RALF LANKAU: Ich unterrichte seit 30 Jahren Studierende, dazu habe ich fast 20 Jahre lang Fernstudiengänge mit aufgebaut und Teilnehmer betreut. Das eine ist mit dem anderen nicht vergleichbar. Nach meiner Erfahrung ist die Präsenz für bestimmte Prozesse der Kommunikation und des Dialogs absolut notwendig. Wir können als Dozenten und Studierende nur zusammenarbeiten, wenn alle Beteiligten vor Ort sind und sich aktiv am Lehr- und Lernprozess beteiligen. Bei einem Studium geht es ja nicht nur um Fach-, Bestands- oder Repetitionswissen, sondern um das Lernen als Prozess in einem Fach oder Fächerkanon als Disziplin und dem sozialen Miteinander als Diskurs und Erfahrung. Die wichtigsten Erfahrungen in meinem Studium waren deshalb auch die Begegnungen mit Menschen und ihren Gedanken, Ideen und Vorstellungen.
RUBIKON: *Davon bliebe wenig übrig, wenn sich Studierende demnächst nur per PC, Tablet oder Smartphone in den „Hörsaal" einloggen oder irgendwelche Lernsoftware durchackern.*
RALF LANKAU: Für ein reguläres Studium sind die Präsenz auf dem Campus und das soziale und kooperative Miteinander entscheidend. Wer glaubt, sich alles mit Massive Open Online Courses, kurz MOOC, beibringen zu können, sollte es probieren. Es gibt Menschen, die so diszipliniert und zielstrebig sind. Das sind aber Personen, die bereits studiert haben und sich weiterbilden beziehungsweise weiterqualifizieren wollen. Der Anteil der sogenannten Selbstlerner liegt statistisch bei unter fünf Prozent. Ansonsten bewegen sich die Abbrecherquoten bei Onlinekursen zwischen 90 bis 98 Prozent. Das ist sicher keine Alternative zum Präsenzstudium.
RUBIKON: *Die Präsenzuni hat auch die Qualität, dass sie Menschen zusammenbringt, während ein Onlinestudium die Menschen physisch und damit wohl auch mental voneinander trennt.*
RALF LANKAU: Natürlich vollzieht sich mit dem Vormarsch der digitalen Medien auch ein Prozess der Entkollektivierung, Vereinzelung und Entsolidarisierung. So ist zum Beispiel auch die Funktion dieser MOOC primär eine soziale Selektion, die da lautet: Schau, Du kannst alle Kurse belegen und die Onlineprüfungen machen. Die Prüfungen kosten Geld, aber Du kannst beim Bestehen Zertifikate für Bewerbungen sammeln und zeigen, dass Du willig bist. Die Besten bekommen vielleicht sogar ein Stipendium. Wer es nicht schafft, ist selbst schuld und kann sich nirgends beschweren. Das Versagen wird an das Individuum delegiert. Das ist perfide, weil Onlinekurse kein Studium ersetzen können und auch Studierende an Präsenzunis bei reinen Onlineangeboten scheitern würden. Meine Erfahrung ist, dass junge Menschen, die direkt von der Schule kommen, die immer noch vielen Freiheiten des Studierens mitunter eher als „Freiheit vom Studieren" nutzen und erst später be-

Publiziert auf Free21 am 30.01.2018, 11:42 Uhr, von Ralf Wurzbacher auf www.rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BYNCND4.0.

greifen, dass die Freiheit des Studierens bedeutet, sich selbst zu organisieren, sich selbst Fragen zu stellen und Ziele zu setzen. Ein Studium ist eine Aufforderung zu Selbständigkeit und zunehmender Freiheit durch eigenständiges Arbeiten, Entscheiden, Handeln.

Schulen vom Netz

RUBIKON: *Über Sie ist auch zu erfahren, dass Sie den Einsatz der neuen Medien im Bildungsbetrieb nicht rundweg verteufeln. Unter welchen Bedingungen könnte in Ihren Augen der Gebrauch sinnvoll sein?*

RALF LANKAU: Ich verteufele weder alte noch neue Medien. Unterricht ist ohne Medien ja gar nicht möglich. Man muss nur alle Medien im Fokus haben. Was ich kritisiere, ist zweierlei: Zum einen wird der Einsatz digitaler Medien im Unterricht nicht von den Schülerinnen und Schülern und von Unterrichtenden her gedacht, sondern von den Technikanbietern. Das sieht man schon an den Begriffen: eLearning, Mobile Learning und MOOC. Benannt wird immer die Technik der Speicher- und Distributionsmedien. Das wäre so, als würde man den Begriff „analoges Lernen“ einführen und von Book-Learning oder Tafelabschreiblernen sprechen. Das Zweite ist, dass bei allen Onlinemedien durch den permanenten Rückkanal alle Nutzerdaten und Aktionen gespeichert und für Lernprofile ausgewertet werden. Während aber das Speichern von Daten an und zwischen Schulen in den USA verboten ist – dafür gibt es den Children‘s Online Privacy Property Act, kurz COPPA – werden Daten deutscher Schülerinnen und Schüler einfach ins Netz gespeist, wenn man Dienste wie Google, Facebook oder WhatsApp nutzt. Aber auch in geschlossenen und verschlüsselten Netzen wie der Hasso-Plattner-Schul-Cloud werden Schülerdaten ausgewertet. Wir brauchen daher als erstes verbindliche juristische Regeln, wie mit Schülerdaten umgegangen werden darf, wer darauf Zugriff hat, für welche Zwecke, wie lange. Ich plädiere dafür, Daten Minderjähriger grundsätzlich weder tracken noch auswerten zu dürfen. Wir wollen doch keine Lernkontrollsysteme installieren, oder?

Bildung sturmreif gekürzt

RUBIKON: *Was wäre eine für Sie wünschenswerte Alternative?*

RALF LANKAU: Um Informationstechnik in Schulen einsetzen zu können, braucht ist eine ganz andere Philosophie: Datensparsamkeit und Dezentralisierung mittels lokaler Netze, lokale Server, verschlüsselte Datenübertragung zwischen kooperierenden Schulen, Hacker-Projekte und Workshops für Medienprojekte statt Learning Analytics. Wir sollten Lernsoftware eher wie Schulbücher oder andere Lehrmittel einsetzen. Wer will, kann damit lernen und üben. Aber niemand kontrolliert und protokolliert, wer welche Bücher wie lange liest. Wir brauchen zweitens eine eigene technische Infrastruktur, um keine US-Dienste nutzen zu müssen. Das heißt konkret: Schulen vom Netz, bis wir unsere Hausaufgaben gemacht haben. Und auch danach sollten wir die Rechner so konfigurieren, dass an den Schulen nur dort mit ihnen gearbeitet werden kann, wo es fachlich und didaktisch sinnvoll ist – aber eben offline, mit lokal installierter Software, ohne Netzanbindung. Dann funktionieren zwar die Geschäftsmodelle der Lehrmittelanbieter nicht mehr, aber das ist nicht mein Problem als Pädagoge.

RUBIKON: *Das hieße dann auch, Schluss mit dem Digitalpakt#D, bevor es richtig damit losgegangen ist?*

RALF LANKAU: Natürlich. Das ist ein Fünfjahresplan mit Zwangsdigitalisierung und Zwangsweiterbildungen für Lehrkräfte, mit Vorgaben an die Rektorate, Digitaltechniken verpflichtend einzusetzen, und mit Eingriffen in die Methodenfreiheit der einzelnen Lehrkraft. Das hat den Charme autoritärer und zentralistischer Systeme, als die man Digitalmonopole ja auch sehen kann. Wir erleben seit Langem, dass Schulen systematisch und vorsätzlich unterfinanziert sind, um sie anfällig für solche Lockangebote zu machen. Wer Schulen unterstützen will, muss es den Schulen überlassen, wofür das Geld ausgegeben wird – Musikinstrumente, Sportgeräte, Bücher oder auch Hardware, um daraus Rechner zu bauen. Statt Zentralisierung und Steuerung braucht es Lokalisierung und Ausrichtung an den Bedürfnissen vor Ort. Dann entsteht Vielfalt, dann sind Schulen wieder soziale Lernorte statt Lernfabriken und Zurichtungsanstalten.

Im Interview:

Ralf Lankau

Jahrgang 1961, ist Professor für Mediengestaltung und Medientheorie an der Hochschule Offenburg. Er leitet dort die sogenannte „grafik.werkstatt“ an der Fakultät Medien und Informationswesen, forscht zu experimenteller Medienproduktion in Kunst, Lehre und Wissenschaft und publiziert zu Design, Kommunikationswissenschaft und (Medien-) Pädagogik. Lankau betreibt das Projekt „futur iii – Digitaltechnik zwischen Freiheitsversprechen und Totalüberwachung“ (http://futur-iii.de) und ist Mitinitiator des „Bündnisses für humane Bildung – aufwach(s)en mit digitalen Medien“ (http://www.aufwach-s-en.de). Von Lankau erschien Anfang Oktober im Beltz-Verlag: „Kein Mensch lernt digital: Über den sinnvollen Einsatz neuer Medien im Unterricht“.

Dieser Text wurde zuerst am 04.11.2017 auf www.rubikon.news unter der URL ‹https://www.rubikon.news/artikel/gefahrliche-heils-lehre› veröffentlicht. (Lizenz: CC BY-NC-ND 4.0)

‹http://www.free21.org/?p=28725›

Free21

Das Magazin als Druck-Abo:

Erscheinung jeden 2. Monat

10 Magazine pro Abonnent und Ausgabe

10,-/Ausgabe

free21abo.de

Totalitäre Horrorvision

Der Milliardärs- und Großkonzerneclub Weltwirtschaftsforum hat sich mit staatlichem Segen für die Verbesserung der Kontrolle von Reisenden zuständig erklärt.

von Norbert Häring

Big Brother (Foto: MasterTux/pixabay/CCo)

Dafür haben die Konzerne eine Serie von Workshops organisiert, an der die US-Homeland Security und andere staatliche Einrichtungen mitmachen durften, weil sie das Ergebnis ja später umsetzen sollen. Heraus kam eine Horrorvision erzwungen-freiwilliger Totalüberwachung durch uns selbst, die schon bald Wirklichkeit werden soll.

Neuerdings nennt sich der Club der 1000 größten internationalen Konzerne „DIE internationale Organisation für öffentlich-private Kooperation". So jedenfalls schreibt es Weltwirtschaftsforums-Vorständin Cheryl Martin im Vorwort des Berichts „Der bekannte Reisende: Wie man das Potential der digitalen Identität für sicheres und reibungsloses Reisen hebt" [1]. Dieser Bericht, erstellt unter der Federführung von Accenture (einer der weltweit größten Managementberatungs-, Technologie- und Outsourcing-Dienstleister. Anm. d. Red.) , wurde auf dem diesjährigen Milliardärstreffen in Davos verabschiedet, aber nicht an die große Glocke gehängt. Man vertraut wohl nicht darauf, dass die Öffentlichkeit sich von den schönen Worten und den Hochglanzfotos von fröhlichen Reisenden blenden lassen würde. Lesen sollen den Bericht vor allem die am Überwachungsgeschäft Beteiligten.

Und so soll es gehen: Wir befüllen selbst eine Datenbank mit Informationen über uns. Das soll unsere Reisehistorie sein, Bankdaten, Hotelübernachtungen, Mietwagenbuchungen, Dokumente von Universitäten, Ämtern etc. Wenn wir eine Grenze überschreiten wollen, geben wir den Behörden freiwillig einen Zugang zu diesen Daten, damit sie sich vorab überzeugen können, dass wir harmlos sind. Mittels Gesichtserkennung und unserem (idealerweise) biometrisch mit uns verknüpften Smartphone, können sie sich beim Grenzübergang davon überzeugen dass wir sind, wer wir behaupten zu sein. Wenn wir fleißig genug beim Sammeln digitaler Belege und freigiebig genug mit diesen Daten waren, dürfen wir zur Belohnung an den Schlangen der anderen Reisenden vorbeigehen, werden bevorzugt behandelt und minimal kontrolliert. Wörtlich heißt es:

> Die Reisenden müssen die Gelegenheit bekommen, die passive Rolle zu verlassen und zu einer aktiven Partnerschaft im Sicherheitsprozess überzugehen. Wenn sie selbst entscheiden, ihre digitale Identität zu teilen, erfahren sie die Belohnung einer stärker personalisierten und reibungslosen Reise.

Wenn sich allerdings Zweifel an den Absichten eines Reisenden auftun, kann der Grenzbeamte ihm, gestützt auf die übermittelten Informationen, „tiefergehende Fragen stellen, etwa um seine jüngsten Aktivitäten besser zu verstehen".

Man kann sich leicht ausmalen, dass man zunächst immer länger warten muss, wenn man nicht mitmacht, und irgendwann die „freiwillige" Datenfreigabe nötig sein wird, um überhaupt in das Zielland einreisen zu dürfen.

Der Clou bei dem Konzept des Weltwirtschaftsforums: Es wird (angeblich) keine behördliche, zentrale Datenbank aufgebaut. Das macht nämlich aufgrund der unweigerlichen Hackerangriffe nur Ärger, wie in dem Bericht zu lesen ist. Man muss sich als verantwortliche Behörde für geleakte Daten rechtfertigen und entschuldigen und womöglich sogar noch entschädigen. Nein, die sich selbst überwachenden Menschen sind selbst für ihre Daten verantwortlich. Das nennt sich Dateneigentum. Natürlich gibt es in Wirklichkeit doch eine zentrale Datenbank, wo alles zusammenläuft, was im Lauf der Zeit an die Grenzer übermittelt wurde, eine Datenbank auf die die US-Heimatschutzbehörde und generell die Polizeibehörden und Geheimdienste im Bedarfsfall zugreifen können. Aber über ein Spiegelkabinett aus Blockchain-Terminologie wird dafür gesorgt, dass das nur sehr misstrauischen oder gewissenhaften Lesern auffällt. (Auf Seite 25 erfährt man verklausuliert und vage die Wahrheit.)

Kanadier und Niederländer als Versuchskaninchen

Zwar haben US-Unternehmen und Behörden die Arbeitsgruppen dominiert. Den Testlauf machen jedoch demnächst die Grenzbehörden von Kanada und den Niederlanden. Reisende zwischen diesen beiden Ländern dürfen bald schon mit dem Datensammeln beginnen, um schneller abgefertigt zu werden. Das Weltwirtschaftsforum hat den kanadischen Grenzern Unterstützung bei der Implementierung des Plans der Konzerne zugesagt. Das dürfte heißen, dass die teilnehmenden US-Konzerne Google, Visa und Co. dafür sorgen, dass technisch alles läuft. Selbst die (recht zurückhaltende) Verkündung des Pilotprojekts [2] übernahm das Weltwirtschaftsforum in Davos

Publiziert auf Free21 am 26.03.2018, 23:01 Uhr, von Norbert Häring auf www.norberthaering.de, Lizenz: Norbert Häring.

und nicht die beteiligten Regierungen. Es klänge ja auch nicht gut, wenn die niederländische Regierung verkünden würde: ‚Wir haben uns bereit erklärt, unsere Bürger, die nach Kanada reisen, als Versuchskaninchen für ein totalitäres Überwachungssystem anzubieten, das sich die amerikanischen Technologiekonzerne und Datenkraken zusammen mit der Homeland Security für uns ausgedacht haben.‘

Ein im Bericht hervorgehobenes Zitat des Google-Managers Rob Torres erinnert stark an den Film Minority Report:

> „Technologieunternehmen haben große Fortschritte beim Data-Mining, Maschinenlernen und künstlicher Intelligenz gemacht, die fortgeschrittene prognostische Analysen ermöglichen. In Kombination mit den von den Passagieren gelieferten Informationen können diese Technologien von Regierungen genutzt werden, um (…) komplexe Muster in großen Datenbeständen mit dem Ziel zu analysieren, Sicherheitsrisiken an Grenzen vorherzusagen.

Wenn das kanadisch-niederländische Pilotprogramm gut läuft, dürfte der nächste Schritt sein, dass auch die US-Grenzer die freiwillige Selbstüberwachung zunächst mit Privilegien prämieren und danach verlangen. Jedenfalls ist der Planung des Weltwirtschafsforums zufolge die großangelegte Nutzung ab 2019 geplant.

Die Vorteile für die Konzerne

Erkennbar haben sich die Konzerne wie Hilton, Visa und Google nicht aus reinem weltbürgerlichem Pflichtgefühl so engagiert, um für die Polizeibehörden auf eigene Kosten ein solches System auszuarbeiten. Vielmehr sind die Grenzbehörden erklärtermaßen der ideale Katalysator um die kritische Masse für ein solches freiwilliges System der freiwilligen Selbstüberwachung und Datenfreigabe zwangsweise zu schaffen. Wenn es einmal etabliert ist, erhalten die Datenkraken unaufhaltbar von lästigen Datenschutzverordnungen zuverlässig weiter alle unsere Daten.

(Bild: Pixabay, CC0)

So heißt es im Implementierungsplan, dass das Konzept großes Potential über das Reisen hinaus habe. Wenn sich die Selbstüberwachung an der Grenze einmal durchgesetzt hat, sollen die Bürger ihre gesammelten Daten ebenso freiwillig auch „für alltägliche Anwendungen“ in Interaktion mit Unternehmen und Behörden hergeben (Fettung im Original). Genannt werden als Beispiele Gesundheit, Bildung und Erziehung, Bankwesen, humanitäre Hilfe und Wahlen. Wegen der Netzwerk-Effekte sei es kritisch für den Erfolg des Projekts, so der Bericht, dass es schnell zu einer möglichst breiten Anwendung kommt. Das soll schon ab 2020 geschehen.

Und so erfährt man denn am Ende des Berichts unter der Überschrift „Digitale Identität beim Weltwirtschaftsforum“, dass das Forum – wieder unter Federführung von Accenture – bereits begonnen hat, einen Rahmen für die Nutzung des Konzepts über das Reisen hinaus zu entwickeln. Dabei soll es vor allem auch darum gehen, bekannte Geräte vollkommen verlässlich mit bekannten Personen zu verknüpfen. Ziel sei es, dass „Nutzer von blockchain-basierten Systemen als eine einzige, konsistente Identität agieren, der alle ihre Aktivitäten indexiert zugeordnet werde.” (Hervorhebung des Autors)

Es ist schlimm genug, dass es diese Pläne gibt, und dass die US-Regierung sie erfahrungsgemäß auch durchsetzen kann. Sobald sie etwas zur Bedingung für die Einreise macht, wie etwa biometrische Personalausweise, dann wird das von der EU pflichtschuldig umgesetzt. Nötigenfalls werden widerborstige Parlamentarier massiv unter Druck gesetzt.

Fast noch schlimmer ist, dass unsere Regierung mit ihrem Gerede vom „Dateneigentum“ als angeblichem Ersatz für Datenschutz und Privatsphäre den Boden dafür bereitet, dass es mit der allgemeinen Umsetzung dieses Plans auch über internationale Reisen hinaus klappt.

Die Datenkrakenlobby hat sogar es geschafft, den Begriff im Koalitionsvertrag von Union und SPD zu verankern: Wir sollen selbst für unsere Daten verantwortlich sein und sie freiwillig-gezwungenermaßen den marktmächtigen Konzernen und den Behörden geben, wann immer diese danach fragen. Das soll alltäglich werden und wird die vollständigen Aktivitätsprofile von allen ermöglichen, die im Bericht des Weltwirtschaftsforums als Lohn der Anstrengung verheißen werden.

Quellen:

[1] The Known Traveller: Unlocking the potential of digital identity for secure and seamless travel, *<http://www3.weforum.org/docs/WEF_The_Known_Traveller_Digital_Identity_Concept.pdf>*

[2] Canada to Test Advancements in Biometrics and Blockchain to Welcome International Travellers, *<https://www.weforum.org/press/2018/01/canada-to-test-advancements-in-biometrics-and-blockchain-to-welcome-international-travellers/>*

Unterstütze Free21.org

Vereins-Spendenkonto:

Empfänger: VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, **IBAN:** DE84 4306 0967 1185 9021 00, **Verwendungszweck:** FREE21 oder **per Paypal:** verein@free21.org

Autor:

Norbert Häring

ist Wirtschaftsjournalist und Autor populärer Wirtschaftsbücher. Er schreibt für Deutschlands führende Wirtschaftstageszeitung Handelsblatt. Er ist Mitgründer und Ko-Direktor der World Economics Association.

www.norberthaering.de

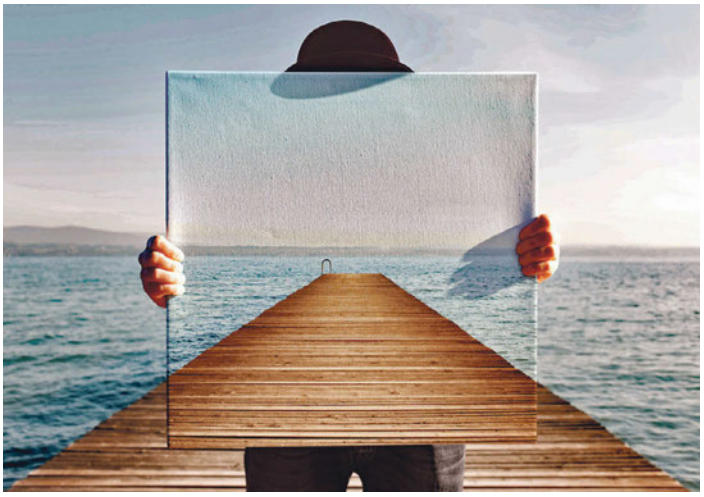
Dieser Text wurde zuerst am 19.02.2018 auf www.norberthaering.de unter der URL ‹http://norberthaering.de/de/27-german/news/951-weltwirtschaftsforum› veröffentlicht. Lizenz: Norbert Häring

‹http://www.free21.org/?p=28872›

Die Illusion der freien Märkte

Wie der Staat hinter den Kulissen den Kapitalismus künstlich am Leben hält. Exklusivabdruck aus „Chaos: Das neue Zeitalter der Revolutionen“.

von Fabian Scheidler



Illusion (Foto: frankie's / Shutterstock.com / CCo)

Es gehörte schon immer zu den schmutzigen Geheimnissen des Kapitalismus, dass er mit freien Märkten sehr wenig zu tun hat und von Anfang an untrennbar mit staatlichen Herrschaftsstrukturen verflochten war. Die frühneuzeitlichen Staaten gewährten Händlern und Bankiers wie den Fuggern Monopolrechte als Gegenleistungen für Kredite, mit denen die Landesherren Söldner und Rüstungsgüter bezahlten. Nur durch diese Kredite konnten die sich neu formierenden Territorialstaaten ihre Macht aufbauen. Und nur durch die Monopole konnten die Händler und Bankiers die enorme Konzentration von Kapital in ihren Händen erreichen, ohne die der Kapitalismus undenkbar wäre. Die ersten Aktiengesellschaften des 17. Jahrhunderts waren Schöpfungen von Staaten und wurden von ihnen mit Charterbriefen, Monopolrechten und sogar militärischen Mitteln ausgestattet. Bis heute sichern Staaten für private Unternehmen weltweit Handelswege und setzen Eigentumsrechte durch – oft gegen den massiven Widerstand lokaler Bevölkerungen, wenn es etwa darum geht, neue Kupferminen oder Tagebaue zu erschließen, Pipelines zu bauen oder Kleinbauern für Palmölplantagen zu vertreiben. Im Laufe der Jahrhunderte haben sich darüber hinaus einige weitere Methoden entwickelt, mit denen Staaten die Maschinerie der endlosen Geldverwertung in Gang halten. Drei Strategien sind dabei von besonderer Bedeutung: Subventionen, leistungslose Einkommen aus Eigentumsrechten und Aneignung durch Schulden. Diese Dreifaltigkeit der Tributökonomie wird immer wichtiger, je instabiler die Weltwirtschaft wird. Denn sie beschert dauerhafte Geldflüsse auch dann, wenn sich am Markt kaum noch Profite durch den Verkauf von Gütern und Dienstleistungen erzielen lassen.

Konzerne am Tropf

In fast allen Staaten der Erde existiert ein komplexes Subventionsdickicht, durch das private Konzerne mit Steuergeldern kontinuierlich gefördert werden. In den letzten Jahrzehnten ist dieses Subventionsnetz zu einer Art Herz-Lungen-Maschine für den dahinsiechenden Kapitalismus geworden. Ein Großteil der 500 größten Konzerne der Erde würde ohne die massive Unterstützung durch Steuergelder längst bankrott sein. Schauen wir uns die mächtigsten Branchen einmal nacheinander an:

- Die Erdöl-, Erdgas- und Kohleindustrie wird nach Schätzungen der ausgesprochen konservativen Internationalen Energieagentur jedes Jahr mit rund 500 Milliarden Dollar subventioniert. Dabei sind die noch viel größeren Schäden, die diese Branche durch den Klimawandel verursacht – und für die sie bisher praktisch nichts bezahlt –, noch nicht mit einberechnet. Auch nicht berücksichtigt sind die Kosten für die Kriege um Erdöl und die militärische Sicherung von Pipelines und Tankerrouten, die ebenfalls aus Steuergeldern bestritten werden.
- Die gigantischen Ölsubventionen stützen auch massiv die krisengeschüttelte Automobilindustrie weltweit. Würden die wahren Kosten des Öls auf die Benzinpreise umgelegt, wäre Autofahren für die meisten Menschen unbezahlbar, die Branche würde zusammenbrechen. Der Bau und Unterhalt von Straßen verschlingt außerdem in allen Ländern der Erde weit mehr Geld, als durch Kfz-Steuern eingenommen wird – eine billionenschwere Subvention, die der Autoindustrie einen entscheidenden Vorteil gegenüber dem Schienenverkehr verschafft. Das Umweltbundesamt hat errechnet, dass der Autoverkehr in Deutschland, wenn man Umweltschäden und Unfälle miteinberechnet, die Allgemeinheit jedes Jahr 59 Milliarden Euro mehr kostet, als der Fiskus über Auto-bezogene Steuern und Gebühren einnimmt. Für die Umwelt- und Gesundheitsschäden infolge krimineller Machenschaften, etwa der Manipulation von Abgaswerten, zahlen Autokonzerne praktisch nichts. Hinzu kommen massive direkte Subventionen. Allein für die sogenannte Abwrackprämie nach der Finanzkrise flossen in Deutschland fünf Milliarden Euro an Steuergeldern, in den USA spendierte die Regierung sogar 80 Milliarden Dollar, um GM und Chrysler zu retten, davon waren zehn Milliarden am Ende für die Steuerzahler auf Dauer verloren.
- Die Flugzeugbranche produziert den am schnellsten wachsenden Anteil an Treibhausgasen und bezahlt für die daraus folgenden Schäden nichts. Für ihre Infrastruktur, insbesondere den Bau von Flughäfen, kommen fast ausschließlich die Steuerzahler auf. Allein der BER-Flughafen bei Berlin hat bereits in der Bauphase fünf Milliarden Euro verschlungen, das Äquivalent von etwa einer Million Kindergartenplätzen. Flugbenzin wird weltweit nicht besteuert, der Flugverkehr ist außerdem aus den UN-Klimaverhandlungen ausgespart. Airlines wie Al Italia oder Air Berlin wurden mit Hunderten Millionen Euro Steuermitteln vor dem Konkurs bewahrt. Die Flugzeugbauer Airbus und Boeing erhalten auf direktem und indirektem Wege staatliche Subventionen in Milliardenhöhe, die regelmäßig Gegenstand von Handelsstreitigkeiten zwischen der EU und den USA sind.
- So gut wie alle Großbanken der USA, Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens und vieler anderer Staaten würden heute nicht mehr existieren, wenn sie seit 2008 nicht mit Steuergeldern in Billionenhöhe gerettet worden wären. Das Gleiche gilt für einige der weltweit größten Versicherungskonzerne wie AIG oder Allianz. Allein in Deutschland schlugen die Bankenrettungen für die Steuerzahler unterm Strich mit etwa 60 Milliarden Euro zu Buche, so viel wie alle deutschen Schulen zusammen pro Jahr kosten. Auch die angeblichen »Rettungspakete für

Publiziert auf Free21 am 19.12.2017, 11:16 Uhr, von Fabian Scheidler auf www.rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BY-NC-ND 4.0

Griechenland« dienten, über den Umweg der griechischen Staatskasse, fast ausschließlich der Bankenrettung, bei den griechischen Bürgern ist davon so gut wie nichts angekommen: 206 Milliarden Euro aus den beiden ersten Rettungspaketen gingen an die privaten Banken, bei denen sich die griechische Regierung verschuldet hatte, nur 9,7 Milliarden kamen dem Staatshaushalt zugute.

- Die Zentralbanken der USA, der EU und Japans haben seit 2008 die unglaubliche Summe von neun Billionen Dollar in das Finanzsystem gepumpt, um die Märkte vor dem Kollaps zu bewahren. Ein einziger Monat aus dem EZB-Wertpapier-Programm hätte genügt, um die Schuldenkrise Griechenlands zu lösen. Stattdessen floss das Geld an die privaten Banken. Seit 2016 gehört zu dem Programm neben dem Erwerb von Staatsanleihen auch der Ankauf von Aktien. Allein die EZB hat dafür etwa 80 Milliarden Euro ausgegeben. Damit werden die Aktienwerte für die Shareholder künstlich nach oben getrieben.
- Die IT-Konzerne des Silicon Valley haben ihr Kapital auf Computer-Technologien aufgebaut, die jahrzehntelang von staatlichen, aus Steuergeldern finanzierten Forschungseinrichtungen entwickelt wurden, insbesondere dem Massachusetts Institute of Technology. Diese Technologien wurden Microsoft, Apple, Google, Facebook und Co. umsonst zur Verfügung gestellt. In einem iPhone steckt, wie die Ökonomin Mariana Mazzucato feststellt, nicht eine einzige Technologie, die nicht staatlich finanziert wurde. Der Staat hat also als Forschungsabteilung für diese Unternehmen gewirkt. Die Konzerne wiederum haben die üppigen Staatsgeschenke privatisiert und daraus proprietäre Software entwickelt, die die Grundlage ihres Reichtums und ihrer Macht bildet. Dieses System wird durch staatliches Patentrecht und die Weigerung der meisten Regierungen, wirksam gegen die Monopole dieser Konzerne vorzugehen, gesichert.
- Die Pharmaindustrie erhält milliardenschwere Subventionen, unter anderem über den Umweg von öffentlichen Forschungseinrichtungen. Die EU etwa pumpt mit der »Innovative Medicines Initiative« (IMI) 2,5 Milliarden Euro in die Pharmabranche. Ein trinationales Rechercheteam hat das Programm unter die Lupe genommen und ist zu dem Schluss gekommen, es diene »fast nur dazu, die Industrie über den Umweg der Forschung zu subventionieren.« Die IMI ist dabei nur die Spitze vom Eisberg, große Teile der öffentlichen universitären Forschung im Bereich der »Life Science« dienen vor allem der Pharma- und Biotech-Industrie. In den USA werden zwei Drittel der Pharmaforschung aus staatlichen Subventionen bestritten, die sich auf ca. 30 Milliarden Dollar jährlich belaufen; die Gewinne aus den meist überteuerten Medikamenten dagegen sind vollständig privatisiert.
- Die Hightech-Strategie der deutschen Bundesregierung, ein Forschungsprogramm mit einem Umfang von 27 Milliarden Euro, ist überwiegend ein Subventionsprogramm für Großunternehmen. Das ist wenig überraschend, da die »Forschungsunion Wirtschaft-Wissenschaft«, die für das Programm wesentlich mitverantwortlich war, mit Vertretern von Daimler, BMW, BASF, Siemens, E.ON, Boehringer Ingelheim und Dr. Oetker besetzt war. Die Forschungsförderung für eine sozial-ökologische Transformation beträgt dagegen ein Tausendstel der High-Tech-Strategie, nämlich 30 Millionen Euro.
- Die Chemieindustrie wird in Deutschland allein durch die Ausnahmen von der Erneuerbaren-Energien-Umlage mit 1,6 Milliarden Euro pro Jahr subventioniert.
- Die Atomindustrie wurde und wird in allen Staaten, die Kernenergie produzieren, massiv subventioniert und war zu keinem Zeitpunkt ohne solche Hilfen existenzfähig. Laut einer Greenpeace-Studie flossen allein in Deutschland seit den 1950er-Jahren 200 Milliarden Euro an öffentlichen Geldern in die Kassen der Energiekonzerne. Noch nicht einberechnet sind dabei die Kosten für Rückbau und Endlagerung, von denen die Steuerzahler vermutlich den größten Teil bezahlen werden.
- Die gesamte Rüstungsbranche wird ausschließlich durch die aufgeblähten staatlichen Verteidigungsetats am Leben gehalten, weltweit ein Geschäft von 1,5 Billionen Dollar pro Jahr. Mit einem Bruchteil dieses Geldes ließe sich sowohl der Hunger auf der Welt, der 800 Millionen Menschen betrifft, beseitigen, als auch die Energieversorgung vollständig auf erneuerbare Alternativen umstellen.
- Die EU gibt jährlich mindestens 50 Milliarden Euro für Agrarsubventionen aus. Der Löwenanteil davon fließt in die industrielle Landwirtschaft, die weltweit für etwa ein Drittel der Treibhausgasemissionen, die Degradierung der Böden, die Entstehung multiresistenter Erreger in der Massentierhaltung und 80 bis 90 Prozent des Süßwasserverbrauchs verantwortlich ist. Durch den Export der hochsubventionierten Überproduktion wird außerdem die Landwirtschaft vor allem in westafrikanischen Ländern zerstört. Agrarsubventionen fließen sogar an branchenferne Konzerne wie BASF, Bayer, RWE und – man kann es kaum glauben – an den Panzerhersteller Rheinmetall.
- Praktisch alle großen Konzerne profitieren von dem Netz aus Steueroasen und Steuerschlupflöchern, das von Staaten geschaffen und – allen gegenteiligen Lippenbekenntnissen zum Trotz – hartnäckig aufrechterhalten wird. Allein in der EU betragen die staatlichen Einnahmeverluste durch Steuerflucht und Schattenwirtschaft schätzungsweise 1000 Milliarden Euro pro Jahr. Damit ließen sich mittelfristig alle Staatsschulden in der EU begleichen. Oft sind es die Regierungen selbst, die Steuervermeidungsdeals einfädeln, wie etwa der Fall der Luxemburg-Leaks gezeigt hat. Die meisten großen Staaten pflegen und protegieren ihre Steueroasen fürsorglich, ob es die britischen Kanalinseln, Bermudas oder Kaimaninseln sind, das US-amerikanische Delaware oder Pseudostaaten wie Monaco in Europa. Dem ganzen Spuk könnte sofort Einhalt geboten werden, wenn die Zentralbanken allen Kreditinstituten, die mit Steueroasen Geschäfte machen, ihre Konten kündigen würden. Doch Regierungen und Zentralbanken weigern sich beharrlich, diesen Schritt zu tun. Die Bundesregierung unterstützt die Steuerflucht außerdem mit einem Trick, indem sie die Aufsicht darüber ausgerechnet an die Wirtschaftsprüfungskonzerne KPMG und PricewaterhouseCoopers outgesourct hat, die selbst Steuervermeidung im großen Stil organisiert haben.
- Investitionsschutzabkommen (manche davon werden irreführend »Freihandelsabkommen« genannt) geben Konzernen die Möglichkeit, Staaten auf Schadensersatzzahlungen zu verklagen, wenn ihnen zum Beispiel durch neue Sozial- oder Umweltgesetze fiktive künftige Profite entgehen könnten. Deutschland hat bereits 130 solcher Abkommen abgeschlossen, um Investitionen deutscher Unternehmen im Ausland abzusichern. Auch das CETA-Abkommen der EU mit Kanada und das »Freihandelsabkommen« mit Japan sehen exklusive Klagemöglichkeiten für Konzerne vor. Der Sinn dieser Verträge besteht darin, Investitionsrisiken auf Steuerzahler abzuwälzen, Gesetzgeber von unliebsamen Regulierungen abzuschrecken und eine neue Art von Geldflüssen aus Staatskassen an Unternehmen zu organisieren.
- Ein beträchtlicher und wachsender Teil der 130 Milliarden US-Dollar, die Staaten für Entwicklungszusammenarbeit ausgeben, fließen über Organisationen wie USAID oder die Deutsche Entwicklungsgesell-

schaft DEG in die Kassen großer Konzerne und ihrer Shareholder. Deutsche Entwicklungshilfe wird zum Beispiel benutzt, um Gentechnik-Konzerne wie Monsanto und Bayer zu fördern, den Verkauf von Dr.-Oetker-Pizzen in Ostafrika zu subventionieren, Steuerflucht zu unterstützen und Kleinbauern von ihrem Land zu vertreiben, um dort Palmölplantagen aufzubauen. Immer öfter stehen dabei Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP/PPP) im Zentrum, die dazu dienen, Gewinne zu privatisieren und Verluste auf die Steuerzahler abzuwälzen.

- Auch im Inland enthalten ÖPPs oft versteckte Subventionsmechanismen. Bei der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe in den 1990er-Jahren etwa schloss der Senat mit den »Investoren« Vivendi/Veolia und RWE einen geheimen Vertrag, der den Konzernen garantierte Profite in Höhe der durchschnittlichen marktüblichen Renditen plus zwei Prozent zusicherte, und zwar unabhängig von den Leistungen des Unternehmens. Damit schufen sie eine von der öffentlichen Hand finanzierte Gelddruckmaschine für Shareholder. Die geplante Bundesfernstraßen-Gesellschaft, für die CDU/CSU und SPD im Frühjahr 2017 dreizehn Grundgesetzänderungen durch Bundestag und Bundesrat brachten, dient vor allem dazu, die deutschen Autobahnen mit einem Wert von schätzungsweise 200 Milliarden Euro für die private Kapitalverwertung zu öffnen. Mit ÖPPs und »stillen Einlagen« sollen Finanzkonzernen wie Allianz und Deutscher Bank, die verzweifelt nach lukrativen Anlagen suchen, risikolose, staatlich abgesicherte hohe Renditen verschafft werden.
- Die Teilprivatisierung des deutschen Rentensystems (»Riester-Rente«) ist ein gigantisches Subventionsprogramm für die großen Versicherungs- und Bankkonzerne. Der ehemalige deutsche Arbeitsminister Norbert Blüm hat errechnet, dass die 13 Milliarden Euro Staatszuschüsse vor allem in die Kassen privater Versicherungskonzerne wie der Allianz flossen. Die Deutschen bezahlen das nicht nur mit ihren Steuergeldern, sondern auch mit einer gewaltigen Rentenkürzung, denn sie haben inzwischen bei gleicher Lebensarbeitszeit und gleichem Einkommen eine um 30 Prozent niedrigere Rente als die Österreicher, die am staatlichen Umlagesystem festgehalten haben.

Diese Liste könnte man noch eine ganze Weile fortsetzen. Sie zeigt, dass die vielbeschworenen »freien Märkte« eine Fata Morgana sind, ein sorgsam gepflegter Mythos, der verschleiern soll, dass die Maschinerie der endlosen Geldvermehrung nur noch funktioniert, weil wir sie täglich mit Unsummen aus Steuergeldern subventionieren. Während Staaten rund um die Erde massiv an Ausgaben, vor allem im Sozialbereich, sparen, werden diese Subventionen kaum angetastet, oft sogar ausgebaut.

Nun führen Verteidiger dieses Wohlfahrtstaats für Konzerne ins Feld, es würden dadurch Arbeitsplätze gesichert. Dieses Argument ist offensichtlich unsinnig, weil man mit demselben Geld genauso gut andere, gemeinwohlorientierte Aktivitäten fördern könnte, bei denen pro eingesetztem Euro oft sogar weit mehr Arbeitsplätze entstehen, etwa im Gesundheitsbereich, im öffentlichen Verkehr, in der Bildung oder der bäuerlichen ökologischen Landwirtschaft.

Die Liste zeigt auch, dass die größten Subventionsempfänger zugleich die destruktivsten Branchen der Erde sind. Es scheint die Regel zu gelten: je zerstörerischer, desto mehr Staatshilfe. Fast alle der für das Klimachaos hauptverantwortlichen Unternehmen, einschließlich der sie finanzierenden Banken, wären entweder bankrott oder in erheblichen Schwierigkeiten, wenn sie nicht künstlich von Staaten am Leben gehalten würden. Mit anderen Worten: Die Streichung dieser Subventionen ist ein entscheidender Hebel, um die Spirale der Zerstörung zu stoppen und einen sozial-ökologischen Wandel auf den Weg zu bringen. Der Tropf, an dem diese Unternehmen hängen, ist zugleich ihr verwundbarster Punkt. Denn während transnationale Unternehmen demokratisch schwer angreifbar sind, bestimmen über die Verwendung von Steuergeldern – zumindest theoretisch – die Bürger. Die scheinbar allmächtigen Giganten der Weltwirtschaft würden sehr rasch ins Straucheln kommen, wenn ihnen die künstliche Ernährung durch den Staat abgestellt würde.

Rente statt Profit

Das Subventionswesen für Konzerne, für ihre Shareholder und Manager, ist Teil einer größeren Struktur, die man bisweilen als »Sozialismus für Reiche« oder »Neofeudalismus« bezeichnet hat. Den oberen Schichten ist es gelungen, sich ein »bedingungsloses Maximaleinkommen« zu sichern, das von ihren Leistungen und Verfehlungen weitgehend entkoppelt ist. Nicht Markterfolge erhalten und vermehren die großen Vermögen und Einkommen, sondern Strategien der Privilegiensicherung, insbesondere durch Einflussnahme auf den Staat. Die staatliche Gabenökonomie für Superreiche verbindet sich mit dynastischen Strukturen, in denen Macht und Reichtum wie einst beim Adel durch die Geburt vererbt werden.

Dazu gehört auch, dass ein immer größerer Teil des Kapitals gar nicht durch Produktion und Verkauf von Waren und Dienstleistungen vermehrt wird, sondern durch das, was man in der Ökonomik »Renten« nennt. »Rente« bedeutet hier nicht Altersversorgung, sondern ein Einkommen aus Gebühren für die Nutzung von Land, Wohneigentum oder aus »geistigen Eigentumsrechten«, zum Beispiel Patenten. Entscheidend ist, dass Kapitalbesitzer hier gar nichts produzieren und dann verkaufen, sondern allein aus dem Rechtstitel auf ein Eigentum ein Einkommen generieren.

Tributzahlungen von diesem Typ vereinnahmen einen erheblichen Anteil der Volkseinkommen. In deutschen Großstädten wie Hamburg, Berlin oder München müssen die Menschen im Schnitt etwa die Hälfte ihres Einkommens für Miete bezahlen. Nur ein Bruchteil davon kann als Gebühr für Baukosten, Instandhaltungen und Dienstleistungen aufgefasst werden. In Berlin zum Beispiel konnten Wohnungseigentümer bei Altbauten mit einer Nettomiete von sechs Euro pro Quadratmeter bis vor Kurzem gut leben, ausreichend Rücklagen für Reparaturen bilden und sogar Gewinne machen. Dieselben Wohnungen werden nun für einen Quadratmeterpreis von zwölf Euro und mehr vermietet. Die sechs zusätzlichen Euro sind reines Tributgeld. In anderen europäischen Metropolen liegen die Preise oft noch viel höher, in Paris zum Beispiel bei bis zu 50 Euro pro Quadratmeter. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung bemerkte zu Recht: »Der Pariser Wohnungsmarkt kennt keine Wirtschaftskrise.«

Wenn neu gebaut wird, sind natürlich größere Investitionen notwendig, und es lässt sich die Vermietung als ein gewöhnliches Geschäft begreifen, um diese Kosten plus einen Gewinn herauszuholen. Nun sind Wohngebäude aber keine Verbrauchsgüter, sondern können potenziell Jahrhunderte existieren. Sind die einmal getätigten Investitionen amortisiert, fließt, von Verwaltungskosten und gelegentlichen Instandsetzungen abgesehen, ein endloser Strom leistungslosen Einkommens an die Eigentümer. Da in vielen Ballungsgebieten strukturell Knappheit von Wohnraum herrscht, die nur sehr bedingt oder gar nicht durch Angebotserweiterung gemildert werden kann, sind diese Einkommensströme einem echten Marktgeschehen weitgehend entzogen.

Die Konzentration des Wohneigentums ist ein zentrales Mittel, um einen gewaltigen Geldfluss von der Unter- und Mittelschicht in Richtung der großen Vermögen aufrecht zu erhalten, der so gut wie nichts mit der Produktion und dem Verkauf von Gütern und Dienstleistungen zu tun hat. Ähnlich wie einst die Adels-

Publiziert auf Free21 am 19.12.2017, 11:16 Uhr, von Fabian Scheidler auf www.rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BY-NC-ND 4.0

privilegien, so verleiht hier der bloße Eigentumstitel umfassende Rechte auf Tributzahlungen. Und der Staat schützt diese Privilegien und setzt sie notfalls mit Gewalt durch: Wer seine Miete, sei sie auch noch so überzogen, nicht bezahlen kann oder will, wird irgendwann von der Polizei geräumt. Das Gespann von Immobilieneigentümern und Staatsgewalt gehorcht letztlich einem ähnlichen Prinzip wie das Schutzgeldsystem der Mafia: Man entrichtet Tribut dafür, dass man nicht mit Gewalt vertrieben wird. Und wie bei der Mafia kann man nicht über einen fairen Preis verhandeln.

In dieser Perspektive ist der Kampf für ein »Recht auf Stadt« und gegen Zwangsräumungen eine wichtige Keimzelle für eine andere ökonomische Ordnung – so wie seit biblischen Zeiten der Kampf um eine gerechte Landverteilung. Wie es in der Epoche der Französischen Revolution um eine Abschaffung der Adelsprivilegien ging, so gilt es heute, das moderne Tributsystem des Geldadels aufzubrechen und die Städte den Menschen zurückzugeben, die sie bewohnen. Die Überführung privater Wohnungsgesellschaften in die Hände von nicht-profitorientierten Genossenschaften und kommunalen Betrieben wäre dazu ein erster Schritt.

Die künstliche Verknappung immaterieller Güter

Das Tributsystem erstreckt sich auch auf immaterielle »geistige Güter« wie etwa wissenschaftliche Entdeckungen, technische Erfindungen, kulturelle Leistungen, Software, Markennamen und sogar die genetischen Codes von Lebewesen. »Geistige Eigentumsrechte«, die eine exklusive Verfügung über solche Güter garantieren, sind bei näherer Betrachtung ein sehr seltsames juristisches Konstrukt. Sie verknappen künstlich, was eigentlich im Überfluss da ist und durch intensivere Nutzung nicht weniger wird, sondern mehr. Wenn jemand etwa einen Softwarecode nutzt, wird er einem anderen nicht weggenommen, sondern vervielfältigt sich. Die Kosten dafür gehen gegen Null. Natürlich müssen Programmierer von etwas leben; aber Patentgebühren fließen in den seltensten Fällen in die Hände der tatsächlichen Urheber, so wenig wie Mieten in die Hände der Bauarbeiter fließen, die die Häuser einst erbauten. Stattdessen sind sie vor allem eine Methode von Kapitalbesitzern, um in einem Wirtschaftssystem, in dem es immer schwieriger wird, durch Produktion Profite zu machen, dauerhaft leistungslose Einkommen zu generieren.

Und diese Strategie ist recht erfolgreich. Gebühren aus »geistigen Eigentumsrechten« nehmen einen immer größeren Anteil der Volkswirtschaften und Unternehmensprofite ein. In den USA bestreitet die Copyrightbranche bereits elf Prozent des Bruttoinlandproduktes. In einem Bericht des Europäischen Patentamtes heißt es, dass Industrien, die sehr viele geistige Eigentumsrechte beanspruchen, inzwischen bereits 42 Prozent des EU-Sozialproduktes und 90 Prozent der Exportwirtschaft ausmachen. Die Profite daraus gehen meist am Fiskus vorbei, indem sie zum Beispiel über eine Briefkastenfirma in den Niederlanden kanalisiert werden, wo auf Patentgebühren keine Steuern anfallen.

Nun funktioniert dieser Teil des Tributsystems keineswegs reibungslos, sondern wird immer wieder herausgefordert. Gegen das ACTA-Abkommen, das die Ansprüche aus geistigen Eigentumsrechten gegen die Bürger massiv verschärfen sollte, gingen weltweit Hunderttausende auf die Straße. Es gelang schließlich, den Vertrag im EU-Parlament zu stoppen. Das Internet hat die Monopol- und Gatekeeper-Funktionen der Schallplatten-, Film- und Medienindustrie untergraben und freie Software bringt Microsoft und Co. in Bedrängnis.

Allerdings ist es Microsoft bisher gelungen, seine 50 Milliarden US-Dollar Umsatz aus Lizenzen zu verteidigen, obwohl es weitaus bessere, tributfreie Alternativen gibt und Microsoft-Programme enorme Sicherheitslücken aufweisen, die regelmäßig von Kriminellen und staatlichen Überwachungsorganen genutzt werden. Die Strategie des Monopolisten besteht darin, die Kunden in eine »Lock-in«-Situation zu manövrieren, indem die Kompatibilität mit anderen Systemen gezielt verhindert wird. Dazu fügt Microsoft zum Beispiel in Word-Dokumente große Mengen von verschlüsseltem Code ein, der beim Öffnen in anderen Programmen zu Entstellungen führt – und zugleich Hackern Tür und Tor öffnet. Öffentliche Verwaltungen haben immer wieder versucht, sich aus dem Microsoft-Tributsystem zu befreien, etwa die Städte Wien und München, sind aber durch Lock-in-Strategien und intensiven Lobbyismus – im Fall der Stadt München auch durch den Filz zwischen Konzern und CSU – dazu gedrängt worden, zu Windows und Office zurückzukehren.

Microsoft-Lobbyisten sitzen weltweit in Ministerien und Stadtverwaltungen und nutzen mit staatlicher Förderung Schulen und Universitäten zum Marketing. Der Ökonom Rufus Pollock von der Cambridge University spricht vom »klassischen Drogendealer-Modell«: früh abhängig machen und dann ein Leben lang zahlen lassen.

Um die umstrittenen Tributansprüche aus »geistigem Eigentum« durchzusetzen, greifen einige staatliche Behörden zu harschen Einschüchterungsmethoden. Ein Beispiel dafür ist der Fall von Aaron Swartz. Der Programmierer und Netzaktivist hatte Millionen von Copyright-geschützten wissenschaftlichen Artikeln heruntergeladen, um sie öffentlich zugänglich zu machen. Ein schweres Verbrechen? Das kommt auf die Betrachtungsweise an. Wissenschaftsverlage verdienen Milliarden damit, dass öffentliche Bibliotheken ihre Zeitschriften für horrende Gebühren abonnieren, obwohl weder die Autoren noch die Lektoren (peer-reviewer) bezahlt werden, die Produktionskosten also gering sind. Die Forschungsergebnisse, die auf diese Weise privatisiert werden, sind meistens von öffentlichen Universitäten finanziert worden. Swartz' Aktion griff diese Form von Tributsystem an. Obwohl die betroffene Online-Plattform auf eine Klage verzichtete, forderte die Staatsanwaltschaft 35 Jahre Haft und eine Million Dollar Strafe. Wenige Monate später beging der nur 26-jährige Swartz Selbstmord. Doch der weltweite Aufschrei über seinen Tod hat den Widerstand gegen das Tributsystem weiter angefacht.

Die Gentechnik-Industrie hat es in vielen Ländern geschafft, staatliche Protektion dafür zu erlangen, um die globale Landwirtschaft in ein Tributsystem für Patentinhaber zu verwandeln. Hersteller von patentiertem Saatgut wie Monsanto und Bayer, die inzwischen drei Viertel des Weltmarktes kontrollieren, verbieten es Bauern, einen Teil der Ernte als Saatgut für das nächste Jahr zu nutzen, so wie es die Menschheit seit mehr als 10.000 Jahren getan hat. Patentämter, Ministerien und Gerichte untermauern den Anspruch dieser Unternehmen, jedes Jahr erneut Tribut zu fordern. Der Bauer Vernon Bowman etwa wurde von einem US-Gericht zu einer Strafe von 85.000 Dollar verurteilt, weil er es gewagt hatte, Samen erneut zu benutzen, ein Urteil, das vom Obersten Gerichtshof bestätigt wurde. Auf der anderen Seite schwillt der Widerstand gegen die Gentechnik- und Patentindustrie weltweit massiv an. Der Kampf um freies Saatgut ist eines der entscheidenden Felder der Auseinandersetzung um eine zukunftsfähige Landwirtschaft und Ernährung geworden.

Schulden als Tributstrategie

Neben der staatlichen Alimentierung der Konzerne und leistungslosen Einkommen aus Eigentumsansprüchen hat sich noch eine dritte Strategie herausgebildet, um Tribut zu extrahieren. Sie funktioniert ungefähr so: Man leihe jemandem, der chronisch knapp bei Kasse ist, viel Geld. Wenn er, wie zu erwarten war, irgendwann vor der Zahlungsunfähigkeit steht, rufe man ein paar Schlägertypen

„Chaos. Das neue Zeitalter der Revolutionen", Promedia Verlag 2017

und zwinge ihn, noch mehr Schulden aufzunehmen, um seine ersten Schulden weiter zu bedienen. Für Zins und Tilgung dieser nun höheren Schulden pfände man den größten Teil seines Einkommens und seines Eigentums. Außerdem nötige man ihn, immer härter zu arbeiten, seine Freunde, Verwandten und Nachbarn anzupumpen und bei ihnen schließlich nachts das Mobiliar herauszutragen. Bis am Ende alles Hab und Gut weit und breit und auch das Land dem Gläubiger gehört, während die Schulden weiter wachsen.

Ein großer Teil dessen, was wir »Finanzmärkte« nennen, funktioniert nach diesem Muster. Die klammen Leute aus dem Beispiel sind in der Realität Staaten, die Freunde, Verwandten und Nachbarn seine Bürger. Die Schlägertypen bestehen aus Institutionen wie dem Internationalen Währungsfonds, der Troika oder den Gläubigerclubs in Paris und London. Der Witz an dem Spiel ist, dass eine erfolgreiche Entschuldung, ebenso wie eine geregelte Insolvenz, auf jeden Fall ausgeschlossen werden muss, da sonst der kontinuierliche Geldstrom versiegt. Dieses Spiel wurde jahrzehntelang von den Gläubigerinstitutionen in Afrika, Lateinamerika und Südostasien gespielt. Und seit einiger Zeit auch in Ländern wie Griechenland.

Natürlich stößt ein solches System irgendwann an Grenzen, wenn nämlich der Schuldner sein letztes Hemd hergegeben und auch sein ganzes Umfeld ausgenommen hat. Die Kredite werden dann »faul«, also wertlos. In diesem Moment betritt eine weitere Figur die Spielfläche. Nennen wir ihn Staat Nummer zwei. Die Gläubiger rufen verzweifelt: Wir stehen vor der Kernschmelze des Finanzsystems, wenn ihr uns nicht rettet, kommt der Weltuntergang. Was tut Staat Nummer zwei? Er verschuldet sich bei einer weiteren Bank, subventioniert die faulen Kredite und sorgt so dafür, dass die Schuldknechte weiter schwitzen müssen, um untilgbare Schulden zu bedienen.

Dass Ergebnis des ganzen Spiels ist ein leistungsloses Dauereinkommen – ein Tribut – für die Manager und Shareholder der Finanzinstitute, während alle anderen Akteure Schritt für Schritt in den Bankrott getrieben werden. Dieses Spiel trägt erheblich zu der enormen Konzentration von Eigentum in immer weniger Händen bei. Mit dem Finger allein auf die Banker zu zeigen, hilft dabei jedoch relativ wenig, denn es sind ja die Staaten und ihre erweiterten Bürokratien in Form von IWF und Troika, die dieses System in Gang halten.

Jenseits des Tributs: die Trennung von Staat und Großkapital

Tribut ist eine Abgabe, die ein besiegtes Volk dem Sieger zu erbringen hat. Sich nicht zu unterwerfen, bedeutet, den Anspruch auf Tribut zurückzuweisen. So wie es einst der jüdische Widerstand gegen das Römische Weltreich oder die indische Befreiungsbewegung gegen das Britische Empire tat.

Dabei steht heute der vermeintlich unbesiegbare Gegner bei näherem Hinsehen auf tönernen Füßen. Das globale Tributsystem funktioniert nur, weil gewählte Regierungen unsere Steuergelder über unzählige offene und versteckte Wege in die Hände der reichsten 1 Prozent kanalisieren und uns am Ende einreden, das Ganze beruhe auf »Markterfolgen«. Der erste Schritt zur Überwindung dieses Systems besteht darin, es ans Licht der Öffentlichkeit zu ziehen, seine Legitimität zu bestreiten und es zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen zu machen. Die staatliche Alimentierung der Konzerne etwa ist so gut wie nie Thema von Wahlkämpfen oder Talkrunden. Die meisten Menschen haben keine Ahnung, was mit ihren Steuergeldern wirklich geschieht und welche Alternativen es dazu gibt.

In einer größeren Perspektive geht es darum, mit der Trennung von Staat und Kapital endlich ernst zu machen. Liberale fordern seit jeher, der Staat solle sich aus der Wirtschaft heraushalten. Doch hat sich dies bisher als bloße rhetorische Fassade erwiesen, denn über die Nabelschnüre, mit denen der Staat das private Kapital versorgt, wird vornehm geschwiegen. Und das hat gute Gründe: Denn die liberale Rhetorik beim Wort zu nehmen, würde das Ende des kapitalistischen Weltsystems bedeuten, das ohne öffentliche Alimentierung nicht existieren kann.

Auch Kritiker des Neoliberalismus begehen oft den Fehler, dass sie der Rhetorik auf den Leim gehen und die Kritik auf die angeblichen »freien Märkte«, die »Marktradikalen« und den »Freihandel« konzentrieren, während sie zugleich eine fatale Schwächung des Staates beklagen. Dabei hat die neoliberale Realität gar nichts mit freien Märkten zu tun. Und auch der neoliberale Staat ist keineswegs ein schwacher »Nachtwächterstaat«, der hilflos zuschaut, wie Konzerne und Superreiche ihre Vermögen an ihm vorbei bewegen, sondern eine sehr mächtige Bürokratie, die aktiv die stotternde Maschinerie der endlosen Kapitalverwertung mit Schmieröl versorgt.

Eine wirksame Trennung von Staat und Kapital würde enorme Freiräume für andere, zukunftsfähigere Wirtschaftsformen schaffen. Dabei muss man keineswegs bei null anfangen. Seit der Französischen Revolution ist es sozialen Bewegungen in langen Kämpfen gelungen, dem Staat, der anfangs nichts als eine despotische Militärorganisation war, gemeinwohlorientierte Funktionen abzuringen. Diesen Weg weiterzugehen, bedeutet, die Nabelschnüre des Kapitals und des militärisch-industriellen Komplexes Schritt für Schritt zu kappen und die frei werdenden Ressourcen in den Aufbau einer postkapitalistischen ökologischen Gesellschaft zu kanalisieren. Dazu gehört, wie wir in Teil II sehen werden, eine tiefgreifende Veränderung unserer ökonomischen Institutionen, ihrer Rechts- und Eigentumsformen.

Die Quellenangaben zum Text finden Sie im Buch: Fabian Scheidler, „Chaos. Das neue Zeitalter der Revolutionen", Promedia Verlag 2017, ISBN: 978-3-85371-426-3. Mehr Informationen zum Buch finden Sie unter http://www.megamaschine.org/revolutionen/.

Autor:

Fabian Scheidler

Jahrgang 1968, arbeitet als freischaffender Autor für Printmedien, Fernsehen und Theater. 2009 gründete er gemeinsam mit David Goeßmann das unabhängige Fernsehmagazin Kontext TV. Sein Buch „Das Ende der Megamaschine: Geschichte einer scheiternden Zivilisation" wurde von der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen in die Top 10 der Zukunftsliteratur 2015 gewählt. Im Herbst 2017 erschien sein Buch „Chaos: Das neue Zeitalter der Revolutionen".

Dieser Text wurde zuerst am 09.10.2017 auf www.rubikon.news unter der URL ‹https://www.rubikon.news/artikel/die-illusion-der-freien-markte› veröffentlicht. Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BY-NC-ND 4.0

‹http://www.free21.org/?p=28578›

Publiziert auf Free21 am 19.12.2017, 11:16 Uhr, von Fabian Scheidler auf www.rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BY-NC-ND 4.0

Das Free21-Aktiv-Abo

Die Idee: Jeder Druck-Abonnent erhält je Magazin-Ausgabe 10 gedruckte Exemplare.

Die zusätzlichen Exemplare können/sollten ;-) dann an andere Menschen, wie Freunde, Nachbarn, Interessierte weiter gegeben werden, um die Reichweite der kritischen Texte zu erhöhen.

Abonnement-Bestellschein

Bitte liefern Sie mir das Free21-Magazin ab der kommenden Ausgabe jeden 2. Monat bis auf Widerruf im Druck-Abonnement. Die Bezugsgebühren in der BRD (Druckkosten inkl. Zustellung) betragen **pro Ausgabe 10 EUR,** (15 EUR/Ausgabe in EU-Länder). Ich erhalte dafür 10 Exemplare. Ich bin damit einverstanden, dass die Druck-Abo-Gebühren von meinem Konto je Ausgabe im Voraus abgebucht werden.

Erteilung einer Einzugsermächtigung und eines SEPA-Lastschriftmandats:

Hiermit ermächtige ich Sie, bis auf Widerruf, die Print-Abonnementgebühren von meinem unten aufgeführten Konto einzuziehen.

Kontoinhaber Name, Vorname:

Abweichende Lieferanschrift:

Str., Nr.:

Name

PLZ, Ort:

Str., Nr.:

E-Mail:

PLZ, Ort:

Kontoführendes Institut:

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers:

IBAN:

BIC:

Gläubiger-Identifikations-Nr.:
DE39 ZZZ 000 015 390 45
Mandatsreferenz-Nr.

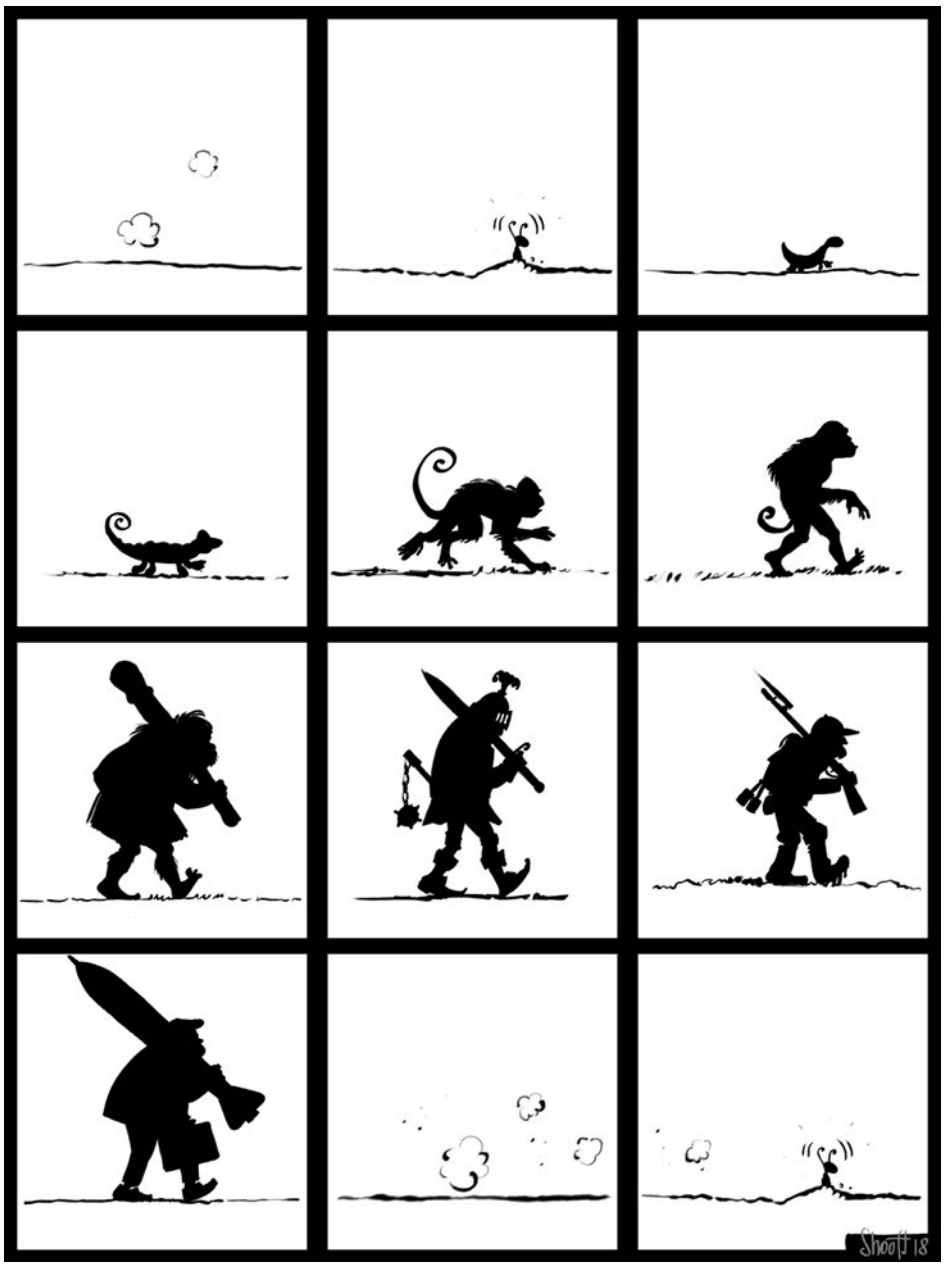
Abschicken an: GlobalFairHandeln, Lukas Puchalski, Am Entenpfuhl 4, 50170 Kerpen

Erscheinungstermine in 2018: 15.2.18/15.4.18/15.6.18/15.8.18/15.10.18/15.12.18

Zum Abo: Insgesamt werden 6 Ausgaben in 2018 gedruckt. Die Druck- und Versandkosten für je 10 Exemplare werden ca. 20 Tage vor dem Erscheinen per Lastschrift eingezogen. Das Druck-Abo gilt bis auf Widerruf und beginnt mit der ausgewählten Ausgabe, sobald der Bestellschein bei uns eingegangen ist. **Kündigung:** Das Druck-Abo ist jederzeit zum Monatsende mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten kündbar. Die Kündigung muss bitte schriftlich auf dem Postweg erfolgen.

Widerrufsrecht: Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, widerrufen und die Erstattung des belasteten Betrages verlangen kann. Es gelten dabei die bei meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Die Mandatsreferenznummer wird von GlobalFairHandeln/Lukas Puchalski vergeben.

Aktuelle und ältere Ausgaben können Sie im Webshop www.free21abo.de bestellen.



Das Free21-Prinzip:

Die Geschenkidee: Ein **Free21**-Abo

Abo Free21

www.Free21Abo.de

Free21

Wir suchen noch ehrenamtliche

Verstärkung für das Free21-Team:

Du bist kritisch, skeptisch, sattelfest in Rechtschreibung und dazu noch misstrauisch? Dann bist Du für uns der/die geborene

Researcher/in

Bevor wir Artikel layouten und veröffentlichen, prüfen und korrigieren unsere Researcher die Texte unserer Autoren sowie die Links und Quellen auf Verfügbarkeit und sachliche Richtigkeit.

Wenn Ihr uns ehrenamtlich unterstützen könnt, schreibt bitte an: research@free21.org

Wir wollen auch nicht deutschsprachige Menschen bei ihrer Meinungsbildung unterstützen und einen Teil unserer Artikel in anderen Sprachen publizieren. Um das zu schaffen, benötigen wir Eure Unterstützung.

Dafür suchen wir ehrenamtliche

Übersetzer/innen

sprachlich versiert sowie mit guten stilistischen und orthografischen Fähigkeiten.

Wenn Ihr uns ehrenamtlich unterstützen könnt, schreibt bitte an: translate@free21.org